

Protokoll 2/2024

Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 20. Februar 2024, 17:00 – 21:50 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug

Vorsitz: Ratspräsident Roman Burkard
Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Roman Burkard eröffnet die 2. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder **Manfred Pircher, Alex Odermatt** und **Werner Hauser**; die übrigen 37 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.
Später erschienen: **Bruno Zimmermann** (18:00 Uhr)

Maria Hügin (18:30 Uhr) hat die Sitzung vorzeitig verlassen.

Jérôme Peter vertritt **Alex Odermatt** als Stimmenzähler.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist in Viererbesetzung zugegen. Stadtrat **Urs Raschle** ist krankheitsbedingt entschuldigt.

Traktandenliste

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls 1/2024

1.1 1/2024 – GGR-Protokoll vom 23. Januar 2024

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

Keine Vereidigung

3 Kommissionsbestellungen

Keine Kommissionsbestellung

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Postulat I. De Gobbi, SP, und Mitunterzeichner vom 22. Januar 2024 betreffend «Hallenbad in Kombination mit dem Stadion Zug 94»

4.2 Interpellation der Fraktionen SP und ALG-CSP vom 4. Februar 2024 zur Transparenz und Veröffentlichung von Verkehrsdaten in Bezug auf den Stadttunnel

4.3 Interpellation Ph. C. Brunner, SVP, und Mitunterzeichner vom 19. Februar 2024 «zum K'werk Zug – einem unterstützungswürdigem «Puzzle» im ausserschulischen Bildungs- und Kulturangebot in Stadt und Kanton Zug»

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Postulat I. De Gobbi, SP, und Mitunterzeichner vom 22. Januar 2024 betreffend «Hallenbad in Kombination mit dem Stadion Zug 94»

6 Politische Sachgeschäfte

6.1 2851 SR – Stadtentwicklung: Verein ZugSPORTS; Wiederkehrender Beitrag an das Zuger Seefest für die Jahre 2024 bis 2027

6.1.1 2851.1 GPK – Stadtentwicklung: Verein ZugSPORTS; Wiederkehrender Beitrag an das Zuger Seefest für die Jahre 2024 bis 2027

6.2 2860 SR – Umwelt und Energie: Energieförderprogramm 2024; Kenntnisnahme

7 Nicht behandelte Geschäfte der Sitzungen vom 03.10.2023, 14.11.2023, 05.12.2023 und 23.01.2024

Nicht behandeltes Geschäft der Sitzung vom 03.10.2023

7.1 2839 SR – Interpellation der SP-Fraktion vom 16. April 2023 betreffend Grundstücke der Credit Suisse

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 14.11.2023

- 7.2 2844 SR – Interpellation M. Amato Mengis, E. Ambühl Tarnowski und I. De Gobbi, alle SP, vom 15. Juni 2023 betreffend «Sicherheitsmassnahmen für Langsamverkehr mit speziellem Augenmerk auf die Schulwege im Rahmen der Bauarbeiten Auffüllung Wanne General-Guisan-Strasse»
- 7.3 2845 SR – Interpellation D. Meier und J. Küng, beide ALG, vom 13. September 2023 betreffend «Beendigung des Angebotes für Gemeinde-Tageskarten»
- 7.4 2846 SR – Interpellation der FDP-Fraktion vom 2. Juli 2023 betreffend «Mehr Gemeinschaft statt Anonymisierung in unseren Quartieren!»
- 7.5 2847 SR – Interpellation der SVP-Fraktion vom 24. Juli 2023 betreffend «Die zunehmende ‹babylonische› Sprachverwirrung an den Stadtschulen - was kostet den Steuerzahler so viel sprachliche Vielfalt und Toleranz bei Elterngesprächen gegenüber den Eltern mit ausländischen Wurzeln?»
- 7.6 2848 SR – Interpellation der Fraktion ALG-CSP vom 26. April 2023 betreffend «Auswirkungen Tangente Zug-Baar auf die Verkehrssituation der Stadt Zug»

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 05.12.2023

- 7.7 2849 SR – Postulat der SVP-Fraktion vom 5. Juli 2023 betreffend «Geht nicht – Gibt's nicht! Das neue Hallenbad gehört auf die Oeschwiese!»
- 7.8 2850 SR – Interpellation P. C. Brunner, SVP, und Mitunterzeichner vom 25. September 2023 betreffend «Fragen zur Zusammenarbeit und finanziellen Unterstützung von öffentlichen Anlässen durch die Stadt Zug, welche von Privaten oder Vereinen durchgeführt werden»

8 Parlamentarische Vorstösse

- 8.1 2858 SR – Postulat der FDP-Fraktion vom 27. Juni 2023 betreffend «Überprüfung des arbeits- und schulfreien Michelstags (29. September)»
- 8.2 2859 SR – Postulat (Motion) der SP-Fraktion vom 14. Juni 2023 betreffend «IT-Sicherheitstest der Stadtverwaltung»
- 8.3 2855 SR – Interpellation der ALG-CSP Fraktion vom 13. September 2023 betreffend «Stadttunnel-klare Fakten für eine mögliche Abstimmung»
- 8.4 2856 SR – Interpellation der SP-Fraktion vom 30. Juni 2023 betreffend «zur Umsetzung der Initiative 2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand»

9 Mitteilungen

Verabschiedung Julia Küng, ALG

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 1/2024

Zur Traktandenliste:

Dagmar Amrein

Unsere Fraktion beantragt, dass das Traktandum 8.3 neu an der Stelle 7.7 behandelt wird. Dies aus folgendem Grund: Wir haben ja in der Vergangenheit sehr lange für die Besprechung der Traktanden gebraucht und unsere Fraktion findet es sinnvoll, wenn thematisch ähnlich gelagerte Traktanden oder verwandte Traktanden gebündelt behandelt werden. So könnten die Fraktionssprecher gleich zu Traktandum 7.6 und 7.7 sprechen. Auch die Aktualität dieser Traktanden, scheint uns, macht eine Verschiebung sinnvoll.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf Änderung der Traktandenliste vorliegt.

Roman Küng

Für die SVP-Fraktion scheinen die beiden Traktanden nicht wirklich zusammengehörend. Ausserdem bin ich guter Dinge, dass wir die Traktandenliste heute sehr weit abarbeiten können, vielleicht sogar ganz abarbeiten. In diesem Sinne empfehlen wir die Nichtannahme dieses Antrags.

Abstimmung Nr. 1

- Für den Antrag auf Änderung der Traktandenliste stimmen 12 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag auf Änderung der Traktandenliste stimmen 23 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Änderung der Traktandenliste abgelehnt hat.

Ergebnis:

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste ist somit stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 1/2024 zur Sitzung vom 23. Januar 2024 demnach stillschweigend genehmigt ist.

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Vereidigung von Ratsmitgliedern stattfindet.

3 Kommissionsbestellungen

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Kommissionsbestellung erfolgt.

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Postulat I. De Gobbi, SP, und Mitunterzeichner vom 22. Januar 2024 betreffend «Hallenbad in Kombination mit dem Stadion Zug 94»

Der Stadtrat soll Abklärungen treffen, ob ein Hallenbad in Kombination mit der Sanierung des Fussballstadions von Zug 94 realisiert werden kann.

Dabei soll insbesondere die Fläche zwischen Stadion / Spielfeld-Abschrankung und Allmendstrasse einbezogen werden, wenn nötig könnte auch das Spielfeld noch einige Meter ostwärts verlagert werden.

Für einen wirklich grossen Wurf könnte auch geprüft werden, Spielfeld und Tribünen auf dem Dach eines Hallenbad/Garderobengebäudes zu erstellen.

Begründung:

Am 17. Juni haben sich über 80% der Abstimmenden für ein neues Hallenbad ausgesprochen. Ideal geeignet scheint nach Ansicht der Postulanten das bisher unternutzte Areal des Fussballstadions. Eine Sanierung ist sowieso geplant, das Grundstück gehört der Stadt, es könnten viele Synergien genutzt werden. Zudem gehört das Hallenbad thematisch in die Zuger Sportmeile.

Entweder finden die beiden Nutzungen nebeneinander Platz – oder übereinander, mit gemeinsamer Nutzung von Garderoben, Sanitärbereich, Gastronomie und allen notwendigen Nebenräumen.

Durch die Nähe zum Eisstadion kann dessen Abwärme ideal für das Heizen des Hallenabds genutzt werden, alternativ oder zusätzlich kann ein Circulago-Anschluss oder ein Anschluss an die grosse Holzschmelzeheizung des Hertzentrums geprüft werden.

Das Stadion von Zug 94 muss dringend saniert und um notwendige Garderobenplätze erweitert werden sowie in einen zeitgemässen Zustand versetzt werden. Nur so kann dem steigenden Bedarf (auch im Frauenfussball) Rechnung getragen werden.

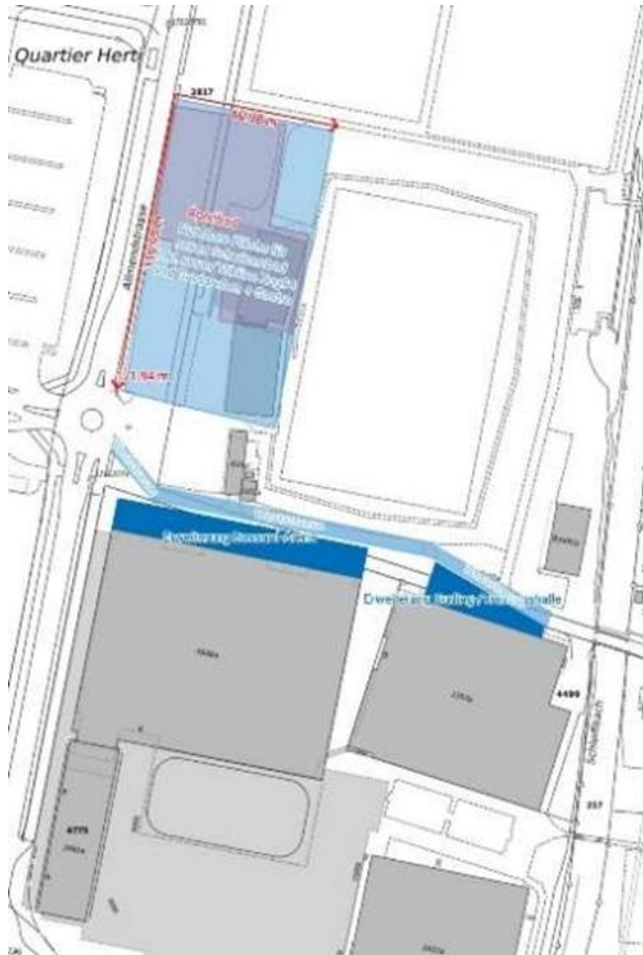
Für die Sanierung des Fussballstadions müssen wohl sowieso Ersatzgarderoben erstellt werden, mit dem zusätzlichen Bau des Hallenbades würden die Ersatzgarderoben einfach etwas länger gebraucht werden. Bei einem «grossen» Wurf mit Fussballstadion auf dem Dach müsste der Spielbetrieb wohl für eine oder zwei Saisons auf einen anderen Platz verlagert werden.

Verkehrstechnisch ist dieses Areal bestens mit dem ÖV erschlossen. Es gibt drei Buslinien (606, 611 und 616) sowie die Stadtbahnhaltestelle Schützengel ist in unmittelbarer Nähe. Zudem ist das Areal gut ins Fuss- und Velowegnetz eingebunden. So befinden sich die Schulanlagen Herti und Letzi in Gehdistanz zu diesem Ort. Ebenfalls ist die Schule Oberwil mit der Buslinie (611) direkt und umsteigefrei an den Standort angeschlossen. Auch von Steinhausen (Vertragspartner) besteht eine direkte Busverbindung.

Aufgrund der zentralen Lage, guten ÖV-Anbindung und der bestehenden Parkhäuser in nächster Nähe (Bossard-Arena, Hertzentrum) sehen die Postulanten keinen grossen Bedarf für zusätzliche

Parkplätze für das Hallenbad. Die bestehenden Parkplätze vor dem Fussballstadion könnten in einer Tiefgarage oder bei einem anderen Bauprojekt in der Nähe kompensiert werden.

Lageplan:



Ergebnis

Das Postulat ist an der heutigen Ratssitzung unter Traktandum 5.1 zur Überweisung traktandiert.

4.2 Interpellation der Fraktionen SP und ALG-CSP vom 4. Februar 2024 zur Transparenz und Veröffentlichung von Verkehrsdaten in Bezug auf den Stadttunnel

In seiner Antwort auf die Interpellation "Auswirkungen der Tangente Zug-Baar auf die Verkehrssituation der Stadt Zug" (TZB) schreibt der Stadtrat, im Stadtzentrum von Zug seien keine Messungen gemacht worden und so könnten keine Aussagen zu einer allfälligen Wirkung der TZB auf das Stadtzentrum gemacht werden.

Kurz vor dem Versand der Abstimmungsunterlagen zur Stadttunnel-Abstimmung zeigen nun jüngste Erkenntnisse aus der Zuger Zeitung vom 2. Februar 2024 die Entwicklung der Verkehrszahlen der letzten 10 Jahre in der Stadt Zug. Daraus ist ersichtlich, dass beim Verkehrsaufkommen zwischen den beiden Portalen des geplanten Stadttunnels ein klar rückläufiger Trend erkennbar ist. Einzelne Abweichungen lassen sich erklären, z.B. mit der Baustelle im Zusammenhang mit der Auffüllung der Wanne General-Guisan-Strasse. Auch die Auswirkungen durch die Eröffnung der Tangente lassen sich erkennen.

Der Stadtrat hat im Zusammenhang mit der Kommunikation der Stadttunnelvorlage mehrmals darauf hingewiesen, dass der Verkehr stark zunehmen wird.¹ Der Begriff 'Verkehr' wird dabei als Synonym für den motorisierten Individualverkehr, d.h. Autos und Lastwagen verstanden ('Verlagerung des Verkehrs in eine Umfahrung').

Die Diskrepanz zwischen den kommunizierten Prognosen und den tatsächlichen Verkehrsdaten bzw. der Trend, der sich daraus ableiten lässt, irritiert. Es kommt der Verdacht auf, dass der Stadtrat die Verkehrsdaten bewusst nicht kommuniziert hat, zumal diese den Nutzen eines Stadttunnels stark in Frage stellen. Die Bevölkerung hat ein berechtigtes Interesse an verlässlichen und transparenten Informationen, insbesondere wenn bedeutende Infrastrukturprojekte wie der Stadttunnel zur Debatte stehen.

In diesem Zusammenhang bitten die Fraktionen SP und ALG/CSP den Stadtrat um die detaillierte Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welcher Grundlage basiert die Kommunikation des Stadtrats im Zusammenhang mit dem Stadttunnel, dass der Verkehr zunehmen wird? Wie lässt sich die Diskrepanz zwischen den aktuellen Verkehrsdaten und den Prognosen für eine Zunahme des Verkehrsaufkommens bis 2040 erklären?
2. Sind dem Stadtrat die Trends aus den kantonalen Verkehrsmessungen bekannt? Falls ja: Wieso wurden diese nicht aktiv kommuniziert? Falls nein, wieso wurden diese Daten für die Beantwortung der oben erwähnten Interpellation nicht erfragt?
3. Aufgrund welcher Erkenntnisse aus der Mobilitätsplanung hat der Stadtrat im Jahr 2019 den Kanton aufgefordert, wieder einen Stadttunnel in den kantonalen Richtplan aufzunehmen? Wieso wurde die Studie zur Analyse von Mobilität und Freiraum (Deloitte 2020) nicht abgewartet, welche den Anteil des Durchgangsverkehrs auf 17% beziffert und wieso wurden die gewonnenen Erkenntnisse in der weiteren Planung nicht berücksichtigt?

¹ Vgl. auch Medienmitteilung des Stadtrates vom 9. Januar 2024

4. In den letzten rund 10 Jahren sind sowohl die Anzahl der Bewohnenden als auch die Anzahl der Beschäftigten kontinuierlich gestiegen. Trotzdem nahm das Verkehrsvolumen ab. Die Prognosen des Bundes² zeigen, dass sich der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehr reduzieren wird. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass sich der Trend der abnehmenden Verkehrsmenge fortsetzen könnte, vor allem, wenn alternative Mobilitätsformen konsequent gefördert würden?

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

² Entwicklungen Personenverkehr, Bundesamt für Raumplanung ARE, <https://www.are.admin.ch/are/de/home/mobilitaet/grundlagen-unddaten/verkehrsperspektiven/entwicklungenpersonenverkehr.html#:~:text=Verkehrs%2D%20und%20Fahrleistungen&text=Gleichzeitig%20steigt%20die%20Verkehrsleistung%20im,Wachstum%20von%2013%20Prozent%20zunahm.>

4.3 Interpellation Ph. C. Brunner, SVP, und Mitunterzeichner vom 19. Februar 2024 «zum K'werk Zug – einem unterstützungswürdigem «Puzzle» im ausserschulischen Bildungs- und Kulturangebot in Stadt und Kanton Zug»



Das **K'werk** Zug ist eine Bildschule und fördert das **creative** Potenzial von Kindern und Jugendlichen im ausserschulischen Bereich. Das «K» steht für **Kinder, Kunst, Kreativität und Kultur**. Das **K'werk** Zug entstand im Jahre 2010 mit dem Ziel, die visuelle Sprache und Ausdrucksmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen und damit das kreative Gestalten sowie damit verbundene überfachliche Kompetenzen zu fördern. Die Zuger Bildschule sensibilisiert in den Bereichen Design, Kunst und Architektur und schult die ästhetische Wahrnehmung unter Anwendung gestalterischer Verfahren und Prozesse.

Seit Beginn ist das Angebot stetig gewachsen und umfasst heute Semesterkurse, Ferienkurse sowie Projekte im Off-space Angebot und Unterricht. Nebst qualifizierten Lehrpersonen mit gestalterischen und pädagogischen Qualifikationen wird ein anregendes und anerkenndes Unterrichtsklima angeboten, welches den Kindern ein breites Wissen über die visuelle Sprache ermöglicht und sie so in ihren persönlichen Stärken des künstlerischen Ausdrucks, in ihrer Ausdauer und Kritikfähigkeit fördert. Ziel ist es, **die Kinder und Jugendlichen in der Entwicklung ihrer eigenen Ideen zu unterstützen und fachkundig zu begleiten**. Dies mit wiederkehrenden Kursangeboten und Workshops in den Bereichen Kunst, Design für mehrere Altersstufen ab dem Vorschulalter.

Heute wird das **K'werk** durch den Kanton Zug (Direktion für Bildung und Kultur), die Stadt Zug (Bildungsdepartement/Stadschulen), die Korporation Zug, die Einwohnergemeinden Baar und Unterägeri, das Bildungsplatzsponsoring, dem Migros Kulturprozent, der Zuger Kantonalbank sowie weitere Stiftungen, private Gönner, Sponsoren und Mitglieder des Fördervereins, auf sehr breiter Basis unterstützt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichnenden Gemeinderäte dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Anerkennt der Stadtrat die Bemühungen des **K'werk Zug** bezüglich der Bereitstellung eines kreativen ausserschulischen Bildungsangebotes für Kinder (ab 4 Jahren) und Jugendliche bis ca. 16. Jahren? Wie hat sich die Zusammenarbeit zwischen K'werk und Stadt Zug in den letzten Jahren entwickelt, bzw. wie hoch waren die Beiträge der Stadt seit 2010? Bestehen bzw. bestanden dazu Leistungsvereinbarungen (LV) mit der Stadt Zug? Wenn ja seit wann, wenn Nein, warum nicht?

2. **K'werk Zug** ist momentan an der Zeughausgasse 9, 6300 Zug («Haus Zentrum») bei der Korporation Zug eingemietet. Aufgrund der geplanten Umsetzung des Bauvorhabens der Korporation ist der heutige Mietvertrag befristet. Wo sieht der Stadtrat Möglichkeiten diese wichtige Institution auf Stadtgebiet unterzubringen? Besteht die Möglichkeit freierwerdende Zuger Module der Stadschulen zu

verwenden? Welche anderen Optionen könnte die Stadt Zug seitens der Immobilienabteilung dem K'Werk anbieten?

3. Am 14. Dezember 2023 kommunizierte die Stadt Zug, dass Kunst und Kultur verstärkt Teil des Unterrichts werden sollen: www.stadtzug.ch/aktuellesinformationen/2027389 Interessierte Kunst- und Kulturschaffende (von selbständigen Künstlern über Theatergruppen und Musikvereine bis hin zu Kulturunternehmen) könnten nun ihr jeweiliges konkretes kulturelles Angebot über das Beitragsportal der Stadt Zug einreichen. Dabei könne es sich um begleitete künstlerische und kulturelle Aktivitäten wie Workshops, Führungen, Begegnungen und Mitwirkungsprojekte etc. handeln, welche Kunst- und Kulturschaffende für und mit den Zuger Stadtschulen anbieten möchten. Wurde das **K'werk** dazu als langjährig in diesem Bereich operative Institution bei diesem Schritt durch das städtische Bildungsdept. begrüsst? Wie hoch werden die internen Kosten dieses neuen «Kunst und Kultur-Schulprojektes sein – gerade auch im Vergleich zum Beitrag den das **K'werk** «innerhalb der Zuger Bildungslandschaft» erhält?

Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Fragen und weiterer relevanter Informationen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Postulat I. De Gobbi, SP, und Mitunterzeichner vom 22. Januar 2024 betreffend «Hallenbad in Kombination mit dem Stadion Zug 94»

Philip C. Brunner

Ich spreche nicht zum Inhalt und nicht zur Überweisung, sondern zum Titel. Ich bin auch einer der Postulanten. Es ist nicht nur Ivano De Gobbi und Mitunterzeichner, sondern es sind Postulanten aus der SP-Fraktion und es sind die Postulanten Benny Elsener, David Meyer, Patrick Steinle und Philip Brunner. Das ist jetzt auch bei anderen Vorstössen zu beobachten, dass die Stadtkanzlei einfach den ersten Namen nimmt und die anderen als Mitunterzeichner benennt. Das ist schon ein Unterschied aus meiner Sicht.

Ratspräsident Roman Burkard dankt für den Hinweis, der zur Kenntnis genommen wird.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wird.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat das Postulat überwiesen hat.

6. Politische Sachgeschäfte

6.1 Stadtentwicklung: Verein ZugSPORTS; Wiederkehrender Beitrag an das Zuger Seefest für die Jahre 2024 bis 2027

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2851 vom 12. Dezember 2023
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2851.1 vom 18. Dezember 2023

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Vorab verweise ich auf Bericht und Antrag. Die GPK empfiehlt einstimmig mit 7:0 dieses Geschäft dem GGR zur Annahme.

Vielleicht noch zum Hintergrund, ich habe an der letzten Sitzung darauf hingewiesen: Das ist praktisch der Zwilling von Zug Magic, der kleinere Zwilling allerdings.

Es geht hier um einen Betrag von CHF 99'000.00. Die GPK hat das diskutiert, Sie können das dem Bericht und Antrag entnehmen, und unterstützt eigentlich das Anliegen, ein unaufgeregtes Fest – wenn ich das so nennen darf – durchzuführen, also ohne Patrouille Suisse und ohne ein Feuerwerk. Das ist die Änderung, dafür kriegt die Bevölkerung Zug Magic sozusagen als Ausgleich. Allerdings während einem ganzen Monat, während es sich bei diesem Anlass, beim Seefest, eigentlich um eine Nachmittags- und Abendveranstaltung handelt.

In diesem Sinne seitens der GPK Zustimmung zu den CHF 99'000.00. Der etwas spezielle Betrag ergibt sich daraus, dass auf das Feuerwerk verzichtet wird, dass aber die anderen Kosten gleich hoch bleiben.

Daniel Marti

Das Zuger Seefest bringt Jung und Alt zusammen und ist ein Anlass mit mehr als 20-jähriger Tradition, an dem man die Alltagsorgen vergessen kann und unbeschwert zusammen das Leben geniessen.

Trotz der geplanten Erweiterungen mit Live-Konzerten und dem Sunset Dance kann nun dank dem Verzicht auf das Feuerwerk der Beitrag der Stadt um CHF 20'000.00 auf CHF 99'000.00 gekürzt werden. Der vorgeschlagene finanzielle Beitrag der Stadt ist aus unserer Sicht nicht nur eine Investition in die Zukunft des Seefestes, sondern auch in die Identität und das Gemeinschaftsgefühl in unserer Stadt.

In Anbetracht von all dessen unterstützen wir nachdrücklich den Antrag des Stadtrates und stimmen dem wiederkehrenden Beitrag von CHF 99'000.00 pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2027 zu. Dem Antrag der GPK betreffend Kann-Vorschrift zum Teuerungsausgleich stimmen wir ebenfalls zu.

Uns von der GLP ist es jedoch wichtig, dass das Zuger Seefest weiterhin ein Zuger Anlass für Zuger bleibt und nicht zu einer riesigen Party ausgebaut wird, die zu tausenden auswärtige Besucher anzieht. Mit dem nun geplanten Programm in 2024 glauben wir, dass dies erreicht werden kann.

Falls sich wider Erwarten das neue Format nicht bewähren sollte, müssten halt dann in den Folgejahren entsprechende Anpassungen gemacht werden.

Besten Dank für Ihre Zustimmung zu dieser Vorlage.

Delia Meier

Nach der Diskussion zum Beitrag für das Zug Magic möchten wir uns auch hier bei allen Beteiligten von Zug Sports für ihren Einsatz bedanken.

Bei uns in der Fraktion haben wir uns lediglich gefragt bei dieser Vorlage, weshalb der Beitrag des Kantons so viel tiefer als früher. Allerdings könnte dies gut mit der Redimensionierung des Festes, also primär für die städtische Bevölkerung – wie wir gehört haben – erklärt werden. Und diese Redimensionierung begrüssen wir. Natürlich begrüssen wir insbesondere auch den Verzicht auf das Feuerwerk und die Flugshow der Patrouille Suisse.

Somit freuen wir uns auf die geplanten zusätzlichen Live-Konzerte und den früheren Festbeginn und werden dem wiederkehrenden Beitrag entsprechend zustimmen, inklusive Vorschrift zum Teuerungsausgleich.

Christoph Iten

Für die Mitte-Fraktion gibt es auch bei dieser Vorlage rund um den Verein Zug Sports zwei unterschiedliche Themenfelder: Einerseits den Beitrag an das Seefest selbst. Andererseits aber auch die Finanzierungsstruktur.

Vorab danken wir aber dem Team um Daniel Schärer für die lobenswerte Organisation der letzten Seefeste, welche nicht immer unter einfachen Vorzeichen standen. Wir freuen uns insbesondere auch über die Tatsache, dass das Fest von lokalen Organisatoren durchgeführt wird, und nicht von einer externen Eventfirma aus Zürich oder Luzern. Dass das Seefest und das Zug Magic von nun an unabhängig voneinander auftreten, ist für uns nachvollziehbar und auch so in Ordnung. Das Vorhaben, das Fest auf natürliche Weise etwas kleiner zu gestalten, finden wir mutig, aber auch ehrlich und konsequent. Es wird stets betont, dass es nicht immer grösser und spektakulärer sein muss. Das wird hier für einmal auch so umgesetzt. Ohne Feuerwerk ist das Fest jetzt wohl ökologisch nachhaltiger unterwegs – ob es sich ohne Publikumsmagnet aber auch finanziell nachhaltig betreiben lässt, wird sich noch zeigen müssen. Da sind wir gespannt auf die Umsetzung diesen Sommer und wünschen den Organisatoren viel Erfolg.

Beim zweiten Themenfeld, der Finanzierungsstruktur über den Verein Zug Sports, hat meine Kollegin Manuela Leemann bereits an der letzten Sitzung detailliert ausgeführt, warum wir darob nicht ganz glücklich sind.

Nochmals in Kurzform: Die Beiträge werden an den Verein Zug Sports ausgerichtet, in welchem aber keine detaillierten Einnahmen und Ausgaben ersichtlich sind. Der Verein fungiert quasi als Durchlauferhitzer.

So stehen wir alle vier Jahre wieder vor der gleichen Thematik: Es wird fehlende Transparenz bemängelt. Vor vier Jahren waren es die GPK und Philip C. Brunner, vor acht Jahren waren es Rainer Leemann und Gregor Bruhin, welche sich von der Rechtmässigkeit oder Transparenz des Zahlenmaterials direkt bei Daniel Schärer überzeugen liessen. Dieses Jahr durfte sich Daniel Schärer mit unserer Mitte-Fraktion über die Transparenz-Themen austauschen. Und ich kann Ihnen

garantieren, dass genau das gleiche Spielchen in vier Jahren wieder ablaufen wird, nur werden es dann vermutlich nicht mehr Philip C. Brunner oder ich sein, sondern wieder neue Personen, die sich mit Daniel Schärer über die Transparenz austauschen werden. Und das ist doch keine schlaue Lösung – vor allem auch nicht für den Organisator selber, der sich alle vier Jahre von neuem erklären muss. Die Mitte-Fraktion wird sich dieser Problematik noch in einem separaten Vorstoss annehmen.

Für heute belassen wir es aber beim Beitrag ans Seefest: Die Mitte-Fraktion stimmt dem wiederkehrenden Beitrag für das Seefest aus Überzeugung zu und wünscht den Organisatoren viel Erfolg mit dem neuen Konzept.

Jérôme Peter

Wir möchten uns bei Daniel Schärer, dem Verein Zug Sports und dem ganzen Team für die Organisation des Seenachtsfestes bedanken.

Wir begrüssen es, dass das Seenachtsfest mit der Zeit geht und sich anpasst. Die neue Planung bietet für die meisten in Zug etwas. Erstmals auch für Familien mit Kindern, da das Fest bereits am Nachmittag beginnt. Dass man in die Richtung geht «grösser ist nicht immer besser» und auf ein lokales Fest setzt, finden wir sehr gut und unterstützenswert. Auch dass auf ein Feuerwerk und die Patrouille Suisse verzichtet wird, sehen wir als richtig an. Wir freuen uns auf das diesjährige Fest.

Wie auch schon Christoph Iten möchten wir noch mal auf das Konstrukt von Zug Sports mit dem Verein und der GmbH zu sprechen kommen. Uns scheint nicht immer ganz transparent zu sein, wo da wer und wie Geld verdient beziehungsweise wie viel Geld wirklich verdient wird. Da wünschen wir beziehungsweise erwarten wir volle Transparenz.

Es geht nicht darum, dass mit dem Veranstanden von solchen Events kein Geld verdient werden darf, im Gegenteil. Wir sind klar der Meinung, Kultur darf und muss etwas kosten. Es darf nicht der Glaube entstehen, dass Kultur nur durch Freiwilligenarbeit entsteht. Gerade deshalb ist es uns wichtig, dass wir die genauen Geldflüsse von Zug Sports verstehen und diese transparent ausgewiesen werden.

Wir werden dem wiederkehrenden Beitrag an Zug Sports zustimmen und auch mehrheitlich dem GPK-Antrag zur Kann-Klausel beistimmen.

André Bliggenstorfer

Das Zuger Seefest ist wohl für die meisten von uns hier seit Jugendzeiten ein Highlight des Sommers. Es war und ist noch immer ein Stadtfest, an dem sich Zuger treffen, zusammen feiern und den Sommer geniessen können.

Umso mehr hat es uns gefreut, dass der Verein Zug Sports im Jahr 2018 in die Bresche gesprungen ist und das Fest übernommen hat. Seit damals wird der Anlass von ihm organisiert. Wir bedanken uns sehr beim Verein Zug, dass er das jedes Jahr so gut macht für uns.

Die FDP-Fraktion ist sich einig, dass ein solcher Anlass durch die Stadt unterstützt werden muss. Darum unterstützen wir auch die Anträge des Stadtrats wie auch der GPK.

Wir begrüssen ebenfalls sehr, dass das Seefest nicht auf Biegen und Brechen grösser und teurer werden will und sich die Veranstalter darauf konzentrieren, ein Volksfest für Zuger zu organisieren.

Bezüglich des fehlenden Feuerwerks haben wir verschiedene Meinungen in der Fraktion. Einerseits freuen wir uns sehr über den innovativen Ersatz des Feuerwerks durch die Show des Zug Magic.

Andererseits haben wir aber auch Stimmen, die das Feuerwerk nur sehr schwer vom Zuger Seefest trennen können. Man könnte sogar sagen, es sei schon fast so stark in der DNA des Seefestes verankert wie der St.-Michaelstag in der DNA der Stadt Zug. Das wird vielleicht später noch diskutiert.

Fraktionsinterne Einigkeit herrscht wiederum in Bezug auf den Gedanken, dass die Möglichkeit eines Feuerwerks für künftige Seefeste per se nicht ausgeschlossen werden sollte. Man sollte je nach den Wünschen der Bevölkerung später nochmal diskutieren, wie da die Wünsche sind.

Zusammengefasst: Wir stimmen dem Antrag des jährlich wiederkehrenden Beitrags von CHF 99'000.00 für die Jahre 2024 bis 2027 zu und unterstützen den Antrag der GPK bezüglich der Kann-Vorschrift zum Teuerungsausgleich.

Philip C. Brunner

Ich glaube, ich kann mich ausnahmsweise kurz fassen.

Wir können uns in der SVP in Zukunft auch wieder ein Seefest mit Feuerwerk vorstellen. Das steht so bei uns im Protokoll der Fraktionssitzung. Ja, es ist so, wir möchten nicht, dass das auf alle Zeiten einfach verboten wird oder einfach ins Wasser fällt. Wir könnten uns das also wie gesagt vorstellen.

Ebenso danken wir Herr Schärer, seinem Verein und seinem Team für ihre Anstrengungen, uns einen unvergesslichen Abend zu bieten.

In diesem Sinne beantragt die SVP-Fraktion ebenfalls Zustimmung zum Geschäft und ebenso zur Kann-Vorschrift.

Ich entschuldige mich als GPK-Präsident mit dem anderen Hut, dass ich den Antrag zur Kann-Vorschrift nicht speziell erwähnt habe. Es ist mittlerweile derart normal geworden, diese Kann-Vorschrift, und Sie haben das ja auch bei anderen Geschäften so unterstützt, dass mir das ehrlich gesagt entfallen ist.

In diesem Sinne vielen Dank dem Stadtrat für seine Vorlage. Wir stimmen dem zu.

André Wicki, Stadtpräsident

Geschätzter Namensvetter, dann werde ich wohl zusammen mit Barbara am 29. September eine Rakete loslassen und dann ist hoffentlich für alle guter Frieden.

Geschätzte Damen und Herren, besten Dank schon mal für Ihre wohlwollenden Ausführungen. Es wurde schon gesagt, das Seefest besteht seit dem Jahre 1973. Für diejenigen, die sich noch daran erinnern, das heisst seit über 50 Jahren. Und es ist wirklich ein Fest für Zugerinnen und Zuger. Es ist etwas Schönes dazugekommen, zu dem sie auch zugestimmt haben, und zwar das Zug Magic vom 1. bis 31. Juli. Auch das wird sicher toll. Wir haben ja den Test hinter uns.

Der Stadtrat hat sich entschieden, dass wir kein Feuerwerk und keine Flugshow – die wurde dann im Nachhinein so oder so abgesagt – abhalten. Verzichten bedeutet ja nicht gleich Verlust. Wir fangen bereits um 16:00 Uhr an, das ist sicherlich auch entgegenkommend gegenüber den Familien oder älteren Damen und Herren. Und am Abend gibt es für uns einen Sunset Dance von 20:00 bis 24:00 Uhr.

Wir sind zuversichtlich, dass es trotzdem ein tolles Fest wird. Das Einzige, was wir nicht planen können – Gott sei Dank –, das ist das Wetter. Aber wir halten das ja in einem Monat ab, wo die Sonne scheinen sollte.

Vielleicht noch zum einen oder anderen, das gesagt wurde.

Betreffend Kantonsbeitrag: Ursprünglich lag er mal bei CHF 40'000.00, man sieht in der Vorlage die Entwicklung der Beiträge des Kantons, die dann runtergingen auf rund CHF 8'000.00 und CHF 9'000.00. Das hat sicherlich mit dem zu tun, dass Zug Sports einen tollen Job macht im Bereich Sponsoring und Partner, mit knapp 40%, ganz genau 39% – die Stadt Zug mit einem Drittel, 33%, und die Gastronomie mit 25%, ergibt zusammen wieder 100%.

Den Punkt, den Christoph Iten aufgebracht hat, teile ich als solches. Es war für mich auch ein bisschen, wie soll ich sagen, nicht befremdend, aber den Umständen entsprechend, wenn man in der Vorlage sieht, dass die Erfolgsrechnung und die Bilanz relativ mager sind, wenn man so sagen darf. Aber ich kann schon sagen, schon in den vorhergehenden Jahren wurde das nicht nur von Regula Kaiser – zuständig für Stadtmarketing –, sondern natürlich auch von unserem Controller angeschaut – immer wieder offene Bücher von Seiten Zug Sports. Und wie wir ja Daniel Schärer kennen, er ist nicht nur sehr flexibel, er geht auf die Punkte ein. Und für die Zukunft wünsche ich mir diesbezüglich eine Lösung. Ich kann dir oder Ihnen nicht sagen, wie die entsprechend aussieht, aber irgendwie sollte das doch entsprechend anders gehen. Und ich bin überzeugt, Christoph Iten, dass wir das zusammen noch anschauen werden, weil ihr macht ja einen Vorstoss. Ich hoffe, das geht nicht acht Jahre.

Zu guter Schluss: Freuen wir uns doch mal zuerst auf das Seefest und das anschliessende Zug Magic. Das tue ich auf jeden Fall.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Ziff. 2

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag der GPK bezüglich Indexierung und Teuerungsausgleich vorliegt.

Abstimmung Nr. 2

- Für den Antrag der GPK stimmen 28 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der GPK stimmen 6 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat dem Antrag der GPK zugestimmt hat.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass zu Ziff. 3 – 6 das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Abstimmung Nr. 3 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 35 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 0 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1791

betreffend Verein ZugSPORTS: Jährlich wiederkehrender Beitrag an das Zuger Seefest für die Jahre 2024 bis 2027

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2851 vom 12. Dezember 2023:

1. Dem Verein ZugSPORTS wird für die Umsetzung des Zuger Seefestes in den Jahren 2024 bis 2027 je ein jährlich wiederkehrender Beitrag von CHF 99'000.00, also insgesamt CHF 396'000.00, bewilligt.
2. Dieser Beitrag basiert auf dem Landesindex der Konsumentenpreise, Indexstand Dezember 2022 = 104.4, Basis Dezember 2020 = 100. Er kann einmal jährlich aufgrund der Teuerung per Indexstand April neu berechnet und für die nächste Budgetperiode angepasst werden. Die Teuerungsbereinigung kann erstmals für das Jahr 2024 vorgenommen werden.
3. Der Betrag wird der Erfolgsrechnung 2024, 2025, 2026 und 2027, Konto 3636.72/1800, Seefest, belastet.
4. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
6. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17^{bis} des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Zug, 20. Februar 2024

6.2 Umwelt und Energie: Energieförderprogramm 2024; Kenntnisnahme

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2860 vom 30. Januar 2024

Patrick Steinle

Die Fraktion ALG-CSP dankt dem Stadtrat für diesen Bericht. Wir nehmen erfreut davon Kenntnis, dass die budgetierten Mittel tatsächlich genutzt werden, und zwar, wie wir finden, äusserst sinnvoll, nämlich dort, wo es am nötigsten ist: beim Einsparen von Heizenergie durch Gebäudedämmung, beim Einsparen von Strom durch verschiedenste Massnahmen sowie bei der Stromproduktion durch die Förderung lokaler Photovoltaik.

Schön, dass – jetzt kommt ein bisschen Eigenlob – ich anscheinend mit den beiden Motionen «Eindämmen jetzt» und «einheimische Energieproduktion fördern» dazu beitragen konnte. Es ärgert mich überhaupt nicht, dass diese Motionen im Bericht fälschlicherweise der CSP zugeschrieben werden. Dafür ärgert mich im Nachhinein, dass wir die damalige dritte Motion namens «raus aus dem Gas» nicht erheblich erklärt haben. Diese hätte genau das Problem der vielen verbleibenden fossilen Heizungen adressiert, das auch im stadträtlichen Bericht erwähnt und auf Seite 4 graphisch dargestellt ist. Hier fordern wir den Stadtrat und die Energiekommission auf, spätestens beim nächsten Programm nachzulegen und Massnahmen, die diesen Heizungsersatz und den dringend notwendigen Ausstieg aus den fossilen Energien beschleunigen, zu ergreifen.

Insgesamt aber, wie schon gesagt, danken wir für diesen Bericht und nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis.

Daniel Marti

Vorab meine Interessensbindung: Ich bin Mitglied im Vorstand des Vereins Energienetz Zug, der im Auftrag des Kantons und der Stadt Zug Energieberatungen für Gebäudebesitzer ausführt. Ich bin auch Teil des Beraterteams des Vereins und führe daher auch Energieberatungen im Stadtgebiet durch, die durch dieses Förderprogramm bezahlt werden.

Nun – die Stadt Zug hat ein umfangreiches Energieförderprogramm, das die Aufgabe hat energiesparende Massnahmen zu unterstützen, in den Bereichen, wo die Förderprogramme des Bundes und des Kantons nicht existent sind oder zu wenig wirken. Mit dem Rahmenkredit 2022 bis 2025 von total CHF 3.2 Mio., also CHF 800'000.00 jährlich, haben wir hier im GGR, vor gar nicht allzu langer Zeit, das Energieförderprogramm aufgestockt. Nun zeichnet sich ab, dass diese Gelder langsam zur Neige gehen und in 2025 ein weiterer Rahmenkredit gesprochen werden muss.

Aus dem Bericht des Stadtrates geht hervor, dass mehr als die Hälfte der Fördergelder im Bereich «Elektrizität» ausbezahlt werden. Ich gehe nun davon aus, dass dies fast ausschliesslich Gelder zur Unterstützung von Photovoltaikanlagen sind. Dies ist ja durchaus auch so gewollt, haben wir doch in diesem Rat die Motion von Patrick Steinle gutgeheissen, mit der die nationalen Fördergelder für Photovoltaikanlagen mit einem Beitrag der Stadt verdoppelt werden. Was uns in der GLP nun aber interessiert, ist, wie sich der Zubau von Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet mit dieser grosszügigen Förderung verbessert hat.

Im Rahmen des bereits angekündigten zukünftigen Antrages für den nächsten Rahmenkredit wünschen wir uns daher eine detaillierte Auflistung der ausbezahlten Förderbeiträge über die letzten

Jahre nach Fördergegenstand und zusätzlich Daten und Informationen zum Zubau von Photovoltaikanlagen im Stadtgebiet, vor und nach der Verdoppelung des nationalen Förderbeitrages.

In dem Sinne nehmen wir den Bericht zum Energieförderprogramm 2024 gerne wohlwollend zur Kenntnis.

Marilena Amato Mengis

Die SP-Fraktion bedankt sich ebenfalls beim Stadtrat für den ausführlichen Bericht, den wir zustimmend zur Kenntnis nehmen. Wie bereits bei der Debatte zum Energieförderprogramm im Frühling vergangenen Jahres festgestellt, sind wir überzeugt, dass hier ein gutes und zeitgemässes Instrument vorliegt.

Seither wurden noch Verbesserungen vorgenommen im Prozessablauf, beispielsweise können Anträge digital eingegeben werden. Das begrüssen wir.

Ein klares Zeichen für den Erfolg des Programms ist, dass der Kredit – das haben wir ebenfalls schon vor 10 Monaten kommen sehen – schon frühzeitig aufgebracht sein wird und der Stadtrat bereits einen neuen Rahmenkredit angekündigt hat, den wir unterstützen werden.

Es ist erfreulich, festzustellen, dass der Energieverbrauch trotz Bevölkerungswachstum und trotz stark gestiegener Dichte an Elektrofahrzeugen in unserer Stadt rückläufig ist. Es ist erfreulich, dass der Verbrauch von Gas und Öl endlich sinkt. Trotzdem machen diese Heizungen immer noch 75% der Heizungen aus. Es ist deshalb wichtig, dass der Stadtrat hier nicht lockerlässt, innovativ denkt und weiter in Richtung CO₂-Neutralität nach innovativen Lösungen sucht. Das Energieförderprogramm ist ein wichtiges Puzzleteil auf diesem Weg.

In diesem Sinne bedanken wir uns und nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Philip C. Brunner

Zuerst auch seitens der SVP besten Dank für diesen Bericht, den wir zur Kenntnis nehmen – diesen Zwischenbericht.

Und wir sind froh, dass es nur ein Zwischenbericht ist. Wir haben, wenn wir die Zahlen studieren, bereits erwartet, dass da zusätzliche Mittel angefordert würden. Weil wenn wir diesen Budgetüberblick richtig verstehen, dann sieht es für dieses Energieförderprogramm aus finanzieller Sicht schlecht aus. Die Mittel werden nicht reichen. Wir sagen bereits jetzt voraus, dass noch vor Ende dieses Jahres der Stadtrat mit einem erhöhten Kreditantrag – mindestens CHF 1 Mio., vermutlich sogar CHF 1.2 Mio. – kommen wird.

Damit wird eintreten, was wir bereits damals vorausgesagt haben, als es um diese Energieförderbeiträge ging, diese viermal CHF 800'000.00. Das ist ein Giesskannenprinzip. Der Umwelt wird zwar vordergründig geholfen, die Privaten werden – in einem kleinen Rahmen allerdings – von ihren Investitionen etwas entlastet, es profitieren aber öffentliche Korporationen und grosse Unternehmen, die diese Unterstützung überhaupt nicht brauchen, ganz im Gegensatz zum kleinen Mann, der mit seiner Immobilie eben auch mit steigenden Energiepreisen, nicht nur des Öls, sondern auch im Elektrobereich, betroffen ist.

In diesem Sinne nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis. Meine Vorredner haben bereits diverse Bemerkungen gemacht. Wir sehen uns bestätigt in unserer Skepsis, ob das wirklich der richtige Weg ist. Wir hätten ein bescheideneres Programm vertreten. Sie können sich erinnern, wie das war. Zuerst

ging es um CHF 1 Mio., nachher hat die nicht mehr gereicht. Dann kam man für vier Jahre mit je CHF 800'000.00. Und wenn ich sehe, dass jetzt Stand Restbudget nur noch CHF 972'000.00, also weniger als CHF 1 Mio., vorhanden sind, dann wird meine Prophezeiung sicher in Realität umgesetzt. Sie können also erwarten, dass wir da eine Schleuse geöffnet haben.

Es ist wie bei anderen Dingen. Es ist der Fluch der guten Tat. Die gute Tat war, dass es in die richtige Richtung geht, zumindest wenn man dem Zeitgeist entsprechend vorwärts machen will, aber die Mittel werden nicht reichen, sie sind letztlich ein Tropfen auf einen heißen Stein. Genauso wie wenn wir in der Schweiz sämtliche Autos nicht mehr fahren und sämtliche Heizungen abstellen: Es wird dem Weltklima leider nicht helfen.

Barbara Gysel, Stadträtin

Vielen Dank für die sehr wohlwollende Zustimmung zu dieser Berichterstattung zum Energieförderprogramm. Ein paar wenige Anmerkungen.

Zum einen kann ich bekannt geben, dass wir sehr gerne auch detailliertere Daten herausgeben werden, auch zur Frage von Photovoltaikanlagen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir zum Beispiel viermal mehr Photovoltaikanlagen in den letzten drei Jahren gefördert haben als in den vergangenen zwanzig Jahren. Das hat damit zu tun – und damit richte ich mich auch an meinen Vorredner –, dass der Bedarf, die Nachfrage sehr stark gewachsen ist.

Und was sich natürlich verändert hat in der gesamten Förderlandschaft, sind die Möglichkeiten des Kantons, sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch die finanziellen Zuschüsse, wie auch beim Bund oder bei Privaten.

Wir werden gerne detailliertere Daten herausgeben. Wir werden auch entsprechend die Wirksamkeit versuchen darzulegen.

Dann möchte ich mich in aller Form bei Patrick Steinle entschuldigen. Es ist von uns schlicht übersehen und übergangen worden, dass wir die Bezeichnung der Motionen falsch bezeichnet haben. Ich entschuldige mich in aller Form. Vielen Dank für die wohlwollende Zustimmung.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat das Energieförderprogramm 2024 zur Kenntnis genommen hat.

7. Nicht behandelte Geschäfte der Sitzungen vom 03.10.2023, 14.11.2023, 05.12.2023 und 23.01.2024

Nicht behandeltes Geschäft der Sitzung vom 03.10.2023

7.1 Interpellation der SP-Fraktion vom 16. April 2023 betreffend Grundstücke der Credit Suisse

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2839 vom 12. September 2023

Esther Ambühl Tarnowski

Absicht unserer Interpellation war, dass sich der Stadtrat intensiver damit auseinandersetzt, welches Potenzial und welches Risiko dieses nun sehr grosse Immobilienkonglomerat von UBS- und ehemalige CS-Immobilien für die Stadt Zug hat.

Aus unserer Sicht hat sich der Stadtrat leider nicht sehr intensiv mit unseren Fragen befasst. Das, was der Stadtrat aufgelistet hat, ist bereits weitestgehend bekannt. Ob es weitere zentrale oder in einem anderen Kontext wichtige Grundstücke gibt, wissen wir nun immer noch nicht.

Es ist nur ein Reagieren anstatt ein Agieren. Aus unserer Sicht wäre eine aktivere Immobilienpolitik gefragt, zumal der Stadtrat selber schreibt, dass die Stadt einen hohen Bedarf an Immobilien hat. Hier gibt es ein Potenzial, das nicht aktiv angegangen wurde.

So nimmt die SP-Fraktion die Antwort des Stadtrats negativ zur Kenntnis.

René Gretener

Dem Stadtrat besten Dank für die Beantwortung dieser SP-Interpellation. Immerhin wissen wir nun, dass das Grundbuchamt den Datenschutz ernst nimmt und keine Fischzüge zulässt. Ist doch auch schon was.

Die Stammhäuser UBS und CS verfolgen seit über zehn Jahren die Strategie, keine eigenen Immobilien zu halten, weshalb die CS vor vielen Jahren unter anderem sogar den Uetlihof in Zürich, wichtigster Arbeitsort für ihre Mitarbeiter, für mehrere Milliarden verkaufte. Auch das Filialnetz wird seit langem weitestgehend gemietet.

Immobilien werden durch die Pensionskassen, Anlagestiftungen und Anlagefonds der jeweiligen Bank gehalten. Diese gelten rechtlich als Sondervermögen und fallen bei einem allfälligen Bankrott der Bank nicht in die Konkursmasse. Abgesehen davon, dass die Immobilien gar nicht der Bank gehören, sondern den Pensionskassenmitgliedern und den Anlegern. Leuten wie Ihnen und mir also.

Es war deshalb schon zum Zeitpunkt der SP-Interpellation vom 16. April letzten Jahres absehbar, dass der Beinahe-Zusammenbruch der CS letzten März zu keinen Immobilien-Schnäppchen führen konnte.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis. Besten Dank.

Julia Küng

Wir von der Fraktion ALG-CSP danken der SP für die Einreichung und dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Wir verstehen die Enttäuschung der SP-Fraktion gut, auch ich war beim Lesen der Antwort durchaus ein bisschen enttäuscht. Auch wir finden es wichtig, dass der Stadtrat eine aktive Bodenpolitik verfolgt, weshalb wir den entsprechenden Rahmenkredit dafür sehr begrüssen. Es ist essenziell, dass der Stadtrat sich im Klaren darüber ist, welche Grundstücke zukünftig für die Stadt Zug interessant sein können und er in diesem Zusammenhang proaktiv auf die Eigentümerinnen- und Eigentümerschaften zugeht.

Dass keine weiteren Informationen aus dem Grundbuch öffentlich gemacht werden können, bedauern wir. Wir verstehen jedoch das Anliegen des Datenschutzes und die gesetzliche Grundlage. Doch angesichts der Entwicklung, dass grosse und zum Teil multinationale Unternehmen immer mehr Wohnungen in Wirtschaftszentren aufkaufen – während die Mieten steigen und Personen mit tiefen Einkommen verdrängt werden –, wäre hier mehr Transparenz wünschenswert.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 4

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 6 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 20 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 7

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 14.11.2023

7.2 Interpellation M. Amato Mengis, E. Ambühl Tarnowski und I. De Gobbi, alle SP, vom 15. Juni 2023 betreffend «Sicherheitsmassnahmen für Langsamverkehr mit speziellem Augenmerk auf die Schulwege im Rahmen der Bauarbeiten Auffüllung Wanne General-Guisan-Strasse»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2844 vom 24. Oktober 2023

Marilena Amato Mengis

Ich spreche im Namen der Interpellantinnen und Interpellanten und gleich auch im Namen der SP-Fraktion. Ich bedanke mich beim Stadtrat und ganz besonders bei den Mitarbeitenden des SUS und des Baudepartements für die raschen und pragmatischen Sofortmassnahmen, deren Umsetzung unglaublich schnell ging, vor allem im Vergleich zur Behandlung dieser Interpellationsantwort im GGR. Das ermöglicht dafür auch schon eine Beurteilung der Wirkung der Massnahmen, was ja auch nicht schlecht ist.

Wir sind im Grossen und Ganzen zufrieden und dankbar, dass wir mit der Interpellation einiges in Gang setzen konnten. Wir rechnen dem Stadtrat hoch an, dass er quasi im Schnellverfahren noch vor Schulstart auf der Feldstrasse und Allmendstrasse das Tempo 30 eingeführt hat. Wir haben unglaublich viele dankbare Reaktionen erhalten, vor allem aus den Quartieren Feldhof und Feldpark. Denn wie befürchtet hat sich die Quartierstrasse, die weit mehr als hundert Kindern als Schul- und Kindsgiweg dient, in eine stark befahrene Strasse verwandelt, wo sich plötzlich Sattelschlepper und LKWs sowie der ganze Durchgangsverkehr durchbahnen. In solchen Fällen, das belegen Studien, ist Tempo 30 eine der wirksamsten Massnahmen, um Unfälle zu verhindern. Und aktuell, das ist der Vorteil, wenn man so spät dazu Stellung nehmen kann, sehen wir auch einen leichten Lerneffekt. Gewisse Autos, die vor allem vom Norden nach Cham wollen, fangen an, die Strecke zu meiden, was anfangs nicht so war.

Es sind aber nicht immer die grossen Eingriffe, die nötig sind, um Grosses zu bewirken. Wir sind sehr dankbar für die einfachen, kleinen Eingriffe, wie das Zurückschneiden einer Hecke. So konnte ein Abschnitt, der schon vor der Baustelle immer wieder für Kritik sorgte, merklich übersichtlicher gestaltet werden und die Sicherheit an diesem Ort stark erhöht. Wir sind überzeugt, dass es bei genauer Analyse zahlreiche solche kleinen Eingriffe möglich wären, die für mehr Sicherheit sorgen können, wenn man dem Thema die nötige Aufmerksamkeit schenken würde.

Äusserst bedauerlich ist, dass für die wirklich gefährliche Kurve, wo Bus und Autos das Trottoir queren, um in die Strasse «an der Lorze» zu gelangen, keine Lösung gefunden wurde, zum Beispiel durch den Einsatz von Farbe. Das Thema wird nun wieder extrem aktuell, weil der Baustellenverkehr für den Neubau Herti genau dort durchgeführt wird, Lastwagen und Baumaschinen also übers Trottoir vor der Nase der Kinder durchfahren werden. Auch die Streckenführung beim Arenaplatz bei der Stadthalle erscheint eher schlecht als recht gelöst. Wirklich sicher können sich dort kleine Kinder nicht bewegen, insbesondere im Winter, wo es früh dunkel war und am Morgen lange dunkel blieb. Aber zumindest ist hier ein Ende abzusehen und so sind wir insgesamt zufrieden. Wir hoffen, mit der Interpellation zu einer Sensibilisierung in den zuständigen Departementen beigetragen zu haben. Denn leider mussten wir feststellen, dass dem Thema Schulwege bis anhin keine grosse Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Dank der an der letzten Sitzung überwiesenen Motion wird sich das

nun hoffentlich ändern. In diesem Sinne danke ich auch dem Grossen Gemeinderat, aber insbesondere dem Stadtrat für die Beantwortung und die guten Massnahmen.

Corina Kremmel

Wir bedanken uns bei den Interpellanten für den Vorstoss. Ein Dank gehört auch dem Stadtrat beziehungsweise der zuständigen Stadträtin für die rasche Umsetzung.

Wir geben der Vorrednerin recht, der Bereich des Arenaplatzes ist immer noch etwas ungünstig für Fussgänger wie auch Radfahrer. Jedoch sehen wir hier auch, dass eine andere Strassenführung zurzeit schwierig ist.

Durch die Bauarbeiten an der General-Guisan-Strasse wird unter anderem der Bereich der Allmend- und Feldstrasse stark gefordert und vermehrt befahren, insbesondere da es sich hierbei um hochfrequentierte Schulwege handelt. Zu beachten gilt dabei, dass die Kinder ein ganz anderes Augenmass hinsichtlich Distanz und Geschwindigkeit haben. Ich erinnere an die schweizweite Kampagne «Rad steht, Kind geht». Insbesondere kleinere Kinder verstehen die Gesten der Autofahrer, sie über die Strasse zu lassen, oder die Verlangsamung der Fahrt noch nicht. Auch wenn wir von der Mitte nicht immer die grössten Befürworter von 30er-Zonen sind, macht es an besagtem Standort zurzeit durchaus Sinn und wir begrüssen die temporäre Reduktion auf 30 km/h. Für die Zeit nach den Bauarbeiten halten wir uns noch zurück und warten die Diskussionen bezüglich des Verkehrskonzepts ab.

Von der Antwort des Stadtrats nehmen wir Kenntnis.

Michèle Willimann

Wir danken der SP-Fraktion für den guten und wichtigen Vorstoss. Die Gewährleistung der Sicherheit für Zufussgehende und Velofahrende ist bei Baustellen eine besondere Herausforderung, aber absolut wichtig und von Anfang an sorgfältig mitzuplanen. Wenn dabei gar Schulwege betroffen sind, ist noch mehr Vorsicht geboten.

Es wurden nun einige Massnahmen umgesetzt. Wir hoffen, die Massnahmen wären auch ohne Vorstoss umgesetzt worden. Diese wurden teilweise erst sehr spät beschlossen, was einem das Gegenteil vermuten lässt. Die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmenden muss höchste Priorität haben. Auch in Ausnahmefällen von Baustellen.

Die momentane Situation rund um den Arenaplatz mit den Zufussgehenden, Velofahrenden sowie den Bussen ist ziemlich problematisch, die Platzverhältnisse sind sehr eng. Aber Raum ist nun mal begrenzt und es wurde wohl bereits das Maximum herausgeholt.

Die abweichende Höchstgeschwindigkeit der Allmendstrasse/Feldstrasse auf 30 km/h unterstützen wir sehr und würden wir auch definitiv als permanente Lösung begrüssen.

Im Budget 2024 hat sich das SUS zum Ziel gesetzt, die Grundlagen für ein Konzept zur Schulwegsicherheit zusammen mit internen und externen Stellen zu entwickeln. Das unterstützen wir sehr. Wir sind gespannt, was daraus entstehen wird.

Zum Schluss bedanken wir uns nochmals bei der SP für den wichtigen Vorstoss und beim Stadtrat für die nun umgesetzten Massnahmen. Wir hoffen auf eine rasche und unfallfreie Bauzeit.

David Meyer

Es ist so eine Sache mit den Baustellen. Ich arbeite in einem anderen Kanton und da machen sie eine Baueingabe ab einer gewissen Grösse und da schauen ein Dutzend Ämter drauf. Und wenn die da nicht eine Verkehrsplanung mit Tempo 30 und Signalisation und so weiter abgeben, kriegen sie gar keine Baubewilligung.

Und ich frage mich manchmal, das ist jetzt ein Vorstoss, man könnte meinen, es gebe so etwas hier nicht, weder auf kantonaler noch auf gemeindlicher Ebene, und es wäre ganz böse, alle würden darüber hinwegsehen. Ich weiss nicht, ob ich da einfach zu modern unterwegs bin in einem anderen Kanton, aber ich hätte mal eine Frage, ob wir das hier nicht auch generell so haben und dieser Vorstoss etwas überflüssig ist, weil wir es von Amtes wegen sowieso machen müssen. Aber ich stelle die Frage mal an den Stadtrat, ob er dazu etwas weiss.

Philip C. Brunner

Ich spreche als Einzelsprecher. Bei uns in der Fraktion hat sich ja unser Kollege Alex Odermatt an dieser Motion beteiligt. Wir haben in der Fraktion lange darüber diskutiert. Ich möchte doch ein paar Gedanken äussern.

Zuerst einmal finde ich – das ist meine Meinung – es grundsätzlich gut, dass wir uns über die Sicherheit von Schulkindern Gedanken machen. Es gibt ja nichts Tragischeres als wenn ein Schulkind verunfallt. Ich war acht Jahre alt, als zwei Schulkollegen unter die Forchbahn gerieten. Das ist jetzt mehr als ein halbes Jahrhundert her. Aber ich kann mich noch sehr gut daran erinnern. Es war ziemlich prägend. Es war also nicht ein Lastwagen oder ein Auto, sondern wie gesagt die Forchbahn.

Aber ich habe einen Verdacht. Oder wie soll ich sagen, ich habe gewisse Zweifel, ob es hier wirklich nur um die Schulkinder geht, die zweifellos Schutz verlangen. Ich habe meine Zweifel, ob es da nicht einfach um Verkehrspolitik geht und die Kinder vorgeschoben werden – die Schutz benötigen, zweifellos –, um am liebsten – und ich warne den Stadtrat davor, das zu machen – diese Stadt flächendeckend mit einer 30er-Zone zu belegen. Das wird grossen Widerstand geben. Und ob dann am Schluss nicht das Falsche herauskommt, nämlich genau, dass man es dort, wo Schutz nötig wäre, nicht macht.

Es kommt mir ein bisschen so vor wie bei den Radarfallen. Die Zuger Regierung behauptet, man brauche das, zum Schutz der Kinder von den Schulhäusern. Man brauche es, damit vor den Spitälern nicht gerast werde und andere Beispiele. Aber wenn Sie genau schauen, wo die Radarfallen stehen, hat das mit Sicherheit nichts zu tun, sondern mit Abzocke, die dahin führt, dass man vor allem entsprechende Einnahmen auf dem Budget der Zuger Polizei verbuchen kann.

Das ist jetzt vielleicht einfach ein drastisches Beispiel. Aber Sie haben sicher verstanden, worum es mir geht. Es sinnvoll, an gewissen Orten verkehrseinschränkende Massnahmen vorzunehmen. Aber es ist nicht an jedem Ort der Fall. Und vor allem ist ein flüssiger Verkehr für alle Seiten, und ich meine nicht nur die Autofahrer und die Blaulichtorganisationen, sondern eben alle Verkehrsteilnehmer vom Fussgänger über den Velofahrer über den Motorradfahrer und alle anderen, die unsere Strassen benutzen.

Dann noch ein weiterer Gedanke, wenn wir schon das Thema Wanne General-Guisan-Strasse hier im GGR haben. Ich bin nicht besonders beeindruckt von diesem Umfahungskonzept. Das ist ein anderes Thema. Ich weiss nicht, ob es da nicht bessere Ideen gegeben hat. Jetzt haben wir einfach zweimal am Tag Verkehrsstau im Bereich der Schützenmatt-Turnhalle. Dort steht alles. Ich habe

schon in der Tiefbaukommission des Kantonsrats darauf hingewiesen, dass das anders zu lösen wäre. Vor allem deshalb, weil ja gleichzeitig die Circulago-Arbeiten nicht ruhen. Zurzeit ist die Gotthardstrasse gesperrt und da gibt es einen direkten Zusammenhang, dass eine Ausweichroute einfach blockiert ist. Da hätte ich mir eine Koordination vorgestellt. Ich kann mir auch sehr gut vorstellen, dass man nicht bis im Juni wartet. So wie mir mitgeteilt wurde, werde das im Juni eröffnet. Ich habe gebeten, dass man das abklärt. Meiner Meinung nach kann man sehr bald bereits eine Spur freigeben, mindestens für den öffentlichen Verkehr, der sich ja neben den diversen Gebäulichkeiten nördlich der General-Guisan-Wanne durchzwängt. Das könnte man also freigeben.

Auch das wäre Verkehrspolitik. Und auch das würde vielleicht dem einen oder anderen Kind seinen Weg in die Schule erleichtern beziehungsweise sicherer machen.

Der Herr Präsident schaut mich schon gebannt an. Ja, ich komme zum Schluss. Ich denke, dieses Beispiel zeigt, dass man einfach mit so einer Bauarbeit jetzt nicht Politik betreiben darf, sondern dass ein flüssiges Vorgehen – und ich unterstelle niemandem, dass er das nicht macht – wichtig ist. In diesem Sinne hoffe ich, dass das Wetter so gut ist, dass wir schon bald auf dieser General-Guisan-Strasse, nicht mehr Wanne, rollen können – und das mit 50 km/h.

Ivano D. Gobbi

Philip C. Brunner, du hast uns direkt unterstellt, wir betreiben Verkehrspolitik mit dieser Interpellation. Aber ich lade dich herzlich ein, komm doch mal am Montagmorgen, 07:30 Uhr, an die besagte Kreuzung, welche Marilena Amato Mengis vorgestellt hat. Dann schau dort mal zu und sage mir, dort 50 km/h zu fahren sei vernünftig. Bitte komm vorbei und schau dir das an bei uns.

Du hast gesagt, wir machen Verkehrspolitik, aber hier geht es um die Sicherheit von den Kindern. Vor allem auch, wenn dann noch die Lastwagen dort durchfahren. Ich lade dich zu mir zum Kaffee ein, ich bin am Montag im Homeoffice, dann können wir zusammen anschauen, wie schön es dort ist, wenn 50 km/h gefahren wird und so viele Kinder unterwegs sind.

Barbara Gysel, Stadträtin

Ganz kurz: Es gibt tatsächlich zahlreiche Fragen im Kontext von Baustellen. Und zwar würde ich da unterscheiden zwischen solchen, die planerisch gesehen tatsächlich einen langen Vorlauf haben – da könnte es auch tatsächlich um Baubewilligungen gehen, das wäre aber ein anderes Departement –, es gibt aber in diesem Zusammenhang, in dem die Interpellation entstanden ist, nicht nur die lange geplante Baustelle der Wanne General-Guisan-Strasse, sondern es war auch ein Zusammentreffen von kurzfristigen Baustellen im Zusammenhang mit Circulago von der WWZ. Und da braucht es teilweise nicht mal Baubewilligungen.

Und in diesen Zusammenhängen stellt sich tatsächlich immer die Frage, welches die guten Lösungen sind für die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden.

Ich würde Philip C. Brunner entgegen, dass die Frage von Tempo 30 in diesem Zusammenhang tatsächlich vom Stadtrat beschlossen wurde zur Sicherheit von Kindern – von Schulkindern oder auch für den Kindergarten. Es gibt weitere offene Fragen, wie sie von Vorsprechenden schon angetönt wurden. Sie finden auf Seite 3 der Beantwortung auch den Hinweis, dass wir im September ein zusätzliches Gutachten in Auftrag gegeben haben, dessen Ergebnisse wir im Moment noch nicht kennen, aber wo wir weiter aktiv beobachten werden, wie die Situationen – auch in den genannten Gebieten – allenfalls verbessert werden können.

Es ist ein laufender Prozess. Es wurde auch schon angesprochen, dass wir im Rahmen vom Departementsziel von den pendenten Vorstössen oder auch von der generellen Massnahme im kommunalen Richtplan weiter am Thema arbeiten werden.

Ich danke für die Zustimmung und wünsche weiterhin eine gute Debatte.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

7.3 Interpellation D. Meier und J. Küng, beide ALG, vom 13. September 2023 betreffend «Beendigung des Angebotes für Gemeinde-Tageskarten»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2845 vom 31. Oktober 2023

Delia Meier

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die damals schnelle Beantwortung unserer Interpellation betreffend die Beendigung des Angebotes der Gemeinde-Tageskarten.

Es hat uns gefreut, zu lesen, dass sich die Stadt gemeinsam mit den anderen Zuger Gemeinden persönlich bei der SBB eingebracht hat und versucht hat, eine bessere Lösung zu erreichen. Denn was klar im Bericht des Stadtrates zu lesen ist: Das bisherige Angebot der Gemeinde-Tageskarten wurde rege genutzt und entsprach wohl einem echten Bedürfnis der Zuger Bevölkerung.

Bei einer Auslastung, die immer über 90 Prozent lag, ausser natürlich während den pandemiebedingten Reiseeinschränkungen, handelt es sich hierbei also wirklich um ein leider auslaufendes Erfolgsmodell. Umso bedauerlicher ist es natürlich, dass hier offenbar keine bessere Nachfolgelösung gefunden werden konnte.

Die Nachteile für die Stadt vom neuen Angebot von Alliance Swisspass, insbesondere das Ausstellen von Karten für Personen aus anderen Gemeinden oder sogar anderen Kantonen, können wir aufgrund der räumlichen Nähe zum Bahnhof grundsätzlich nachvollziehen.

Trotzdem wäre der administrative Mehraufwand für die Implementierung der Nachfolgelösung vermutlich geringer als befürchtet – denn ein so hohes Aufkommen, dass die räumlichen Gegebenheiten des Empfanges der Stadtverwaltung plötzlich nicht mehr ausreichen würden, ist wohl doch eher schwer vorstellbar.

Einen klaren Vorteil bringt das neue Angebot jedoch auch: Die Gemeinden tragen mit der Nachfolgelösung kein finanzielles Risiko mehr für das Kontingent an Karten, das sie bestellen. So gibt es neu ein schweizweites Kontingent und die Gemeinden bezahlen nur die effektiv verkauften Spartageskarten. Auch wenn die Auslastung bisher sehr gut war, blieb die Stadt doch manchmal auf gewissen Billetten, und entsprechend Kosten, sitzen. So würde auch der befürchtete administrative finanzielle Mehraufwand wohl etwas relativiert.

Trotz oder genau wegen diesen Unsicherheiten und dem grossen Bedürfnis der Zuger Bevölkerung hätten wir uns zumindest eine Testphase für die Implementierung der Nachfolgelösung erhofft. Denn schlussendlich geht es um die Frage, was uns die Förderung des öffentlichen Verkehrs wert ist. Und dass es geht, wenn der Wille da ist, zeigen ganz viele andere Gemeinden:

Wie aus einer Kommunikation vom Schweizerischen Gemeindeverband zu lesen ist, haben sich rund 700 Gemeinden – das sind zwei Drittel aller Gemeinden und Städte, die die bisherige Gemeinde-Tageskarte angeboten haben – für den Verkauf der neuen «Spartageskarte Gemeinde» entschieden. Schade, will die Stadt Zug ihrer Bevölkerung diesen Dienst nicht erweisen.

Vermutlich trifft der Wegfall des analogen Angebots ältere Menschen am meisten. Obwohl gerade diese überdurchschnittlich häufig mit einem tiefen Budget auskommen müssen. Wir erwarten nun, dass die Zuger Bevölkerung gut im Wechsel zum neuen System begleitet wird, indem die Stadt proaktiv informiert und, wenn sich jemand meldet, auch im persönlichen Kontakt unterstützt.

Abschliessend hoffen wir, dass der Stadtrat weiterhin eine Prüfung zur Wiederaufnahme des Angebots verfolgt und eine Lösung, die sich dem bisherigen Angebot annähert, gefunden werden kann.

Mariann Hegglin

Wir danken den Interpellanten für die Einreichung der Anfrage und dem Stadtrat für seine Antwort. Innerhalb unserer Fraktion haben wir uns die Frage gestellt, ob die vorliegende Antwort für uns zufriedenstellend ist und ob wir sie so akzeptieren können.

Tatsache ist, das Thema sorgt national weiterhin für Diskussionen und die SBB zeigt keinerlei Bereitschaft, ihr neues Angebot anzupassen. Daher stellen wir die Rolle der Zuger Gemeindepräsidenten und die erste Antwort in Frage. Wie schon vorher gesagt, zahlreiche ältere Menschen, die die Tageskarten der SBB aktiv genutzt haben, werden ausgeschlossen, insbesondere diejenigen, die nicht ausschliesslich auf digitalem Weg agieren können.

Obwohl der Stadtrat in seiner Antwort feststellt, dass das aktuelle SBB-Angebot «wesentlich weniger attraktiv» ist, stimmen wir zu, dass es nicht die Aufgabe der Stadt Zug sein kann, die Schalteraufgaben der SBB zu übernehmen.

Wir möchten dennoch darauf hinweisen, dass die Antwort auf die Frage 4 nicht klar angibt, ob geprüft wird, das Angebot für Gemeinde-Tageskarten ausschliesslich für die Einwohnenden der Stadt Zug wieder aufzunehmen.

Anstatt eine isolierte Lösung zu verfolgen, wäre es ja auch möglich, gemeinsam mit anderen Zuger Gemeinden ein Ergebnis für die Einführung eines neuen Tools zu finden.

Die Antwort kam dann am 13. Februar via Medienmitteilung. An der Gemeindepräsidenten-Konferenz wurde entschieden, dass die Nachfolgelösung nicht eingesetzt wird. Der neue Prozess bietet für die Bevölkerung anscheinend keinen Mehrwert und der aufwändige Prozess wäre intern mit einem grossen Aufwand verbunden. Fazit: Es werden keine weiteren Optionen in Betracht gezogen. Unter kunden- und serviceorientierter Unterstützung verstehen wir etwas anderes.

Aufgrund der genannten Gründe nimmt die Mitte-Fraktion die Antwort negativ zur Kenntnis und stellt den Antrag auf negative Kenntnis.

René Gretener

Besten Dank an den Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der ALG-Interpellation.

Es ist ganz offensichtlich so, dass die SBB die Einnahmen gerne weiterhin hätten, die Arbeit in Zukunft aber an die Gemeindeschalter abschiebt. Es ist auch keine Gemeinde-Tageskarte mehr, da jede Person unabhängig vom Wohnort bei der Stadt Zug eine solche Karte bestellen kann und im wunderbar zentral gelegenen Stadthaus vor, während oder nach Arbeitsbeginn abholen kann. Das bedeutet spürbaren Mehrverkehr im Stadthaus, wofür die Infrastruktur nicht ausgelegt ist und die Mitarbeitenden nicht bezahlt sind.

Rund die Hälfte aller Gemeinden im Land ist nicht bereit, das neue SBB-Regime zu übernehmen, inklusive sämtlicher elf Zuger Gemeinden. Dieses Vorgehen erhöht den Druck auf die SBB, ihre Pläne doch noch zu überdenken.

Das Problem kann nur auf nationaler Ebene angegangen werden. Notabene unter Führung der SVP formierte sich Widerstand auf Bundesebene – SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat am 22. Dezember letzten Jahres eine parteiübergreifende parlamentarische Initiative eingereicht, um die SBB beziehungsweise Alliance Swisspass mittels politischem Druck auf höchster Ebene zum Umdenken zu bewegen. Dieses Vorgehen zeigt, dass die SVP engagiert dafür kämpft, die bei der Bevölkerung so beliebte Gemeinde-Tageskarte in bewährter Form zu erhalten. Wir denken auch an die ältere Generation, welche dieses Angebot bisher in einfacher Form analog beziehen konnte.

Die SVP-Fraktion unterstützt das Vorgehen der Stadt und aller anderen Zuger Gemeinden und wir nehmen die Antworten des Stadtrats zur Kenntnis.

Richard Rüegg

Ich danke den Interpellanten für ihre gestellten Fragen. Ich möchte wie folgt dazu Stellung nehmen:

Bei der Antwort zur Frage 1, ob es eine gemeindliche Aufgabe ist, könnte man sich auch bei diversen anderen Geschäften, die wir hier im GGR behandeln, die Frage stellen, ob es eine Aufgabe der Gemeinde ist oder «nur» eine Dienstleistung für unsere Bevölkerung.

Bei der Antwort zur Frage 2 möchte ich festhalten, dass die Tageskarten zwar personalisiert werden, aber keine Kontrolle durch die Stadt zu erfolgen hat. Die Kontrolle wird im Zug gemacht. Personalisiert wird die Tageskarte, damit im Verlustfall oder bei Krankheit und so weiter eine Rückerstattung möglich ist. Auch der Zwischenhandel wird unterbunden, da bei der Gemeinde nur zwei Preisstufen existieren und dadurch mehrheitlich günstiger sind, als die Tageskarten der SBB. Ebenfalls ist es der Gemeinde freigestellt, ob sie die Tageskarte nur an ihre Bürger abgeben möchte und nicht der ganzen Schweizer Bevölkerung.

Zur Antwort bei Frage 3: Die Gemeinden können die Tickets physisch abgeben, im Gegensatz zu der SBB, bei der nur ein E-Ticket erhältlich ist. Und genau dies wäre eine Dienstleistung für unsere ältere Generation, die noch nicht so EDV-affin ist.

Auch die Antwort zu Frage 4 ist nicht korrekt. Mehrheitlich ist alles möglich.

Ich bitte den Stadtrat, seine Abklärungen richtig zu machen und korrekt weiterzugeben. Falls es den Stadtrat interessiert, ich habe die Abklärungen mit Alliance Swisspass auch gemacht und schriftlich hier. Sollte der Stadtrat weiterhin der Meinung sein, dass es ein zu grosser Aufwand ist, die Tageskarten abzugeben, schlage ich vor, wenigstens zu prüfen, ob man diese Arbeit für Zug zum Beispiel an Zug Tourismus outsourcen kann, wie das in der Stadt Basel der Fall ist. Ich kann dem Stadtrat zudem eine Institution in Oberwil vermitteln, die dies für Oberwil übernehmen würde.

Philip C. Brunner

Besten Dank, Richard Rüegg, für deine Ausführungen. Ich habe mich da nicht so tief in die Dinge hineingearbeitet. Ich kann einfach zwei Sachen sagen:

Punkt Nummer 1: Ein Mitglied der ALG hat im Kantonsrat anfangs September 2023, also vor bald einem halben Jahr, eine kleine Anfrage eingegeben. Er hat unter anderem nachgefragt, ob der Kanton bereit wäre, Unterstützung zu leisten, auch finanzieller Art. Der Regierungsrat hat in einem sehr kurzen Schreiben geantwortet – es waren drei Fragen, die Antwort hat auf eineinhalb Seiten Platz, Sie können das mit den entsprechenden Stichworten finden. Das die erste Bemerkung. Das Thema ist also nicht ganz so neu, wie es heute scheint.

Das Zweite ist ein bisschen allgemein. Ich habe – und ich spreche jetzt den Stadtpräsidenten an – immer ein bisschen ein komisches Gefühl, wenn alle diese Zuger Gemeinden einer Meinung sind. Das kommt immer öfters vor. Dann ist da der Gemeindepräsident von Baar, der showmässig auftritt und erklärt, die tollen Zuger Gemeinden, die alle unheimlich unter einer Decke stecken und es unheimlich gut miteinander haben, man einstimmig zu einem bestimmten Thema einstimmiger Meinung ist.

Ich kann dem Stadtrat einfach mitteilen: Meistens ist es so, dass die Stadt Zug über den Tisch gezogen wird – und zwar in ganz vielen Fällen. Es beginnt bei der ganzen Frage des Kehrrechts, wo wir uns einfach diesem Regime –

Ratspräsident Roman Burkard bittet **Gemeinderat Philip C. Brunner**, beim Thema zu bleiben.

Philip C. Brunner

– Jaja, Moment, es geht hier um einen Bescheid, den wir in der Antwort vom Stadtrat erhalten. Und uns wird als grosse Stärke vorgemacht, alle Zuger Gemeinden sind einer Meinung. Und zu diesem Punkt möchte ich Ausführungen machen. Wenn ich darf.

Es geht darum, dass der Stadtrat aus meiner Sicht viel kritischer, wenn es um die Interessen der Stadt geht, handeln muss. Ich erinnere daran, diese Stadt finanziert diesen Kanton, nicht zuletzt über den Zuger Finanzausgleich ZFA, CHF 80 Mio., das können Sie im Budget nachschauen. Der gesamte Topf beträgt etwas mehr. Die grösste andere Zahlergemeinde ist Baar, das sind keine CHF 10 Mio., die von dort kommen. Dann haben wir Gemeinden, die mittlerweile auch Richtung 20'000 Einwohner gehen, die beziehen CHF 23 Mio. So, also eine Differenz von über CHF 100 Mio. Und diese Stadt ist darauf angewiesen, dass die Exekutive ihre Verantwortung wahrnimmt und sich für die Interessen dieser Stadt einsetzt und nicht für die Interessen des gesamten Kantons. Dazu haben wir eine andere Regierung. Die soll dann wieder schauen, dass es dem Kanton gut geht. Das ist die andere Ebene.

Ich bitte wirklich, ein bisschen auch selbstbewusst aufzutreten und halt in Opposition zu sein mit diesen anderen zehn Gemeinden, die meistens auch unter einer Decke stecken. Schauen Sie sich den ganzen Bereich im Kulturwesen an.

Ratspräsident Roman Burkard bittet erneut, beim Thema zu bleiben.

Philip C. Brunner

Ich bleibe beim Thema, den Interessen der Stadt Zug in Bezug auf die Einwohner. Hier geht es um die Einwohner der Stadt, die dieses Billett nicht mehr kriegen. Mein Vorredner hat dazu Ausführungen gemacht. So – und ich mache Ausführungen dazu, wer die Verantwortung trägt. Und das ist die Exekutive. Und wenn ich hier nicht mehr frei sprechen kann, dann habe ich etwas Mühe, Herr Präsident. Man könnte ja meinen, wir müssten heute Abend noch weiss was für Geschäfte über den Tisch bringen.

Roman Burkard, Ratspräsident

Sie können frei sprechen, wenn Sie sich zum Thema äussern.

Philip C. Brunner

Ich äussere mich zum Thema. Das ist das Thema. Das Thema ist, dass der Stadtrat ständig die Interessen dieser Stadt negiert und denkt, sich über andere Interessen der Gemeinden für diese Stadt einzusetzen. Aber mit dieser Denkweise liegt er total falsch. Wir haben das mehrfach nachgewiesen, was die Kosten sind, die diese Stadt trägt, diese zentralen Kosten

André Wicki, Stadtpräsident

Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, dass, wenn es um Punkte geht, die von der SBB, einer Institution, vom Bund her runtergereicht werden auf die Gemeinden, wir uns erlauben, miteinander zu reden und eine gemeinsame Stimme zu bekommen. Das ist Punkt 1.

Und Punkt 2: Vielen Dank für die Hinweise, Richard Rüegg. Ich möchte aber doch noch auch Delia Meier danken für den Vorstoss.

Und ich kann nur sagen: Der Verlust der Gemeindetageskarte der SBB ist eine unverständliche Beendigung durch die SBB. Das war nämlich ein Erfolgsmodell, da sind wir uns einig, ob Sie das Ganze positiv oder negativ bewerten, was der Stadtrat geschrieben hat. Zulasten der Gemeinden wird outgesourct. Die Dienstleistung wird entsprechend weitergereicht. Wir haben das entsprechend zu tun. Die neue Gemeinde-Tageskarte hat ja nichts mehr mit der alten zu tun, hat ja wirklich nichts mehr mit der alten zu tun. Es ist ein schweizweites Kontingent vorgesehen. Dies kann man wohnortsunabhängig bei allen Gemeinden beziehen. Und Sie wissen ja, wo das Stadthaus liegt – sehr zentral, sehr gut. Wir wissen auch, wie viele Damen und Herren jeden Tag nach Zug kommen. Wenn ich irgendwo ausserkantonale wohne und in der Stadt Zug arbeite, dann gehe ich hier vorbei und nicht ausserkantonale abends um sieben oder acht Uhr, wenn ich nach Hause komme. Weiter: Eine Vorbestellung ist nicht mehr online möglich. Es ist so, der administrative Aufwand wird wirklich grösser. Und zu kritisieren ist ja auch insbesondere, dass die Billette künftig nur noch am Gemeindeschalter gekauft werden können und keine digitale Lösung angeboten wird.

Pro Karte, wird gesagt, erhält die Stadt Zug einen Franken. Wir haben doch einige tausend Personen, die jeweils gekommen sind. Sie kennen den Empfang beim Stadthaus. Der ist nicht für die Damen und Herren Bürger von der Stadt Zug, es sind dort auch noch andere Firmen im vierten, fünften und sechsten Stock. Die Damen am Empfang fragen nicht nur «Hallo, wo müssen Sie hin?», sondern sie haben auch sehr viele administrative Aufgaben.

Die Spartickets, das können Sie nachschauen, kann man online bestellen für CHF 29.00. Jeden Tag gibt es wieder supertolle Angebote. Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren, es ist eine Grundsatzfrage: Wollen wir das Pferd beim Schwanz aufzäumen? Wollen wir dort einhaken, wo wirklich das Problem entstanden ist?

Wir haben vorhin von René Gretener gehört, dass es einen nationalen Vorstoss gibt. Und ich würde mich freuen, wenn da wirklich Bewegung reinkommt. Und wenn da Bewegung reinkommt, dann muss das wieder von Bern runter zu uns kommen.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 5

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 19 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 16 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis genommen hat.

7.4 Interpellation der FDP-Fraktion vom 2. Juli 2023 betreffend «Mehr Gemeinschaft statt Anonymisierung in unseren Quartieren!»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2846 vom 31. Oktober 2023

Alexander Eckenstein

Ich trage das Votum meiner Kollegin Maria Hügin vor, welche die Versammlung bereits verlassen musste.

Zunächst möchte ich im Namen der Interpellantin, der FDP-Fraktion, dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen danken. Es ist beeindruckend, zu sehen, welche Massnahmen die Stadt Zug im Bereich der Soziokultur bereits unternimmt. Insbesondere begrüssen wir das Engagement für das Label «Kinderfreundliche Gemeinde» von Unicef Schweiz und die vielfältigen Projekte im Stadtteil Zug West sowie in der Jugendarbeit.

Es scheint jedoch so, als seien einige dieser Entwicklungen eher zufällig und konzentrieren sich vorrangig auf bestimmte Stadtteile, während andere Quartiere weniger Beachtung finden. Die FDP unterstützt zwar die Haltung des Stadtrates, lokale Bedürfnisse und lokales Engagement zu fördern, sie vermisst jedoch eine übergreifende Strategie, die die soziokulturelle Entwicklung der Stadt effektiv begleitet, besonders angesichts ihres rasanten Wachstums. Es ist diese Beobachtung, die uns dazu veranlasst hat, den Vorstoss für die Erarbeitung einer städtischen Soziokulturstrategie einzubringen, der an der letzten GGR-Sitzung überwiesen wurde.

Aus liberaler Sicht ist die Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bewohner zentral. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt die Rahmenbedingungen schafft, welche die soziokulturelle Entwicklung effektiv und bedarfsorientiert unterstützen, ohne dabei Steuergelder ineffizient einzusetzen.

Und noch ein Wort zu unseren Kollegen von der SVP: Die Vorstellung, dass die FDP das Quartierleben zur Staatsaufgabe machen möchte, ist etwa so abwegig, als würden wir verlangen, dass staatlich finanzierte Grillmeister unsere Quartierfeste organisieren. Wir wissen doch alle, dass Gruppen wie die FFZ, die Letzibuzäli oder die Nachbarschaftsvereine keinen vom Staat bezahlten Grillchef benötigen, um ihre Gemeinschaft zu stärken. Sie machen das schon hervorragend heute. Unser Anliegen ist es, jedem im Quartier die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen – mit ein bisschen Hilfe hier und da, ja, aber die Initiative kommt von den Leuten selbst. So bleibt das Quartierleben lebendig und echt, ganz ohne staatliche Grillmeister.

Abschliessend möchten wir betonen, dass wir als FDP-Fraktion zuversichtlich sind, dass die Stadt Zug mit einer intelligenten und flexiblen Soziokulturstrategie ihre Vision einer lebenswerten, vielfältigen und dynamischen Gemeinschaft weiterhin erfolgreich umsetzen kann. Wir danken dem Stadtrat für sein Engagement in diesem Bereich und freuen uns auf die weiteren Schritte.

Roman Küng

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den Interpellanten der FDP und beim Stadtrat für den Vorstoss und dessen Beantwortung und nimmt diese Beantwortung positiv zur Kenntnis.

Eine wirklich bemerkenswerte Interpellation. Denn wir hätten nicht erwartet, dass es ausgerechnet die in früheren Zeiten liberale FDP ist, welche uns die Begriffe «Soziokultur» und «soziokulturelle Animation» schmackhaft machen möchte, inklusive Grillmeister.

Sehr wohlwollend jedoch ist dann bereits die einleitende Bemerkung der Beantwortung des Stadtrates, in welcher uns mit unglaublich schönen Worten erklärt wird, dass Soziokultur verbindet. Wunderbar so weit. Ich lese die Beantwortung der Interpellation weiter und gewinne immer mehr den Eindruck, dass Fragen und Antworten irgendwie nicht wirklich zusammenpassen wollen. Es wird vor allem auf die Jugend eingegangen, aber wir alle wissen: Soziokultur alle Altersstufen.

Als Beilage zur Interpellationsantwort findet man dann einen Schlussbericht der Hochschule Luzern zum Vorprojekt Quartierarbeit Guthirt. Ganz wichtig darin der Punkt 4.1., Ableitung von Empfehlungen. «Es braucht also eine von einer Fachperson besetzte Quartierarbeitsstelle und ein entsprechendes Budget. Die Vernetzung und Abstützung im Quarter wird durch eine Begleitgruppe sichergestellt.», heisst es hier.

Und nun erscheint doch die ganze Sache auch einigermaßen schlüssig. Es handelt sich hier nicht um Antworten auf Fragen der Interpellanten, sondern das sind Fragen basierend auf bereits vorliegenden Antworten oder Tatsachen.

Politik ist in einem gewissen Sinne auch Showbusiness, hat auch viel mit Marketing zu tun. Tue vermeintlich Gutes und sprich darüber. Hier hat uns die FDP eine Lehrstunde in Sachen Politikmarketing gegeben. Wir haben es tatsächlich auf Anhieb gemerkt.

Wie gesagt, wir nehmen die Beantwortung dennoch positiv zur Kenntnis, möchten aber anmerken: Sollte dereinst im Budget Geld für einen soziokulturellen Partyanimateur oder Grillmeister fürs Quartier Guthirt oder irgendein anderes Quartier beantragt werden, werden wir dies selbstverständlich trotz all diesen wunderbaren Erklärungen nicht unterstützen.

Richard Rüegg

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation.

Erfreut waren wir über die tollen Angebote unserer Stadt für Familien und Kinder. Nachdenklich stimmte mich aber, dass die Generation Ü 50 oder noch älter in ihrer Antwort nicht vorkam. Denn vor allem im Alter kann man in unserer Stadt vereinsamen und viele Bewohner macht der Übergang von der Arbeits- in die Pensionswelt Mühe. Zu bedenken gilt es auch, dass wir in Zukunft prozentual eine deutlich höhere Anzahl an älteren Mitmenschen haben werden.

Ich wünschte mir, oder wir wünschten uns, wie das in anderen Gemeinden gelebt wird, zahlreiche Angebote und Unterstützung für diese Generation. Solche Angebote können vielleicht durch Vereine, Studenten oder pensionierte Fachleute angeboten werden.

Zum Beispiel zu Themen wie:

- Animation zur Freiwilligenarbeit vor oder nach dem Erreichen des Pensionsalters;
- gemeinsames Kochen, Handarbeiten, Backen, Jassen, Spielen;
- körperliche Betätigung wie Turnen, Aquafit, Wandernachmittage oder Tanznachmittage.

Gerade jetzt wird die ältere Generation mit für sie neuen Problemen im Alltag konfrontiert, wie wir vorher gehört haben, wie die Nutzung der ÖV mit und auch ohne Handy. Wie komme ich zum Beispiel ohne Internet zu einer Tageskarte der SBB? Wie gehe ich ohne Kreditkarte durch den Alltag und woher bekomme ich auf einfache Art Bargeld, ohne bediente Bankschalter? Woher erhalte ich Hilfe beim Entsorgen ohne Auto? Und so weiter. Es gibt noch etliche Themen, die hier angefügt werden

könnten. Gezielte Angebote oder Kurse würden Unterstützung bieten und gleichzeitig Menschen zusammenbringen.

Ich möchte hier anregen, einen Seniorenrat ins Leben zu rufen. Man muss das Rad nicht neu erfinden, denn solche Räte bestehen in der Schweiz bereits. Auf Bundesebene besteht der Schweizerische Seniorenrat seit 2001 und nimmt die Aufgaben eines Beratungsorgans in Altersfragen für den Bundesrat wahr. Der SSR vertritt die wirtschaftlichen und sozialen Anliegen der älteren Menschen gegenüber Bund, Verbänden, Institutionen, Medien und Öffentlichkeit. Auch in diversen Kantonen arbeiten bereits Seniorenräte. Auf Gemeindeebene könnte ein Seniorenrat sehr nahe am Bürger aktiv werden.

Eine Befragung für Mitbewohner von 60 plus und älter kann aufzeigen, welche Angebote für diese Altersgruppe in Zug fehlen und wer interessiert ist, in einem Seniorenrat mitzuwirken. Das wäre ein guter Schritt vorwärts.

Esther Ambühl Tarnowski

Im Namen der SP-Fraktion danke ich der FDP-Fraktion für die Interpellation und dem Stadtrat für die Antwort. Wir haben den Bericht, aber auch den Anhang ebenso intensiv gelesen wie die SVP. Für uns beeindruckend, wo die soziokulturelle Animation heute überall die Finger im Spiel hat.

Es wurde hier ein Thema aufgegriffen, welches heute schon wichtig ist, in Zukunft aber noch viel wichtiger werden wird. Die angelaufenen und anstehenden grossflächigen Veränderungen in Zug West, aber vor allem auch im Guthirtquartier, werden eine grosse – zu grosse? – Herausforderung für die Nachbarschafts- und Quartierstrukturen sein.

Es ist wichtig, dass die gesellschaftliche Entwicklung mit den einschneidenden baulichen Veränderungen Schritt hält. Die Bevölkerung muss in den Veränderungsprozess eingebunden werden, damit die Identifikation mit dem Quartier bestehen bleibt oder aufgebaut werden kann. Dies fördert den Zusammenhalt – den Kitt in der Gesellschaft.

Schön, dass dieser Bedarf fürs Quartier Guthirt erkannt wurde und ein Quartierentwicklungsprozess angestossen werden soll. Hoffentlich nur ein erster Schritt von weiteren Massnahmen. Die Veränderungen sind im Quartier schon in vollem Gange. Etwas erstaunlich nur, dass es zwei Jahre Bedenkzeit brauchte – das Vorprojekt sah diese Massnahmen schon ab 2022 vor.

Ich hoffe, dass die vielen schönen Worte nicht zu einem Papiertiger werden. Die Befürchtungen sind nicht unbegründet, weise da auf die geplante Verdichtung des Schulareals mit dem Pausenplatz auf dem Dach hin. Als eine der Stärken wurde in der Vorstudie der Schulhausplatz ausgewiesen, auf dem Dach kann er diese Quartierfunktion nicht mehr im gleichen Masse übernehmen.

Die Angebote beziehungsweise Umsetzungen sind nicht gratis. Wie beschrieben ist die Arbeit und der Erfolg nicht immer gleich sichtbar – das Fehlen wird in relativ kurzer Zeit aber spürbar sein. Die Politik ist besonders gefordert. Die nötigen Voraussetzungen – vor allem auch finanzieller Natur – müssen geschaffen werden.

Wünschenswert wäre es natürlich, wenn solche Prozesse auch in den Quartieren mit weniger Veränderungsdruck angestossen würden. In diesen Quartieren werden zum Beispiel die fehlenden Möglichkeiten für die gesellschaftliche Vernetzung beklagt. Dass dies aber nicht gleichzeitig in allen Quartieren angegangen werden kann, erscheint uns logisch.

Kurz und gut: Die SP-Fraktion wird den Antrag des Stadtrats positiv zur Kenntnis nehmen.

Daniel Marti

Besten Dank an die FDP-Fraktion für ihre Fragen zur Soziokultur und Quartierarbeit in der Stadt Zug und besten Dank auch an den Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation.

Wir teilen die Ansicht der FDP, dass eine Anonymisierung in den Quartieren, insbesondere in schnell wachsenden Quartieren mit einem hohen Ausländeranteil, eine Herausforderung darstellt, die für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt nicht unbedingt förderlich ist.

Aus der umfangreichen Antwort des Stadtrates geht hervor, dass dieser Umstand erkannt wurde und auch entsprechende Massnahmen eingeleitet wurden.

Wir sind mit der Stadt einig, dass die Initiative für die Quartierarbeit hauptsächlich von den Quartierbewohnern selber kommen muss und das nötige lokale Engagement und die lokalen personellen Ressourcen vorhanden sein müssen, damit sich nachhaltige Projekte ergeben, die auch ohne konstantes Händchenhalten durch die Stadt überleben können.

Der heutige Ansatz mit Quartierboxen, Quartiertreffs und sozialpädagogischen Einrichtungen nach Bedarf ist unserer Meinung nach der richtige, da die Bedürfnisse in verschiedenen Quartieren anders sind und eine Einheitslösung fehl am Platz wäre.

Die Stadt soll generell ihren Teil beitragen, indem sie die geeigneten Rahmenbedingungen schafft. Dazu gehört auch eine umsichtige Stadt- und Quartierplanung mit Wohnprojekten, die eine Vielfalt von Einkommensgruppen ansprechen und damit beitragen, soziale Segregation zu verhindern und den Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

Nicht zu vergessen ist auch der Beitrag der Sportvereine. Gemeinsame sportliche und Freizeitaktivitäten bieten eine informelle Umgebung, in der Menschen verschiedener Hintergründe miteinander interagieren können. Die lokalen Sportvereine spielen hier eine ganz wichtige Rolle und sollten entsprechend von der Stadt auch gewürdigt und gefördert werden.

In der letzten GGR-Sitzung wurde ja bekanntlich die Motion der FDP betreffend Erarbeitung einer städtischen Soziokulturstrategie von uns überwiesen. Das Thema bleibt also im GGR pendent.

In dem Sinne sehen wir momentan keinen weiteren dringenden Handlungsbedarf und nehmen die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

Julia Küng

Auch wir bedanken uns bei der FDP-Fraktion für ihre wichtige Interpellation und beim Stadtrat für die sorgfältige Beantwortung der Fragen. Es wird spürbar, dass die Stadt Zug den Wert der Soziokultur anerkennt, und es freut mich, dass wir hier alle ein wichtiges Kernanliegen teilen.

Aus der Antwort des Stadtrates geht hervor, dass bereits viele tolle Initiativen und Angebote bestehen und zusätzliche geplant sind. Innovative Projekte wie das Quartierbudget im Herti beobachten wir mit grossem Interesse. Obwohl es sicher in allen Bereichen Luft nach oben gibt, dünkt uns gerade die Arbeit in der Kinder- und Jugendförderung schon sehr stark. Schwachpunkte sehen wir beim flächendeckenden Angebot: Für alle Quartiere, alle Generationen und alle kulturellen und sprachlichen Hintergründe. Soziokultur ist mehr als Jugendarbeit, wie auch schon Vorredner bemerkt haben. Es braucht sie überall und für alle.

In diesem Zusammenhang würden wir auch ein städtisches Integrationskonzept mit zugehöriger Fachstelle sehr begrüßen. Gerade für die diverse Stadt Zug ist eine erfolgreiche Integration grundlegend für ein gutes Zusammenleben.

Vor allem aber fehlt heute die Bündelung, Koordination und Sichtbarkeit der Initiativen. Vielleicht ist es symptomatisch, dass ich als Teil der Hauptzielgruppe der bisherigen soziokulturellen Initiativen – ich bin jung und aus dem Quartier Zug West – bisher nur wenig davon gespürt habe, über viele habe ich erst aus der Interpellationsantwort erfahren. Unser Postulat zu den Quartierzentren hätte hier Abhilfe schaffen können. Wir bedauern sehr, dass diese Idee bereits im Keim erstickt wurde.

Wir finden dennoch, es liegt in der Verantwortung der Stadt Zug, in diesem Bereich aktiv zu werden und dafür zu sorgen, dass ein flächendeckendes und gut koordiniertes Angebot besteht, gerade auch in den wachsenden Quartieren. Soziokultur darf uns auch etwas wert sein. Die Hürden für Eigeninitiativen sind hoch – es scheitert oft schon bei der Raumfindung – und die Gefahr der Verzettlung ist gross. Wo es engagierte Menschen gibt, gilt es diese zusammenzubringen und zu unterstützen.

Abschliessend ist es mir ein Anliegen, zu betonen: Den Menschen in der Stadt Zug nützen tolle Konzepte und Strategien erst etwas, wenn sie konkret umgesetzt werden, und zwar in naher Zukunft. Also machen wir uns an die Arbeit für Zuger Quartiere, die Menschen aller Generationen und Hintergründe verbinden.

David Meyer

Zwei, drei Sachen möchte ich schon noch relativieren.

Wir wissen von Zürich, die haben diese Quartiertreffs. Ein Quartier in Zürich hat – als Beispiel Zürich Enge – 40'000 Einwohner, ein Quartier in Zürich ist grösser wie unsere ganze Stadt. Es macht also aus meiner Sicht wenig Sinn, diese Studien aus den grösseren Städten oder aus internationalen Städten für unsere Stadt beizuziehen.

Ich habe im Quartier ein bisschen herumgefragt: Wie wird das gelesen? Wie zufrieden ist man? Wie sieht das aus im Quartier? Das ist das Dorf Oberwil.

Ich habe feststellen müssen, es muss offensichtlich zwischen den Quartieren markante Unterschiede geben im Bedarf.

Wir haben in Oberwil – wie gesagt sind wir etwas abseits und haben so gesehen ein eigenes Dorf – seit über 100 Jahren eine Schule. Das ist ein ziemlich markanter, hübscher Bau, hat aber auch starke Identifikationswirkung in unserem Dorf. Und rund um dieses Schulhaus spielt sich das Meiste, mindestens in der Kinder- und Jugendphase, ab.

Wir haben einen Pausenplatz, Spielplätze, ausserschulische Betreuung etc. Der Pausenplatz ist ein wichtiger Teil, ist übrigens auch die Wiege der heutigen erfolgreichen Oberwil Rebels. Wir haben einen Jugendtreff. Wir haben das Pfarreiheim. Das macht Aktivitäten, wer sich treffen möchte – Adventsfenster und Weihnachtsfeier für die Besinnlichen. Wir haben das Haus der Oberwiler Kurse für die Aktiveren. Wir haben für die Gemütlichen das Kreuz. Wir haben den Rigiblick, das Kafi vom Altersheim. Die haben auch Aktivitäten. Wir haben das Kafi im Rufin. Wir haben das Kafi von der Klinik Zugersee, die auch immer mal wieder Aktivitäten macht für die Öffentlichkeit, für das Quartier.

Ich bin noch nicht fertig. Wir haben Familien mit Kindern, die treffen sich sehr gerne beim Volg. Da lernen sie schon recht früh, wie Wirtschaft funktioniert. Wir haben die Badi im Tellenörtli, in den

Sommermonaten ist da das ganze Familienleben anzutreffen. Wer sich da mit Kindern anschliessen möchte, ist da ziemlich oft selten allein.

Ende Oktober machen diverse Private bei uns im Quartier kleine Halloweenfeier. Die sind alle irgendwie selbst zustande gekommen. Wir haben eine eigene Chilbi, das ist im September, wo das halbe Dorf aktiv mitmacht und die andere Hälfte des Dorfes dann auf Besuch kommt. Wir haben sogar eine Skichilbi, die ist vom Oberwiler Skiclub. Wir haben schlussendlich auch noch die NOG als überlegende, langjährige, über 150-jährige Nachbarschaftsorganisation. Die ist auch aktiv und wenn man ein Thema hat, kann man das da einbringen. Es gibt einen Vorstand, eine Jahressitzung und die Leute sind ziemlich gut zugänglich.

Von einem Masterplan, wie er jetzt auch schon erwähnt wurde, brauchen wir in Oberwil mal vorderhand nichts. Das kann für andere Quartiere anders aussehen, aber ich denke, bei uns ist das nicht so brennend. Wir sind nämlich weitgehend eigeninitiativ unterwegs. Grätschen Sie also nicht unmotiviert von Amtes wegen rein. Wir melden uns, wenn wir es nötig haben.

Etienne Schumpf, Stadtrat

Ich freue mich, dass die wichtige Kind-, Jugend- und Quartierarbeit auf der politischen Agenda angekommen ist und wir auch diese Chance nutzen können, um die Entwicklung und das Wachstum der Stadt Zug gemeinsam mitzugestalten.

Ich kann auch den Einwand der SVP-Fraktion verstehen. Der Begriff «Soziokultur» ist ein bisschen sperriger, schwer verständlicher Begriff, wo wir nur schon eine halbe Seite brauchen, den verständlich zu erklären. Und auch dazu machen wir uns Gedanken, wie das zukünftig vielleicht noch besser heissen kann. Wir nehmen auch gerne die Inputs von Richard Rüegg entgegen. Vielleicht heisst es dann Kind-, Jugend-, Senioren- und Quartierarbeit.

Ich möchte Ihnen schon auch noch kurz erklären, wie diese Fachstelle aufgestellt ist. Weil das ist wichtig zu verstehen, wenn wir dann über zukünftige Strategien sprechen.

Diese Fachstelle Soziokultur ist beim Bildungsdepartement in der Abteilung Kind Jugend Familie angegliedert. Das sind 1.4 Stellen, das sind zwei Personen, die bereits heute mit den bestehenden Ressourcen diesen eindrücklichen Aufgabenkatalog entsprechend abarbeiten und jetzt auch bereits in der Strategieerarbeitung sind, die ja ein Auftrag des Grossen Gemeinderats ist seit der letzten Sitzung. Das einfach, um den Kontext zu geben.

Vielen Dank, Richard Rüegg, für deine wichtigen Inputs zum Seniorenangebot. Das werden wir gerne auch in den Strategieprozess einfliessen lassen.

Ich habe ganz kurz geschaut, was der Quartiertreff Riedmatt heute für Senioren so anbietet. Es gibt hier diverse Yoga-Angebote. Aber ich habe auch gesehen, es gibt sogar einen Anti-Aging-Kurs.

Vielen Dank für Ihre wohlwollenden Voten. Wir werden diesbezüglich weiter im Dialog bleiben und wir freuen uns, dass wir mit diesem Thema gemeinsam die Stadt entwickeln können.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

7.5 Interpellation der SVP-Fraktion vom 24. Juli 2023 betreffend «Die zunehmende ‹babylonische› Sprachverwirrung an den Stadtschulen - was kostet den Steuerzahler so viel sprachliche Vielfalt und Toleranz bei Elterngesprächen gegenüber den Eltern mit ausländischen Wurzeln?»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2847 vom 31. Oktober 2023

Philip C. Brunner

Vorab besten Dank dem Stadtrat für seine Antwort, die er am 22. August verfasst hat und die sich auf unseren Vorstoss vom 14. Juli bezieht. Sie können sich erinnern, dass wir zwei ähnlich lautende Vorstösse gemacht haben. Der erste stammte vom 14. Juli, der zweite vom 22. Juli.

Der Stadtrat hat dann sofort ein paar Tage später eine Medienmitteilung gemacht.

Ich habe versucht, auf die heutige Sitzung die Medienmitteilung zu erhalten. Man war nicht bereit, mir diese auszuhändigen, weil sie nämlich total falsch war, insofern dass das also nicht Fake News der SVP sind und auch keine Lügen.

In der zweiten Fassung haben wir jetzt die Antworten erhalten. Die Stadt hat in der Tat rund CHF 90'000.00 über die letzten zehn Jahre ausgegeben für diese Übersetzungen. Wir verstehen eigentlich nicht, warum das nicht gleich zu Beginn gesagt werden konnte, dass es sich nicht um Elternabende, sondern um Elterngespräche handelt. Weil wir haben diese Informationen von Dritten erhalten und haben keinen Anlass gesehen, daran zu zweifeln, dass das so ist. Vor allem weil auch andere Gemeinden, auch ausserhalb des Kantons, in anderen Städten, das durchaus gang und gäbe ist.

In diesem Sinne nehmen wir also die Antworten des Stadtrates zu unseren Fragen zur Kenntnis. Wir beantragen zuhanden des Präsidenten keine negative Kenntnisnahme, sondern sind mit den Antworten einverstanden. Das ist der Beschluss der Fraktion zu diesem Thema. Es ist ein bisschen bedauerlich, dass wir erst jetzt in der zweiten Februarhälfte dazu kommen, das zu bereinigen. Aber das ist nicht der Fehler des Stadtrates, sondern das ist den zahlreichen Geschäften geschuldet, die wir hier im GGR besprochen haben. Und darum ist dieses Geschäft mehrmals nach hinten verschoben worden. Es hat vielleicht auch nicht mehr ganz die gleiche Wichtigkeit.

Wichtig zu wissen ist: Ja, es werden in der Stadt Dolmetscher eingesetzt. Und ja, sie werden bezahlt. Und ich bitte darum, dass unserer Fraktion nicht voreilig mit Medienmitteilungen irgendwelche Unlauterkeiten vorgeworfen werden. Auch wir machen Fehler. In der Stadt machen sie auch Fehler, das sieht man hier einmal deutlich. Ich weiss nicht, wo der Fehler lag, bei der Verwaltung, die nicht weiss, wo ihr Geld ausgegeben wird, oder beim Stadtrat, der so fuchsteufelswild wurde auf unsere Vorstösse, dass er sich vergessen hat und innert Tagen die Antwort geschrieben hat, bevor anfangs September überhaupt diese Vorstösse überwiesen wurde. Aber das ist nicht unser Problem, sondern das vom Stadtrat. Nämlich am 5. September wurden beide Vorlagen überwiesen. Die eine wurde wie gesagt am 22. August beantwortet, die andere Ende Oktober. Und die 2.0-Fassung des Stadtrats, also die Nr. 2847, die wir jetzt behandeln, das ist eigentlich auch die korrekte Antwort, weil, wie Sie gesehen haben, die Fragestellungen praktisch identisch sind, nur einzelne Wörter ausgetauscht wurden.

Dagmar Amrein

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Daraus wird ersichtlich, dass Übersetzerinnen an den Stadtschulen tatsächlich wirklich die Ausnahme sind: Im Jahre 2022 wurden gerade mal CHF 12'000.00 für Übersetzungen ausgegeben.

Wenn es Übersetzungen braucht, dann sind diese wirklich wichtig. Die allermeisten Eltern bemühen sich sehr, Deutsch zu lernen und die Schule zu verstehen – sie wollen ja ihrem Kind eine gute Ausbildung ermöglichen. Dennoch gibt es einfach Eltern, die noch zu wenig Deutsch verstehen, um ein differenziertes Gespräch zu führen. Und es ist durchaus auch im Interesse der Schule, wenn sie sich verständlich machen kann.

Um den unserer Ansicht nach befremdlichen Interpellationen betreffend die Übersetzer doch noch etwas Konstruktives abzurufen: Wir haben in der Fraktion über den Einsatz technischer Übersetzungssysteme gesprochen, welche in Grosskonzernen zum Teil schon erfolgreich angewendet werden. Wir sind der Meinung, dass diese bei Elternabenden, bei denen es um reine Informationsvermittlung geht, getestet werden könnten. Bei Elterngesprächen aber sind die Zwischentöne wichtig. Es geht um deutlich mehr als nur reine Informationsübermittlung und deshalb ist bei Elterngesprächen die zwischenmenschliche Komponente nicht durch Technik zu ersetzen.

Ivano De Gobbi

Normalerweise bedanke ich mich an dieser Stelle bei den Interpellanten, aber hier kann ich das nicht. Ich danke aber dem Stadtrat für die Antworten.

Der Begriff «Babylonische Sprachverwirrung», lateinisch «confusio linguarum», stammt aus 1. Mose, Genesis, 11,7–9, LUT. Entschuldigung, wenn ich das jetzt irgendwie falsch wiedergegeben habe. Danach verwirrte Gott die Erbauer des Turms zu Babel, sodass keiner des andern Sprache verstehe. Darin wird die Sprachenvielfalt als Gottesstrafe an der gesamten Menschheit dargestellt. Wir haben uns in der Fraktion gefragt, ob diese beiden Interpellationen eine Strafe für uns im GGR waren.

Mit der ersten Interpellation, welche sehr populistisch geschrieben war, wollte man hier einen Sturm der Entrüstung auslösen. Es war abzusehen, dass der Stadtrat hier umgehend eine Klarstellung an die Medien platzieren musste. Sonst wären solche Falschbehauptungen den Sommer durch in den Medien kursiert.

Danach wurde einfach der Inhalt etwas abgeändert und man zielt nun auf die Elterngespräche. Und siehe da, man hat das Haar in Suppe gefunden. Der Stadtrat gibt doch tatsächlich CHF 12'146.00 für Übersetzer an den Elterngesprächen aus.

Eine Kritik gibt es trotzdem an den Stadtrat. Bezüglich der Antwort zur ersten Interpellation wäre etwas weniger Vehemenz sinnvoll gewesen.

Wie wäre es, wenn wir uns alle mal wieder selbst an der Nase nehmen. Bevor man eine solche Interpellation einreicht, könnte man den Schulvorsteher antelefonieren oder den Stadtpräsidenten anrufen. Dadurch hätte sich diese Interpellation vermutlich in drei Minuten erledigt.

Für die erste Interpellation wären viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit schulpflichtigen Kindern zur Verfügung gestanden. Das wäre vermutlich aber zu einfach gewesen.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

7.6 Interpellation der Fraktion ALG-CSP vom 26. April 2023 betreffend «Auswirkungen Tangente Zug-Baar auf die Verkehrssituation der Stadt Zug»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2848 vom 31. Oktober 2023

Michèle Willimann

Bei der Abstimmung zur damaligen Tangente wurde auch eine Entlastung des Stadtzuger Zentrums versprochen. Nun zu lesen, dass keine Verkehrsmessungen im Zentrum stattgefunden haben, ist gelinde gesagt haarsträubend. Es kann doch bei solch grossen und teuren Projekten definitiv nicht sein, dass kein korrektes Monitoring stattfindet.

Doch stimmt das wirklich? Die Antwort betreffend den gewünschten Verkehrszahlen ist schlichtweg falsch. Wie wir Ende letzten Jahres beim Kanton selbst in Erfahrung gebracht haben und in der Zwischenzeit auch aus den Medien bekannt ist, liegen sehr wohl Zahlen zum städtischen Zentrumsverkehr vor. Sie zeigen, dass der Verkehr seit Jahren rückläufig ist. Und dies trotz immensem Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum. Aussagen wie «dass der Verkehr in der Neugasse immer mehr zunimmt» stimmen also nicht. Auch die Aussage «wir werden vom Verkehr überflutet» sind mehr als übertrieben. Die Beantwortung enthält weitere falsche Aussagen: Es führen nämlich nicht täglich mehr als 20'000 Fahrzeuge durch das Nadelöhr Neugasse-Bahnhofstrasse.

Warum hat uns der Stadtrat diesen Fakt des Verkehrsrückgangs vorenthalten, sogar wenn wir explizit danach gefragt haben? Warum wird hier nicht mit offenen Karten gespielt? Das Qualitätsniveau der Beantwortung ist unterirdisch. Ob der Stadtrat in der nicht so knapp bemessenen Zeit von sechs Monaten zwischen Einreichung und Beantwortung der Interpellation die Zahlen trotz intensiver Recherche nicht fand oder ob er seine Stadttunnel-Überzeugungsarbeit mit Blick auf die Abstimmung durch richtige Zahlen, die in die falsche Richtung zeigen, gefährdet sah, darüber können wir nur spekulieren. Klar ist, dass der Eindruck, den der Stadtrat in dieser Sache hinterlässt, ziemlich schlecht ist. Würde er noch die Schulbank drücken, gäbe es an der Benotung der Interpellationsantwort keine Zweifel: Leistung ungenügend. Wir beantragen deshalb negative Kenntnisnahme.

Einmal mehr wird die Interpellation als Werbeplattform für den Stadttunnel genutzt. Dann dürfen wir uns auch ganz kurz dazu äussern. Sehr bald schon ist die Abstimmung, doch der Stadtrat kennt laut Interpellationsantwort ja nicht einmal die Ausgangslage, geschweige denn die entscheidenden flankierenden Massnahmen.

Es ist sehr einfach. Mehr Strassen führen zu mehr Verkehr. Weniger Strassen beziehungsweise Einschränkungen und Kapazitätsreduktionen führen zu weniger Verkehr, weil sich das Verkehrsaufkommen insgesamt verringert. Es findet eine nachhaltige Umlagerung statt. Dies zeigen Studien klar. Der Tunnel würde nur zu neuen neuralgischen Stellen führen und die Probleme damit einfach nur verlagert. Hunderte Millionen Franken in neue Strassen zu investieren ist daher definitiv die falsche Lösung. Dieses Geld könnte so viel wirksamer und sinnvoller eingesetzt werden. Und vor allem auch so viel zeitnahe.

Es stellt sich zudem die Frage: Wo ist eigentlich das Stadtzuger Zentrum? Dieses hat sich immer mehr in Richtung Bahnhof/Verwaltung verlagert. Somit würde der angedachte Stadttunnel ohnehin nicht das Zentrum entlasten, sondern mitten ins Zentrum führen – notabene mit einer 4-spurigen Megastrasse. Zusammen mit dem hohen Quell- und Zielverkehr der Stadt Zug wird alles noch viel sinnloser.

Wir haben uns schon etliche Male zum beziehungsweise gegen den Stadttunnel geäußert und sind schockiert, wie blind der Stadtrat weiterhin nur an dieser einen Lösung festhält, sich unbeirrt an diesem unnützen Tunnel festklammert.

Ratspräsident Roman Burkard bittet **Gemeinderätin Michèle Willimann**, zum Thema zu sprechen.

Michèle Willimann

Aber wir werden sehen, wie sich die Thematik die nächsten eineinhalb Wochen entwickelt und wie die Bevölkerung Anfang März zum x-ten Mal über den Stadttunnel befinden wird.

Roman Küng

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den Interpellantinnen der ALG-CSP und beim Stadtrat für den Vorstoss und dessen Beantwortung und nimmt diese Beantwortung positiv zur Kenntnis.

Ausser auf der Nordstrasse hat offenbar der Verkehr auf allen betroffenen Strassen abgenommen beziehungsweise ist geringer als 2014 prognostiziert. Das ist eine gute Nachricht. Warum euch das ärgert, ist mir ehrlich gesagt schleierhaft.

Ausserdem habe ich aber noch eine gute Nachricht für die Interpellantinnen: Wenn ihr wirklich weniger Verkehr in der Innenstadt wollt, müsst ihr ganz einfach am 3. März Ja sagen zur Umfahrung Zug.

Daniel Marti

Wie wir der Interpellationsantwort entnehmen können, hat die Tangente Zug-Baar die gesetzten Ziele erreicht und insbesondere in Baar zu einer wesentlichen Entlastung geführt.

Diese positiven Zahlen freuen uns und geben uns die Gewissheit, dass wir auch mit dem Projekt «Umfahrung Zug» auf dem richtigen Weg sind, für die Stadt Zug ebenfalls die geplante Entlastung zu erzielen. Nebst der Entlastung in Baar hat die Tangente auch einen, wenn auch kleinen, positiven Effekt auf das Nadelöhr am Kolinplatz. Dass dieser gewollte Effekt jetzt als Argument gegen die Umfahrung Zug ins Feld geführt wird, notabene von denselben Kreisen, die damals gegen die Tangente waren, ist meines Erachtens zumindest bemerkenswert. Tatsache bleibt, dass sowohl die Tangente Zug-Baar als auch die Umfahrung Zug wichtige Puzzleteile einer Gesamtstrategie sind zur Verlagerung des motorisierten Durchgangsverkehrs raus aus den Zentren; und wie die Zahlen es belegen, wirken diese Massnahmen.

In dem Sinne nehmen wir die Antwort des Stadtrates wohlwollend zur Kenntnis.

André Bliggenstorfer

Wir bedanken uns bei den Interpellantinnen sehr für den Vorstoss und beim Stadtrat für die ausführliche Antwort.

Die Verkehrsmessungen haben gezeigt, dass die Tangente die gewünschte Verkehrsverlagerung im Norden von Zug und hauptsächlich in Baar erzielt hat. Das heisst, dass die Kombination der Umfahrung mit flankierenden Massnahmen sehr effizient ist und in der Tat auch funktioniert. Weniger positiv, aber klar zu erwarten war, ist, dass die Tangente Zug-Baar quasi keinen Einfluss auf den Verkehr im Stadtzentrum hat.

Wir haben am heutigen Abend bereits während der Diskussion um die Sicherheit an der General-Guisan-Strasse gehört, dass die Sicherheit für Anwohner und vor allem für Kinder auf dem Schulweg äussert wichtig ist. Auch im Stadtzentrum wohnen Familien mit Kindern, deren Schulweg mitten durch die stark überlasteten Verkehrswege führt. Und auch ihre Sicherheit soll Priorität haben.

Und nur weil Sie, liebe Interpellantinnen, nicht in diesem Gebiet wohnen, heisst es nicht, dass dieses nicht zu entlasten sei – das würde doch auch nicht zu Ihrer sozialen Gesinnung passen.

Ganz nach dem Vorbild von Ivano de Gobbi würde ich Sie sehr gerne einladen, mal eines Tages zu uns in die Altstadt zu kommen und sich ein Bild von der Verkehrssituation an den besagten Strassen zu machen. Und gerne können wir dann noch einen Kaffee trinken bei mir.

Abschliessend möchte ich sagen: Eine Entlastung des Stadtzentrums ist aus meiner oder unserer Sicht nur mit einer Umfahrung zu erreichen. Darum werden wir auch Ja abstimmen. Wir nehmen den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis.

Ivano De Gobbi

Hier kann ich nicht zum Kaffee einladen. Wir danken den Interpellanten für die Fragen und dem Stadtrat für die Antworten.

Eigenlich sind wir sprachlos. Wir wissen gar nicht, was wir hier sagen sollen. Ich kann nur sagen, wir von der SP-Fraktion unterstützen die ablehnende Kenntnisnahme der ALG-CSP und stehen voll hinter dem Votum der ALG-CSP.

Theo Iten

Die Schranke, welche das Arbachquartier vor dem Autoverkehr schützen soll, ist neu mit einer Nummererkennung für Anwohner zugänglich. Zu gut Deutsch: Es gibt eine Luxusprivatstrasse für die Bewohner dieses Quartiers. Komischerweise handelt es sich nicht um eine Privatstrasse, sondern seit Generationen um eine Verbindungsstrasse, die von der öffentlichen Hand bezahlt und unterhalten wird. Die Anwohner zahlen dafür weder eine separate Gebühr noch gibt es eine vernünftige Argumentation, warum eine bestimmte Strasse nur für die Anwohner verfügbar sein soll. Laut Bericht hat das Quartier sowieso das geringste Verkehrsaufkommen, da hätte eine 30er-Zone völlig gereicht. Leidtragend sind diverse Geschäfte, die Einkommensverluste hinnehmen müssen. Oder können nun alle Quartiere eine Barriere beim Kanton oder der Stadt beantragen, um alle Nichtanwohnenden von ihrer Strasse fernzuhalten?

Tatsache ist, dass sich beim Linksabbiegen in die Göblistrasse gefährliche Situationen beim Kreuzen zwischen Autos, Velos und landwirtschaftlichen Fahrzeugen ergeben, da die Barriere die Fahrbahn einengt.

Besten Dank, für mich negative Kenntnisnahme.

Benny Elsener

Als Einzelsprecher bedanke ich mich bei den Postulanten und auch für die Antwort des Stadtrates.

Aus dem Bericht des Stadtrates, welcher heute vor uns liegt, und aus dem Medienbericht der Regierung zur Stellungnahme des Vorwurfes von falschen Verkehrsdaten beziehungsweise keine publik gemacht zu haben, sehen wir deutlich, Umfahrungen wie jetzt in unserem heutigen Geschäft die Tangente bringen Verkehrsentslastungen. Der Verkehr wird rückläufig – dank der Umfahrung.

Verkehrsentlastung an der Ägeristrasse vielleicht eher weniger als man erwarten durfte, aber es gibt eine deutliche Verkehrsentlastung an der Industriestrasse und Baarerstrasse.

Was heisst das? Das bestätigt: Mit Umfahrungen werden Quartiere entlastet. Und warum? Weil der Kanton und die Stadt in der Verkehrsplanung den Quartieren grösste Aufmerksamkeit schenken. Und genau dem wird auch bei der Umfahrung Zug und Unterägeri höchste Priorität geschenkt. Und wir entscheiden mit und auch die Bevölkerung kann mitreden beim Mitwirkungsverfahren der Massnahmen.

Fördern wir Umfahrungen, Umfahrungen und Tunnels, welche heute keine Stadt oder kein Dorf mehr hergeben würde. Darum am 3. März zweimal Ja zu den Umfahrungen, für uns und die kommende Generation.

Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin

Eigentlich wollte ich mich heute Abend nicht mehr zur Umfahrung, zum Stadttunnel äussern. Es wurde schon so viel gesagt und es wurde schon fast alles gesagt. Aber ich muss jetzt trotzdem noch etwas sagen.

Zuerst noch zur Schranke Arbach, Theo Iten. Das Beispiel zeigt doch wunderbar, dass die flankierenden Massnahmen wirken. Man konnte den Schleichverkehr auf dieser Strecke von Inwil über Arbach ins Loreto unterbinden. Man hat die Schranke installiert. Es gab lange Probleme, aber jetzt hat man sie gelöst. Ein gutes Beispiel auch für die Umfahrung Zug, das uns positiv stimmen sollte.

Wenn ich jetzt aber zu unserer Umfahrung auf unserem Stadtgebiet komme, kann man sagen: Ja, man kann behaupten, dass die Stadt Zug kein Verkehrsproblem hat. Das machen gewisse Kreise. Aber mit 20'000 Fahrzeugen täglich, das ist Fakt und das ist Realität, täglich in unserem Stadtzentrum. Und diese Behauptung, dass wir kein Verkehrsproblem haben, wird ausgerechnet aus Kreisen aufgestellt, die sich sonst für den Langsamverkehr, für Fussgänger und Velofahrer, einsetzen und die sich für eine gesunde Umwelt engagieren. Da muss die Liebe zum Auto irgendwo doch gross sein, vermute ich mal. Anders kann ich es mir nicht erklären.

Ich muss auch noch sagen: Nur weil man immer wieder die gleichen falschen Behauptungen aufstellt, werden diese auch nicht wahrer. Und damit habe ich geschlossen.

Patrick Steinle

Es tut mir leid, ich weiss, es ist unüblich in diesem Rat, dass man sich nach dem Stadtrat noch äussert, aber es ist unser Parlament. Und ich frage mich da schon, ich lese aus dieser Antwort zweimal, im Stadtzentrum von Zug gab es keine Messungen. Da frage ich mich aber: Woher kommt denn diese Behauptung von über 20'000 Fahrzeugen am Tag in der Neugasse? Das kann ich nach wie vor nicht verstehen, woher das kommt.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 6

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 15 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 20 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 6

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

Nicht behandelte Geschäfte der Sitzung vom 05.12.2023

7.7 Postulat der SVP-Fraktion vom 5. Juli 2023 betreffend «Geht nicht – Gibt's nicht! Das neue Hallenbad gehört auf die Oeschwiese!»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2849 vom 14. November 2023

Roman Küng

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für Bericht und Antrag zu unserem Postulat und nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Frau Dr. Isabelle Häner wurde damit beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, um festzustellen, in welcher Weise das Bundesgerichtsurteil 1C_327 aus dem Jahre 2015 Einfluss hat auf einen möglichen Bau eines Hallenbades auf der Oeschwiese.

Frau Häner kommt zum Schluss, dass die Errichtung eines Hallenbades auf der Oeschwiese nicht per se ausgeschlossen werden kann. Es wären jedoch verschiedene Faktoren zu berücksichtigen. Es ist die Rede von Zonenkonformität, vom kantonalen Richtplan, vom Abwägen der Gewichtigkeiten von öffentlichem Interesse usw.

Der Standort Oeschwiese scheint somit schwierig realisierbar, aber nicht unmöglich.

Nicht einverstanden mit dem Gutachten sind wir bei der Ziffer 34. Hier heisst es: «Mit dem Bau eines Hallenbades auf der betreffenden Parzelle ist die gleichzeitige Realisierung eines Seeuferwegs und eines Naherholungsgebietes hingegen grundsätzlich ausgeschlossen bzw. nur stark eingeschränkt möglich.» Das stimmt so natürlich ganz und gar nicht. Selbstverständlich kann und soll der Seeuferweg realisiert werden. Ein Hallenbad würde ja nicht direkt ans Seeufer gebaut.

Interessant übrigens in diesem Zusammenhang ist auch Folgendes: Die Stadt Bern hat im letzten September die Schwimmhalle Neufeld eröffnet. Ein Hallenbad mit 50-Meter-Becken, entworfen vom Zürcher Architekten Armon Semadeni. Dieses neue 50-Meter-Becken, also im Stile wie das von den Initianten gefordert wird, findet Platz in einem Gebäude, welches 85 x 52 Meter gross ist, also total 4'420 m² aufweist. Die Oeschwiese hat eine Fläche von 9'440 m². Es blieben also noch 5000 m² übrig für Strandbaderweiterung und Seeuferweg. Sie sehen, auch von der verfügbaren Fläche wäre es machbar. Aber man müsste es halt wollen.

Auch wurde unsere Frage nach dem Stand der Verhandlungen mit der Gemeinde Steinhausen betreffend einen gemeinsamen Bau eines Hallenbades beantwortet.

Der Stadtrat hat einer diesbezüglichen Absichtserklärung mit der Gemeinde Steinhausen zugestimmt, hat aber zugesichert, uns hier im GGR im ersten Quartal 2024 einen Zwischenbericht vorzulegen, in welchem dann verschiedene Standorte hier auf Stadtgebiet vorgeschlagen werden.

Wir freuen uns sehr auf diese Vorschläge. Und wer weiss, vielleicht ist dann die Oeschwiese doch wieder ein Thema. Denn Sie wissen es: Geht nicht, gibt's nicht.

Patrick Steinle

Vielleicht geht's eben ab und zu doch nicht.

Unsere Fraktion ist zwar auch der Ansicht, dass die Zone OelB genau die richtige wäre. Und wir haben tatsächlich auch wenig Bedenken, dass die vormaligen Eigentümer jetzt aufgrund einer anderen als damals bei der Enteignung geltend gemachten, immer noch klar öffentlichen Nutzung mit auch noch teilweise standortgebundener Strandbaderweiterung, plötzlich gerichtlich gegen die Stadt vorgehen würden. Und falls sie es täten, hätten sie wohl kaum Erfolg.

Wenn schon, dann ist für uns das ISOS ein Argument. Darin ist immerhin behördenverbindlich festgelegt, die Oeschwiese sei möglichst als Freiraum zu erhalten, was mit den Strandbad-Pavillons noch einigermassen geht, mit einem voluminösen Hallenbad wäre das doch schwierig zu behaupten.

Vor allem aber ist für uns jenseits aller juristischen Spitzfindigkeiten klar: Die Stadt Zug, mit demnächst über 40'000 Einwohnern, braucht beides: ein neues Hallenbad und eine Strandbaderweiterung. Also dürfen wir uns die Oeschwiese nicht zubauen, es würde zu wenig Platz für die Strandbaderweiterung bleiben.

Immerhin liegen inzwischen einige – auch valable – Standortvorschläge für das neue Hallenbad vor, das zwar gerne Seeanstoss haben dürfte, aber eben nicht unbedingt haben muss, andere Faktoren wie die Erreichbarkeit sind uns da wichtiger.

Wir können von uns aus gesehen dieses Postulat als erledigt abschreiben.

Esther Ambühl Tarnowski

Im Namen der SP-Fraktion danken wir dem Stadtrat für Bericht und Antrag zu diesem Postulat.

Aus unserer Sicht lässt das Gutachten kaum Zweifel aufkommen: Ein Hallenbad ist auf der Oeschwiese nicht möglich. Nun ist diese Tatsache auch mit einem Gutachten belegt. Die Gründe sind vielfältig: kantonaler Richtplan, ISOS, Abstimmungsvorlage und das Urteil des Bundesgerichts zur Oeschwiese.

Nun gilt es also, von dieser Idee Abschied zu nehmen und sich den anderen möglichen Standorten zuzuwenden. Bezüglich Sumpf sind die Absprachen mit Steinhausen schon recht weit gediehen. Wir sind aber der Meinung, dass weitere Standorte plausibilisiert werden müssen. Auch die bereits verworfenen Standorte sind nochmals genauer und nachvollziehbarer zu untersuchen und bewerten. Die bisherige Bewertung war für uns nicht nachvollziehbar. Das neue Hallenbad muss gut zu Fuss, mit dem Velo und dem ÖV erreichbar sein, insbesondere auch von den Schulanlagen aus.

In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion den Antrag des Stadtrats zur Kenntnis und das Postulat soll von der Geschäftsliste abgeschrieben werden.

David Meyer

Die Oeschwiese ist natürlich ein sehr verlockender Standort für ein Schwimmbad, weil wir da eben Schwimmbad plus Hallenbad haben könnten. Aber wir haben gesehen, es dürfte nicht ganz einfach sein wegen der Vorgeschichte.

Ich möchte aber hier in diesem Zusammenhang noch etwas mitnehmen. Und zwar: Die Oeschwiesen-Geschichte wurde ja schon vor 1975 mal aufgewühlt, dann immer mal wieder, schlussendlich auch 2009 wieder betrachtet und dann schlussendlich 2017 die Enteignung.

Wir sehen, das hat schon Jahrzehnte hinter sich. Und man muss sich vorstellen, das sind alles Bestimmungen, Gesetze, Bundesrichter und solche Sachen, die über Jahrzehnte gemacht worden sind. Nun haben wir seit 2013 das neue Raumplanungsgesetz. Und das Raumplanungsgesetz hat quasi bei den Siedlungen wie eine imaginäre Stadtmauer gebildet. Wir können da nicht mehr wirklich ausserhalb dieses Bandes, das um unsere Stadt gelegt wird, bauen. Das hat dazu geführt, dass wir eigentlich nach innen verdichten müssen. Jetzt haben wir ein Problem. Die ganzen Gesetze, Bestimmungen und Auflagen, die über die Jahrzehnte aufgestellt worden sind, von Bundesbern, vom Kanton, wie aber auch hier, die machen vieles unmöglich, sind veraltet, weil sie nicht mehr auf die Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes passen. Wir schleppen die aber mit und jedes Mal, wenn irgendwas kommt, zerrt jemand diese Entscheidungen hervor, das sehen wir jetzt ganz schön, und wir können als Öffentlichkeit eigentlich gar nicht mehr bestimmen, was wir in unserer Stadt machen wollen, weil irgendetwas nach vorne gezerrt wird.

Wir müssen uns dessen bewusst sein. Wir haben die Ortsplanungsrevision vor uns. Und da sind – man sieht es im Moment sehr genau – viele buchhalterische Gedanken bis auf den letzten Millimeter in den Köpfen. Wenn wir das so machen, wird es völlig unmöglich, in dieser Stadt irgendetwas zu bauen, irgendetwas durchzubringen, weil immer irgendjemand etwas nach vorne zerren kann, das wir zu eng geschnürt haben. Und dann gibt es eine riesige Reihe von Einsprachen.

In diesem Sinne möchte ich jetzt dafür plädieren: Nehmen wir uns diesen Fall, der uns, so wie es aussieht, aus historischen Gründen das Hallenbad verunmöglicht, zu Herzen. Schauen wir bei der Ortsplanungsrevision, dass wir da nicht zu eng schnüren, dass wir die Bauordnungen nicht sakrosankt in Millimetern aufteilen. Und nachher hoffen wir darauf, dass im Baudepartement bei der Interpretation im Tagesgeschäft auch nicht ewig eng beurteilt wird.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7.8 Interpellation P. C. Brunner, SVP, und Mitunterzeichner vom 25. September 2023 betreffend «Fragen zur Zusammenarbeit und finanziellen Unterstützung von öffentlichen Anlässen durch die Stadt Zug, welche von Privaten oder Vereinen durchgeführt werden»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2850 vom 21. November 2023

Philip C. Brunner

Jawoll, auch bei dieser Interpellation ist es erfreulich, dass sie jetzt hier in den Rat kommt. Ich finde, wir haben die Möglichkeit, nachdem wir bereits über Soziokultur diskutiert haben, vielleicht über private Anlässe ein bisschen nachzudenken, die in unserer Stadt stattfinden.

Die Antwort des Stadtrates ist sehr detailliert ausgefallen. Dafür können wir danken. Nicht nur weil es das Präsidialdepartement betrifft, aber da ist auch eine gute Übersicht über die städtischen Beiträge an Veranstaltungen ab diesem Jahr, was an Unterstützungsbeiträgen von unserer Stadt geleistet wird zugunsten von Vereinen.

Die Fragen wurden sehr gut beantwortet. Es ist nachvollziehbar, wie das zustande kommt. Wir persönlich bedauern, dass der Anlass OSMT, das Sunday-Morning-Treffen, offenbar aufgrund der geltenden Bestimmungen nicht unterstützt werden kann. Das ist ein Anlass, der wirklich tausende von Leuten anzieht. Falls Sie jemals Gelegenheit haben, dann schauen Sie doch rein. Normalerweise sind unter osmt.ch die Daten aufgeschaltet.

Bedauerlich ist übrigens auch, dass die Stadt diesen Anlass indirekt via Werkhof mit Material unterstützt. Das beginnt bei Abschränkungsmaterial, das beginnt bei Fahnen und so weiter und geht über bis zu den mobilen WC-Anlagen. Das muss ja eins zu eins bezahlt werden durch die Organisation OSMT. Dass man nicht einmal hier – bei einem Anlass, der schweizweit, ich würde sagen aus der ganzen Deutschschweiz, das kann man an den Nummern der Oldtimer, die dort abgestellt sind und ausgestellt sind, sehen, woher die kommen, das ist ein rechter Zirkel, besonders wenn das Wetter gut ist, zieht die Veranstaltung wirklich Tausende an, nicht nur aus der Stadt Zug, sondern eben auch von anderen Orten.

In diesem Sinne nehmen wir die Antwort des Stadtrates zu dieser Interpellation zur Kenntnis. Wir bedauern wie gesagt, dass eine stärkere Unterstützung dieses Traditionsanlasses nicht möglich ist. Ich habe aber heute oder gestern einen Link gefunden auf meinem Mobile, der zeigt, dass Zug Tourismus jetzt diesen Anlass aufgeschaltet hat und ebenfalls bewirbt, so wie andere, beispielsweise den Märli- und so weiter, diese Veranstaltungen, die Sie bei der Antwort auf Seite 5 finden, Stierenmarkt, Weihnachtsmarkt etc.

Vielen Dank dem Stadtrat für die Beantwortung.

Martin Iten

Wir danken der SVP für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Beantwortung und auch für das Mitreichen der zahlreichen Unterlagen und Zahlen. Darin ist ersichtlich, dass die eigentliche interessante Thematik dieser Interpellation nicht unbedingt die Abklärungen betreffend den Oldtimer-Anlass sind, sondern die Praxis der Stadt Zug ganz allgemein im Umgang von Unterstützungen von Anlässen.

Unsere Fraktion findet es nachvollziehbar und im Grundsatz auch richtig, dass die Stadt ausschliesslich nicht gewinnorientierte Anlässe unterstützen will. Wir sehen aber auch, dass diese Praxis gar nicht so klar umzusetzen scheint. Die Frage, welche Anlässe denn überhaupt nicht gewinnorientiert sind und welche doch, ist sicher vielschichtiger als auf den ersten Blick angenommen – und sie geht definitiv über die Rechtsform eines Veranstalters hinaus. Ob Veranstalter, die sich mit ihren Firmen hinter Vereinsstrukturen, die als nicht gewinnorientiert deklariert sind, ganz auf Gewinne verzichten, ist kaum anzunehmen. Der Antrag von Zug Magic, den wir hier im Saal behandelt haben, aber auch jener vom heutigen Zuger Seefest, oder ich erinnere an das «Zug Fäscht», haben das aufgezeigt, bestätigen das. Diese Veranstalter wissen einfach, wie sie ihre Gewinne frühzeitig als Eigenleistungen budgetieren müssen und so auch legitimieren können. So steht am Schluss einer Veranstaltung die schwarze Null – und die Gewinne sind dann doch geflossen.

Jene Veranstalter, die selber noch nicht auf den Trichter gekommen sind, dass sie sich bei dieser städtischen Vorgabe zum Beispiel hinter einem nicht gewinnorientierten Verein verstecken könnten, haben dann das Nachsehen. Offenbar gehört hier auch der Oldtimer-Club dazu.

Wir haben für das offensichtliche Problem auf die Schnelle keine Lösung parat, würden uns aber wünschen, dass sich der Stadtrat dieser Diskrepanz annimmt und eine ehrlichere Regelung anstrebt. Und hier haben wir auch eine gewisse Hoffnung auf den Vorstoss der Mitte-Fraktion, der hoffentlich in diese Richtung geht und auch diese Problematik ansprechen wird und vielleicht hoffentlich einen Lösungsvorschlag präsentiert.

Zudem stimmen wir dem Eindruck zu, dass die geforderte Bürokratie für insbesondere kleinere Veranstalter zu gross ist und dass diesen in Zukunft erleichterte Bedingungen angeboten werden sollten.

Alexander Kyburz

Aus Sicht der FDP-Fraktion wird hier der Unmut über das Bewilligungswesen für das Oldtimer-Treffen an sich in einer allgemein formulierten Interpellation wiedergegeben.

Aus unserer Sicht sollten solche Probleme zuerst bilateral zwischen dem Veranstalter und der Verwaltung gelöst werden. Falls der Veranstalter einen Verein gründen würde, wären wohl viele Probleme schon gelöst.

Trotzdem möchten wir aus unserer Sicht beispielhaft auf zwei unglückliche Ausführungen in den Standard-Bewilligungen der Stadt hinweisen:

Zum einen ist stossend, dass die verantwortliche natürliche Person immer während der gesamten Veranstaltungsdauer telefonisch erreichbar beziehungsweise auf dem Veranstaltungsgelände anwesend sein muss. Was ist, falls diese Person krank ist oder aus familiären Gründen nicht anwesend sein kann? Muss dann die Person mit einer Busse rechnen? Ja, denn gemäss der Bewilligung unterstehen ausdrücklich sämtliche Auflagen der Strafandrohung nach Art. 292 StGB. Dieser Artikel sieht eine Busse bis CHF 10'000.00 vor.

Zum Zweiten ist auch absolut unbegreiflich, wieso der Verkauf von Alcopops auf dem öffentlichen Grund und in den Mehrzwecksälen der Stadt Zug an erwachsene Personen weiterhin verboten ist. Es gibt hier keinen Grund, hier die Wirtschaftsfreiheit einzuschränken. Es gibt heutzutage genügend Alternativen zu Alcopops in Bier- oder Mostform, zum Beispiel Somersby. Diese Regelung ist demnach absolut veraltet. Auch geht es mir persönlich am nächsten Morgen viel besser, wenn ich Smirnoff Ice, also den Alcopop, trinke und nicht den klassischen Smirnoff Vodka. Natürlich, für

Jugendliche kann diese Regelung Sinn machen. Für Erwachsene ist diese Einschränkung schlicht eine unnötige Bevormundung, welche per sofort abgeschafft gehört.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die schriftliche Bewilligung der Stadt nicht sehr vereinsfreundlich ist. Alle Auflagen werden auf den Verein und die natürliche verantwortliche Person abgeschoben. Die Stadt ist für nichts verantwortlich. In der Realität ist die Stadt den Anlässen natürlich viel wohler gesinnt. Dafür danken wir der Verwaltung vielmals.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis, hoffen aber, dass die Stadt in Zukunft in ihrer schriftlichen Bewilligung wieder Augenmass wahren wird, so wie sie dies bei der tatsächlichen Unterstützung bereits macht.

Philip C. Brunner

Vorab möchte ich meinen Vorrednern herzlich danken für die wohlwollende Aufnahme.

Einen Widerspruch oder eine Unklarheit möchte ich schon aufklären. Wir wurden nicht seitens des Veranstalters OSMT gebeten, sich irgendwie für ihn einzusetzen, ganz im Gegenteil. Ihm war das eigentlich eher nicht recht, weil er – und jetzt kommen wir zu den Bewilligungen – befürchtet, dass die Stadt ihn dann eben speziell gut kontrolliert.

Es gibt im Departement SUS Leute, die sich ja geradezu diebisch freuen, irgendeinen Veranstalter entsprechend darauf hinzuweisen, dass er jetzt den einen oder anderen Punkt nicht erfüllt.

Über dieses Thema Bewilligungen, das angesprochen wurde, wofür ich sehr danke – es ist so, wir haben ein Problem. Wir behalten uns als Fraktion vor, in diesem Sinne weitere Vorstösse zum Thema Bewilligungen zu machen.

Es ist wirklich von mehreren Seiten bemerkt worden, und zwar auch ausserhalb der SVP – das ist also nicht nur quasi ein internes Ding zwischen SVP und der Stadt, sondern auch von ausserhalb –, wie pedantisch diese Bewilligungen sind, dass sie unglaublich dick sind, dass man Sicherheitskonzepte vorlegen muss, unter anderem auch für Veranstaltungen, da könnte ich Beispiele oder mindestens ein Beispiel geben, wo über Jahre ein Anlass stattgefunden hat, und jetzt plötzlich neue Auflagen kommen.

Wir müssen immer ein bisschen Bedenken: Diese Veranstalter geben ihre Freizeit hin und tun einiges – einige Beispiele sind ja tatsächlich auch hier aufgeführt – für die Öffentlichkeit. Vielleicht erhalten sie Geld oder sie erhalten kein Geld von der Stadt, aber sie tun etwas für die Öffentlichkeit. Und es ist nicht unbedingt so, dass sie das grosse Geld in die eigene Tasche stecken. Und da müsste meiner Meinung nach auch seitens der Stadt ein gewisses Wohlwollen überkommen, eine Dienstleistungseinstellung.

Und bei gewissen Leuten, die bei dieser Stadt arbeiten – und ich kann dem Stadtrat die Namen dann sagen – hat man eher das Gefühl, dass sie sich als kleine Könige aufführen, gnädige Herren. Die gnädigen Herren und Damen der Stadt Zug, die sich gegenüber dem Bürger gross aufspielen. Dabei ist es genau umgekehrt. Es ist der Bürger, der diesen Leuten den Lohn zahlt. Das sollten sie sich vielleicht auch hinter die Ohren schreiben. Vor allem, wenn sie nicht einmal in der Stadt Zug wohnen, sondern irgendwo sonst aus einem Kanton hierherreisen, um uns in der Stadt den Tarif durchzugeben bei diesen Veranstaltungen. Das geht gar nicht.

André Wicki, Stadtpräsident

Besten Dank für Ihre Voten. Und ja, es stimmt, wir haben im Stadthaus auch Telefone. Das ist wirklich so. Nichtsdestotrotz, es war für uns natürlich auch sehr spannend, dass wir diesen Vorstoss beantworten können, insofern dass Sie auch anhand von den Beilagen sehen, dass wir es wirklich auch ernst meinen. Wir möchten eigentlich als Dienstleister dastehen und nicht als Verhinderer.

Ich möchte insbesondere auf die zwei Beilagen «Grundsätze für die Beitragsgewährung», die dazumal vom Finanzdepartement erstellt wurde, und «Richtlinien für das Beitragswesen im Bereich Stadtmarketing», wo Sie unter Punkt 4.1 die generellen Kriterien sehen, hinweisen. Das sind die Hauptpunkte, denen wir folgen wollen und auch folgen, dass wir wirklich eine belebte Stadt haben. Wir haben dies selbstverständlich mit dem Departement SUS abgestimmt, besten Dank. Und dort sehen Sie auch verschiedene Merkblätter und Checklisten für Veranstaltungen. Sie sollen sich besser zurechtfinden. Sie sollen eine kleine Guideline bekommen. Und wenn Fragen sind, können Sie auf uns zukommen.

Betreffend das «Oldtimer Sunday Morning Treffen» haben wir auch eine Beilage gemacht. Die ist von der Polizei. Signalisationspläne, verschiedene Pläne, da gibt es flexible Pläne, die man entsprechend angehen kann.

Ich habe es so verstanden, dass der Hauptpunkt dieser Interpellation der Oldtimer-Sunday-Morning-Treff ist, den ich persönlich sehr zu schätzen weiss. Da gab es wohl einen Medienbruch durch Corona. Denn von 2012 bis 2021 gab es jeweils eine Beitragszusage von CHF 2'000.00 pro Jahr. Und der Betrag wurde für den Oldtimer-Korso, der jeweils durch die Innenstadt führte und viel Publikum anzog, bewilligt. Das kann man wie gesagt unter den generellen Kriterien 4.1 sehen.

Zu Frage 4 – Philip Brunner, du hast es schon angetönt – betreffend Zug Tourismus: Ja, ich habe mir die Freiheit genommen und den Telefonhörer in die Hand genommen. Und das ist, wie Sie vielleicht sehen oder nachschauen können, dort umgesetzt, dass es wirklich zu den Top-Anlässen gehört wie viele andere in dieser schönen Stadt Zug. Und dieser Anlass, der Sunday-Morning-Treff, gehört auch zu Zug.

Barbara Gysel, Stadträtin

Ich möchte gerne noch eine Ergänzung anbringen zu den Ausführungen betreffend das Bewilligungswesen, da diese das Departement SUS betreffen.

Ich möchte die grundsätzlichen Anschuldigungen, wie ich sie jetzt verstanden habe, in dieser Form nicht so stehen lassen. Ich habe eine andere Wahrnehmung hinsichtlich der Dienstleistungsorientierung.

Ich kann Ihnen zwei Dinge mitgeben:

Erstens: Wir sind in verschiedener Hinsicht an der grundsätzlichen Überarbeitung sowohl in punkto Prozessen, es soll beispielsweise auch in digitaler Form sehr nutzungsfreundlicher werden, aber auch in inhaltlicher Form, da eben kleine Veranstaltungen nicht gleichzusetzen sind mit Grossveranstaltungen. Dazu sind verschiedene interne Prozesse am Laufen.

Zweitens: Wenn Sie Einzelfälle haben, mit denen Sie aufgrund der Erfahrungen nicht einverstanden sind, lade ich Sie gerne ein, sich bei mir zu melden, damit wir das direkt ansehen können. Ich lade den Votanten auch ein, dass wir es detaillierter ausführen. Aber diese grundsätzlichen Unterstellungen, es sei nicht pragmatisch und nicht dienstleistungsorientiert, kann ich aufgrund der verschiedenen Einschätzungen und meines eigenen Eindrucks so nicht stehen lassen.

Philip C. Brunner

Geschätzte Barbara Gysel, danke für deine Ausführungen, die nehme ich gerne so entgegen. Ich glaube, es geht hier nicht um Digitalisierung, noch mehr Bürokratie und weitere Formulare und weitere Unterlagen. Die sind zur Genüge vorhanden.

Nein, es geht um Zwischenmenschlichkeit. Es geht um Kurse «I'm okay – You're okay», wo man miteinander versucht, eine gute Basis zu finden. Nicht von oben herab, wo der Bittsteller, der eine Veranstaltung durchführen muss, nicht schlafen kann, weil er gerade vielleicht nicht weiss, wie die entsprechende Bezugsperson am nächsten Tag aufgelegt ist. Jaja, ich werde kommen und habe ein paar Beispiele. Ich kann dir auch Namen nennen von Leuten, von Veranstaltern, die sich sehr gerne auf ein Vier-Augen-Gespräch mit dir zu ihrer Veranstaltung äussern würden. Was du vielleicht wahrnimmst, ist nicht unbedingt die Wahrnehmung, die vielleicht andere Veranstalter haben.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8. Parlamentarische Vorstösse

8.1 Postulat der FDP-Fraktion vom 27. Juni 2023 betreffend «Überprüfung des arbeits- und schulfreien Michelstags (29. September)»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2858 vom 23. Januar 2024

Barbara Gisler

Ja, der Michelstag, immerhin ist er jetzt wieder einmal Thema in unserer Stadt. Auf die Rakete, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, komme ich dann sehr gerne zurück. Wir müssen einfach das Lärmreglement beachten, nicht dass wir da Ärger bekommen.

Nun zu der Beantwortung unseres Postulats. Zusammengefasst: Ich bin enttäuscht und ich bin irritiert, das vor allem über die Antwort des Stadtrates. Dennoch gilt es, die Antwort zu akzeptieren. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass dieser Feiertag in seine Kompetenz gehört.

Weshalb bin ich enttäuscht und irritiert?

Drei Worte: Die Argumentation des Stadtrates ist für mich fraglich, widersprüchlich und in sich nicht konsequent.

Weshalb fraglich?

Der Stadtrat setzt unseren Stadtfeiertag mit einem Zürcher Knabenschieszen oder der Baarer Fasnacht gleich oder vergleicht es damit. Das sind doch zwei sehr belebte und gelebte Traditionen. Die Stadtzürcher oder Baarer feiern diese Anlässe – das kann man sehr wohl sagen – exzessiv. Sie sind sichtbar und die Menschen kennen sogar das Datum dieser Anlässe. Ich bin gespannt auf das Engagement des Stadtrates für die Zukunft, wie unser Michelstag für eine starke Gemeinschaft und zu unserer DNA beitragen soll. In meiner ist er aktuell nicht, obwohl ich hier geboren bin.

Weshalb inkonsequent?

Der Stadtrat argumentiert, dass wir den Michelstag aufgrund des Fachkräftemangels beibehalten müssen. Okay, könnte ich so stehen lassen. Aber: Die Bibliothek und der Ökiohof bleiben jetzt offen. Sie bekommen einen zusätzlichen Ferientag. Finde ich absolut gut und habe nichts dagegen. Die Stadtverwaltung schliesst. Weshalb bleibt die Verwaltung nicht offen und sie bekommen auch einen zusätzlichen Ferientag? Ich weiss es nicht – scheint mir überhaupt nicht durchdacht.

Und weshalb widersprüchlich?

Ich komme wieder zu der Rakete. Das Feuerwerk am Zuger Seenachtsfest wird als nicht mehr zeitgemäss angeschaut und einfach gestrichen. Okay... Ist das Feuerwerk für gewisse Menschen nicht auch die DNA des Seenachtsfestes und identitätsstiftend für die Stadt? Ein Seenachtsfest, das für viele mit dem Feuerwerk gleichgesetzt wird. Da wird nicht gezögert. Weg damit. Mir scheint, da wird mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Wenn es passt, ist es nicht mehr zeitgemäss und man streicht, und wenn es passt, ist es DNA und es bleibt. Ich bin gespannt auf zukünftige Antworten zu zeitgenössischer Kunst und Traditionen in der Stadt Zug.

Zusammengefasst: Für mich wurde hier eine Chance verpasst, eine zeitgemässe Lösung mit dem neuen Personalreglement zu finden. Im Gegenteil, es wurde für mich sogar noch wirrer.

Ein kleiner Satz zum Schluss der Postulatsantwort lässt mich auf negative Kenntnisnahme verzichten, ein kleiner Satz mit Abstand: «Das Bildungsdepartement prüft aktuell verschiedene Möglichkeiten, wie die schulergänzende Kinderbetreuung auch zusätzlich am St. Michaelstag sichergestellt werden kann.» Für mich der wichtigste Satz in der Antwort, auch die Motivation für das Postulat.

Ich hoffe sehr, dass der Stadtrat die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit ernst nimmt und es nicht nur mit diesem Satz abgekanzelt wird. Wir werden diesen Punkt im Auge behalten.

Stefan W. Huber

Wir nehmen die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis und danken ihm für seine vernünftige Antwort, welche die Relevanz von gemeinsamen Feiertagen sowohl für unsere Kultur als auch für den Gemeinschaftssinn innerhalb der Stadt unterstreicht.

In der Tat ist es sehr wahrscheinlich, dass der St.-Michaels-Tag nicht mehr unbedingt traditionell zum Kirchengang genutzt wird. Seine Abschaffung löst aber nicht nur kein bestehendes Problem, sondern im Gegenteil, beschleunigt die Fragmentierung unserer Gesellschaft.

Des Weiteren ist es stark anzunehmen, dass die zusätzliche Arbeitszeit, welche die städtischen Angestellten an diesem Tag neu leisten, nicht gratis sein wird, sondern zu unnötigen Mehrkosten führen würde.

Feiertage wie der Michelstag sind Pfeiler unseres sozialen Zusammenhaltes und bieten Gelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Besinnung abseits des Alltags. Ob diese nun religiös-patriotisch ausfällt oder nicht. Die Anpassung der städtischen Dienstleistungen am Beispiel der Kinderbetreuung begrüßen wir selbstverständlich.

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Antwort und freuen uns, den nächsten St.-Michaels-Tag traditionell zu feiern. Das motiviert mich nämlich gleich, mal zu schauen, wie man diesen denn traditionell feiert.

Corina Kremmel

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Antwort. Die Mitte-Fraktion ist erfreut, dass der Michelstag weiterhin als Feiertag gilt und wir somit an unseren Traditionen, zumindest teils, festhalten. Schliesslich gilt der heilige Michael als Stadtpatron.

Die Mehrheit der Fraktion begrüsst im Gegenzug zur Sprecherin der FDP, dass gewisse Dienstleistungen, zum Beispiel Bibliothek, weiterhin angeboten werden und eine Möglichkeit zur schulergänzenden Betreuung geprüft wird.

Es wäre jedoch schön, wenn sich der Stadtrat noch zusätzliche Gedanken darüber machen könnte, wie die Stadt den Michelstag attraktiver gestalten kann. Wir denken, da gäbe es sicherlich noch Potenzial nach oben. Dann könnte man auch nochmals über die Angebote der Dienstleistungen diskutieren, statt zu entsorgen, nimmt man dann lieber an einem Anlass teil.

Wir bedanken uns nochmals beim Stadtrat und nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Marilena Amato Mengis

Auch die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Und besonders beim Bildungsdepartement für die geäußerte Bereitschaft, nach einer Lösung zu suchen, um die Betreuung der Schulkinder am Michelstag sicherzustellen. Denn nicht alle Eltern arbeiten ja bei der Stadt oder sind Lehrpersonen, es gibt auch Menschen in Berufen, die nicht einfach so einen Gleitzeittag einlegen können. Dies war eigentlich unser Hauptanliegen im Zusammenhang mit der

Überweisung des Postulats. Gleichzeitig sollte der Freitag für die Stadtangestellten aber nicht einfach gestrichen werden. Auch das hat der Stadtrat berücksichtigt. Entsprechend sind wir mit der Antwort zufrieden.

Erlauben Sie mir dennoch eine persönliche Bemerkung: Nun, da klar ist, dass am schulfreien Tag festgehalten wird und angesichts der überaus hohen Wichtigkeit, welche der Stadtrat dem Tag offenbar für die Identität und den gesellschaftlichen Kitt der Zuger Bevölkerung beimisst, fände ich es wertvoll und auch folgerichtig, wenn den Kindern in der Schule zumindest erklärt würde, wieso sie am 29. September frei haben. Und noch schöner wäre es, wie meine Vorrednerinnen gesagt haben, wenn an diesem Tag auch wirklich etwas Identitätsstiftendes veranstaltet würde. Ob es nämlich tatsächlich eine Chilbi gibt an diesem Tag, wie es auch auf der Stadtseite steht, das habe ich beim besten Willen und auch nach ganz vielen Nachfragen bei Leuten nicht herausfinden können. Was ich dafür aus eigener Erfahrung weiss: Wenn Sie am 29. September nach Goldau in den Tierpark gehen, finden Sie ganz, ganz viele Zuger Kinder dort. Und ich habe mich von Kollege Patrick Steinle belehren lassen, dass, wenn meine Kinder dann ein bisschen älter sein werden, es dann der Europapark ist, der am 29. September viele Leute hat. Es wäre schön, wenn wir den Tag in der Stadt verbringen würden.

Martin Iten

Ich kann mich eigentlich den meisten Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschliessen. Auch unsere Fraktion nimmt diese Beantwortung zur Kenntnis und dankt dem Stadtrat dafür. Auch der Vorstösserin danken wir sehr herzlich für diese Thematik, dass wir einmal über den Michelstag nachdenken konnten.

Wie bereits schon bei der Überweisung gesagt, ist es uns vor allem wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler diesen Tag weiterhin frei haben. Weil die können sonst noch genug in die Schule sitzen. Ich war immer froh als Schüler, dass ich da nicht gehen musste.

Wir finden auch gut, dass die Stadt darüber nachdenkt, die Kinderbetreuung an diesem Tag einzuführen. Das finden wir gut. Es wäre schön, wenn das jetzt nicht nur geprüft worden wäre, sondern auch schon umgesetzt.

Ja, es wurde bereits gesagt – auch wir sehen es so, dass eigentlich da noch Potenzial nach oben wäre. Es ist in der Tat so, dass der Michelstag jetzt ein bisschen ein Mauerblümchendasein hat und niemand so genau weiss, was das eigentlich soll. Aber tatsächlich ist das eigentlich unser «Zug Day», wenn man so will. Das ist der Tag der Stadt Zug. Und schon sehr lange ist das so. Der Erzengel Michael, ich habe es das letzte Mal ausgeführt, ist mit der Michaelskirche verbunden. Und tatsächlich ist Kirchweih dieser Tag, wo eben die Chilbi stattfinden sollte. Meines Wissens gibt es da unten so etwas Ähnliches wie eine Chilbi – manchmal. Ob es wirklich an dem Tag ist, weiss ich auch nicht. Aber – und das hätten wir uns tatsächlich vielleicht noch vom Stadtrat ein bisschen gewünscht, dass er hier noch ein bisschen kreativer gewesen wäre.

Nun, man kann nicht immer alles der Exekutive zuschieben. Ich fände es auch gut, wenn vielleicht hier aus dem Rat oder andere sich melden würden. Und ich bin sicher, die Stadt wäre dann sicher auch bereit, das Portemonnaie zu öffnen, wenn man diesen Tag ein bisschen lukrativer macht und sich überlegt, was möglich wäre, dass hier in Zug unser spezieller, städtischer Feiertag attraktiver, lukrativer wird für uns alle, insbesondere für die Kinder, die dann eben schulfrei haben.

Eine Stadt wie unsere, die im Inbegriff ist, sich sehr stark zu verändern, sich schon sehr stark verändert hat, aber eben auch noch wird, wie wir alle wissen – durch Zuwanderung, durch Wachstum und so weiter –, umso wichtiger bei grossen Veränderungen ist, zu wissen, woher man kommt. Wenn

man in die Zukunft gehen will, ist es wichtig, zu schauen, wo man herkommt. Und da ist eben unsere Geschichte auch wesentlich. Dieser Tag war immer wichtig für die Zugerinnen und Zuger, über Generationen, seit Anbeginn dieser Stadt. Es könnte auch ein Tag sein, an dem wir darüber nachdenken, was unseren Vorfahren wichtig war. Weil das war doch auch wesentlich für das, was heute in dieser Stadt alles passiert, in der wir leben dürfen. Diese Verbindung von gestern zu heute, zu morgen, das wäre vielleicht ein Aspekt, der genau an diesem Tag angemessen und angebracht ist.

Dominique Messmer

Die Geschichte und Kultur einer Stadt sind immer auch mit städtischen Feiertagen verbunden. Durch diese werden Werte vermittelt sowie Traditionen und Brauchtum von Generation zu Generation weitergegeben. Seit 1902 ist der Michelstag in Zug ein offizieller Feiertag. Damals wurde die St.-Michaels-Kirche in Zug eingeweiht. Mit der von der FDP geforderten Abschaffung des arbeits- und schulfreien St.-Michaels-Tages würde ohne zwingende Notwendigkeit ein Stück Stadtzuger Tradition verloren gehen.

Auch der auf Zentralplus von der SP eingebrachte Hinweis, der Michelstag bedeute, dass jedes Jahr Tausende Eltern eine Betreuung ihrer schulpflichtigen Kinder organisieren oder selbst freinehmen müssten, kann man nicht als Grund für die Abschaffung gelten lassen. Ansonsten müsste der schulfreie Mittwochnachmittag abgeschafft und die Schulferien pro Jahr auf maximal sechs Wochen gekürzt werden.

Geschätzte Damen und Herren, lassen wir die über 120 Jahre dauernde Tradition des Michelstages auch die nächsten Jahrzehnte überdauern und somit einen Teil der städtischen Kultur unverändert. Und Martin Iten, wir können immer noch einen Verein gründen.

Die SVP-Fraktion unterstützt die stadträtliche Haltung und nimmt den Bericht des Stadtrates freudig zur Kenntnis.

David Meyer

Wir haben viel gehört, dass man gar nicht mehr weiss, worum es geht. Googelt man, ist unter www.stadtzug.ch/brauchtum/10 eigentlich alles schön drin. Und es geht darum: Es ist eben eine kirchliche Geschichte. Sie haben gefragt, was es das zu tun gibt. Es gibt einen Gedenkgottesdienst um 9 Uhr und der Tag wurde eingeführt, damit die Kinder an die Chilbi am See unten gehen können. Es hat da also diverse Aktivitäten. Und wenn man auch etwas europäisch denkt – SP –, dann ist es ja so, der Europapark ist ja quasi auch eine Chilbi. Von dem her passt das ja dann schon. Was der Erzengel Michael dann aber auch noch gesagt hat, er mahnt daran, die Selbstüberschätzung im Auge zu behalten und diese nicht allzu weit ausufern zu lassen. Steht alles da.

André Wicki, Stadtpräsident

Geschätzter David Meyer, du hast schon viel vorweggenommen, so kann ich ein bisschen kürzer werden.

Geschätzte Damen und Herren, liebe Barbara Gisler: und eben doch. Und eben doch. Wir alle sind in anderen Städten und in anderen Dörfern. Und nach Zürich gehört natürlich selbstverständlich das «Sächsilüüte» und das «Knabeschüüse». Die Fasnacht hat in Basel gestern begonnen, heute läuft sie und morgen läuft sie aus. Wir werden vielleicht noch etwas sehen im Fernsehen. «De Chomer Märt läbt.» Das gehört doch zu uns. Das ist doch unsere Tradition. Und Tradition und Moderne gehören doch wirklich zusammen. Wir brauchen doch in dieser Gesellschaft beides.

Der Michelstag, wir haben es gehört – nein, die Jahreszahl wurde, glaube ich, noch nicht genannt – die Michaelskirche wurde 1899 erstellt und seit dem gibt es auch den Michelstag. Und am 29. September – dieses Jahr ist das Problem aus deiner Sicht gelöst, weil der 29. September auf einen Sonntag fällt. Jetzt müssen wir einfach schauen, dass es immer am Sonntag ist. Aber das wollen wir ja auch nicht.

Am 29. September gibt es für die städtischen Schulen, Ökihof, Bibliothek und für die Damen und Herren Angestellten im Stadthaus einen arbeitsfreien Tag, ausser wenn der Feiertag auf einen Werktag fällt, da bleiben die Bibliothek und der Ökihof selbstverständlich offen.

Ja, meine Damen und Herren, glauben Sie mir, der Gesamtstadtrat ist der erste, wenn es um Dinge geht, die man optimieren kann, aber sicherlich nicht um jeden Preis, gehört doch der Michelstag zu Zug, zu uns. Und dabei wollen wir auch bleiben.

Wir haben eine Geschichte. Wir haben eine Tradition. Und ich muss halt schon sagen: In der heutigen globalisierten Welt geht viel an Tradition, Austausch, Gesellschaft und Zusammenkommen verloren. Deshalb ist so was wichtiger denn je.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

8.2 Postulat (Motion) der SP-Fraktion vom 14. Juni 2023 betreffend «IT-Sicherheitstest der Stadtverwaltung»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2859 vom 30. Januar 2024

Jérôme Peter

Wir möchten uns beim Stadtrat für die ausführliche Beantwortung bedanken. Die Antwort ist grundsätzlich gut. Nicht überraschend besitzt die Stadt Zug ein gutes Sicherheitsbewusstsein und eine gute IT-Infrastruktur, besonders in der Cyber Security. Alles andere hätten wir auch fatal gefunden.

Nichtsdestotrotz verstehen wir nicht, warum sich die Stadt nicht einem ausführlichen Sicherheitstest unterziehen will. Dies wäre gut investiertes Geld. Schaden kann es nichts. Falls wirklich alles perfekt ist, super. Aber mit ziemlich grosser Sicherheit kann ich garantieren, dass Lücken festgestellt werden. Besonders bei der grossen Anzahl an Mitarbeitenden in der Stadt besteht ein grosses Risiko von Fishing, Spoofing, Social Engineering und weiteren Anglizismen. Ein solcher Test könnte bei Lücken Massnahmen aufzeigen, dass die Cyber Security eben noch besser wird in der Stadt. Ich hoffe, die Stadt wird dieses Projekt in naher Zukunft dennoch angehen, sodass wir der Stadtzuger Bevölkerung möglichst viel Sicherheit bieten können.

Stefan W. Huber

Zuerst zu meiner Interessenbindung: Ich bin der neue Leiter der ICT der Schulen Baar. Und diese arbeiten mit der ICT-Abteilung der Stadt Zug zusammen. Aber selbstverständlich spreche ich hier als Zuger Patriot.

Wir möchten dem Stadtrat für seinen ausführlichen und versierten Bericht zum Postulat danken. Leider wurden in diesem Rat Vorstösse zu diesem Themenbereich in der Vergangenheit als völlig unnötig und rein technischer Natur heruntergespielt. Dies trotz der Tatsache, dass die hier diskutierten Technologien eine immer bedeutendere Rolle in der Arbeit der Stadtregierung und ihrer Verwaltung einnehmen und dadurch auch von direkter und signifikanter Bedeutung für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sind.

Im Grunde lässt sich die Gefahr durch Cyberangriffe in drei Vektoren einteilen: den Verlust von Daten, den Missbrauch von Daten und die ungewollte Veröffentlichung von Daten. Penetrationstests haben dabei durchaus ihre Berechtigung und liefern wertvolle Einblicke in die Sicherheit. Für die Cybersicherheit einer Gemeinde sind jedoch die zugrundeliegenden Strukturen und Prozesse von grösserer Bedeutung.

Bezüglich der Gefahr des Verlustes von Daten lässt sich leider wenig dem stadträtlichen Bericht entnehmen. Da es sich aber um die am einfachsten zu begegnende Cybergefahr handelt, nehmen wir hier einfach mal an, dass die Stadt die üblichen institutionellen Standards wie zum Beispiel ISO 27002 für Back-ups und Datensicherungen einhält.

Der Gefahr von unerlaubter Veröffentlichung von Daten begegnet die Stadt primär durch regelmässige Schulungen und Sensibilisierungsmassnahmen für ihre Mitarbeiter zum Thema Phishing Awareness und so weiter. Hier würde es sich hinsichtlich einer möglichen Präventionsstrategie lohnen, einmal zu prüfen, welche sensiblen Daten überhaupt bewusst oder unbewusst durch die Stadt von ihren Bürgerinnen und Bürgern erfasst werden und ob es überhaupt nötig ist, diese zu erfassen

beziehungsweise in den Systemen zu speichern. Des Weiteren könnte ich unsere Stadt als Blockchain-Mekka auch mit innovativeren Konzepten auseinandersetzen, welche zum Beispiel durch dezentrale Systeme den Bürgerinnen und Bürgern ihre persönlichen Daten in ihre Eigenverantwortung zurückgibt. Einwohnerinnen und Einwohner würden mittels eines persönlichen Keys beispielsweise in der Lage sein, selbst zu entscheiden, mit wem sie welche Daten gerade teilen möchten. Dies würde auch die Gefahr eines Missbrauchs von Daten reduzieren.

Durch die Implementierung eines gemeinsamen Security Operations Center für den Kanton und die Zuger Gemeinden werden sinnvolle Synergien geschaffen. Hier möchten wir jedoch auf ein weitverbreitetes Fehlkonzept hinweisen. Bei allen Vorteilen, welche die Synchronisierung und Homogenisierung von IT-Systemen bringt, sollte ein kritisches Mass auf keinen Fall überschritten werden. Ein homogenes System, das aus bestmöglich gesicherten 11 gleichgeschalteten oder gleich organisierten Systemen besteht, birgt durch ihre Zentralisierung einen wesentlich grösseren Angriffsvektor als ein heterogenes System, das aus 11 unterschiedlichen Systemen besteht. Es ist ein bisschen wie in der Natur: Selbst die widerstandsfähigste Pflanze macht als Monokultur eine Wiese anfällig und attraktiv für Pferde – also trojanische –, für Bugs – ich meine Käfer – und für Viren. Hier wäre es empfehlenswert, ein paar Gedanken und Franken in Honeypots, Container und Sollbruchstellen in der IT zu investieren. Insbesondere im Bereich, welchen den grössten Teil der städtischen IT ausmacht – den Schulen. Hier – und da spreche ich mit dir, Etienne Schumpf – ist es beispielsweise hinsichtlich der Datensicherheit ziemlich heikel, aus meiner Sicht, dass sämtliche Schulen aller der IT Zug angeschlossenen Gemeinden den genau gleichen Office Tenant teilen.

Die effektive Balance zwischen dem Schutz der Systeme und der Gewährleistung einer angemessenen Benutzerfreundlichkeit ist ebenfalls entscheidend. Zu strenge Sicherheitsmassnahmen führen in der Regel zu Umgehungsverhalten, was die Gesamtsicherheit stärker beeinträchtigt als das völlige Weglassen der Sicherheitsmassnahme. Doch der Stadtrat scheint sich dieser Problematik bewusst zu sein. Indem er benutzerfreundliche Sicherheitsmassnahmen wie die gewählte Lösung der Stadt für die Zwei-Faktor-Authentifizierung implementiert, die sowohl Sicherheit als auch Benutzerfreundlichkeit bietet. Hier würde es sich übrigens lohnen, in YubiKeys zu investieren oder die Mitarbeiter zu motivieren, für diese Zwei-Faktor-Authentifizierung nicht immer die öffentliche städtische E-Mail-Adresse oder Telefonnummer zu verwenden. Oftmals sind es diese kleinen Dinge, welche am Ende einen grösseren Unterschied machen, als Millionen dafür zu investieren, die vermeintlich sicherste Softwarelösung zu evaluieren und für alle gleich zu verteilen.

Wir möchten dem Stadtrat für seine ausführliche und nahrhafte Antwort danken.

Johannes Heggin

Wir danken für die ausführliche Auskunft und die Bemühungen im IT-Bereich für einen hohen Sicherheitsstandard.

Dass im Jahr der eingereichten Motion eine sogenannte «Bug Bounty» durchgeführt wurde, ist lobenswert.

Als Aussenstehender ist es nicht einfach, abzuschätzen, ob das Fazit, dass keine externe Prüfung beziehungsweise Penetrationstest gebraucht wird, richtig ist. Womöglich kann dies in Zukunft erneut geprüft werden, damit nicht interne «blinde Flecken» als Einfallstor für Hacker dienen können.

Wir nehmen die Antwort dankend Kenntnis.

Bruno Zimmermann

Wir bedanken uns für die Antwort des Stadtrats.

Die Antwort des Stadtrats zeigt gut auf, dass sich die Stadt Zug mit dem Thema beschäftigt hat. Die SVP-Fraktion begrüsst betreffend die IT und im Speziellen die IT-Sicherheit die Zusammenarbeit mit dem Kanton Zug. Hier werden Synergien genutzt, welche in diesem anspruchsvollen Thema absolut notwendig sind.

Ebenfalls zeigt der Ausblick, dass sich die Stadt Zug mit den anderen Gemeinden und dem Kanton Zug gemeinsam Gedanken für die Zukunft machen. Gerade im Thema IT-Sicherheit darf man nicht stehen bleiben und eine Zusammenarbeit macht Sinn.

Die SVP-Fraktion nimmt vom Bericht des Stadtrats Kenntnis. Das Postulat kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.

Benny Elsener

Tägliche Cyberattacken auf die städtische IT-Infrastruktur. Das Postulat der SP-Fraktion und der Bericht des Stadtrates zeigen uns die mehrstufige Sicherheit der städtischen und kantonalen IT-Infrastruktur auf.

Die Mitte-Fraktion bedankt sich bei der SP-Fraktion für das gute, gerechtfertigte Postulat und bedankt sich beim Stadtrat für den informativen Bericht und den Antrag.

Unsere IT ist auf Cyberattacken gut gerüstet, die Mitarbeiter bekommen klare Regeln und arbeiten eng mit der Informatik zusammen. Zusätzliche Absicherungen und ein 7x24-Stunden-Pikett sind aufgestellt.

Gefährlich kann es aber werden, wenn man sich in Sicherheit fühlt und strickt nach den Regeln und Vorgaben arbeitet.

Warum ein externer Penetrationstest nicht geprüft wird, scheint uns eher fraglich. Dass das Einhalten von Regeln allein nicht ausreicht, um vollständig vor Cyberangriffen geschützt zu sein, zeigt die Praxis. Nur bei solch einem Test werden die aktuellen Methoden und Techniken von Hackern eins zu eins angewendet und es zeigt sich, ob unsere IT-Infrastruktur wirklich den Attacken standhält. Mögliche Schwachstellen werden so ohne Schaden aufgedeckt. Diese Tests können dabei helfen, potenzielle Sicherheitslücken aufzudecken, bevor sie von bösartigen Akteuren ausgenutzt werden können.

Ein Beispiel: In der Lebensmittelbranche werden die Regeln der Hygiene gepflegt und meist eingehalten. Der Betrieb fühlt sich auf der sicheren Seite. Die Schwachstellen kann aber der Lebensmittelinspektor aufdecken. Und der kommt vorbei. Da können einige Betriebe ein Lied davon singen.

Externe Prüfungen durch Inspektoren sind oft unverzichtbar, um verborgene Schwachstellen aufzudecken. Warum also nicht ein externer Inspektor für unsere IT-Sicherheit einsetzen?

Die Mitte-Fraktion nimmt Kenntnis vom Bericht.

Alexander Kyburz

Das gemeinsame Vorgehen der Stadt mit den anderen Zuger Gemeinden in der IG Gemeindeinformatik Zug ist aus Sicht der FDP-Fraktion sehr begrüßenswert. Dies gilt für die Informatik im Allgemeinen und für die Informationssicherheit im Besonderen.

Persönlich bin ich der Ansicht, dass die Informationssicherheit und somit die Cyberabwehr gegenüber dem rechtlichen Datenschutz noch viel zu stiefmütterlich behandelt wird. Es ist aber absolut nachvollziehbar, dass in der Antwort des Stadtrats keine detaillierten Auskünfte zur Cyberabwehr gemacht werden können.

Unsere Fraktion stellt sich dennoch die folgenden beiden Fragen:

Die erste Frage haben alle Vorvotanten vor mir auch schon gestellt: Wieso lehnt der Stadtrat freundliche Hackerangriffe kategorisch ab? Wieso sind externe Audits keine gute Idee? Natürlich sollen keine Details offengelegt werden. Aber ein kategorisches Nein in der Antwort des Stadtrats finden wir nicht gut. Wir wünschen vom Stadtrat somit eine Bestätigung, dass zumindest externe Audits eine prüfenswerte Idee sind.

Zu unserer zweiten Frage: Wieso braucht es neues Personal, auch wenn dies im Postulat gar kein Thema war? Eine neue Teilzeitstelle zur Aufsetzung eines zeitgemässen ISMS (Managementsystem für Informationssicherheit) passt für uns. In einem, spätestens zwei Jahren wird das ISMS aber aufgebaut sein. Daher unsere Frage: Wäre eine Befristung der Stelle nicht eine sinnvolle Möglichkeit?

Wir nehmen die Antwort des Stadtrats im Ergebnis positiv zur Kenntnis und danken für die Beantwortung unserer beiden Fragen.

André Wicki, Stadtpräsident

In der Tat, Cyberattacken darf man nicht unterschätzen, das ist so. Alltäglich werden wir da – wie sagt man so schön – angegriffen.

Ich habe zwei Teile. Es gibt einen allgemeinen Teil und dann werde ich noch ein paar Ausführungen machen zu den Tests.

Vorab möchte ich aber auf diesem Weg Urs Raschle – Sie haben sicherlich gemerkt, dass Urs Raschle nicht da ist, er ist leider krank und deswegen vertrete ich ihn –, ich glaube im Namen von Ihnen allen, weil er schaut zu, gute Besserung wünschen.

Ich komme zurück zur Antwort. Der allgemeine Teil, Sie müssen sich das vorstellen wie zur Zeit der Burgritter und der Raubritter. Heute haben Sie eine Burg. Es gibt das kantonale Tor von der IT. Und nur da können Sie rein und raus. Und immer wieder wird versucht, auf Umwege, unter dem Boden, über dem Boden, dass man da irgendwie rein kann.

In vielen Bereichen – alles, was irgendwie rausgeht an Informatik, an E-Mails, Internetzugang und -eingang, geht über ein kantonales Tor.

Sämtliche IT-Systeme der öffentlichen Hand im Kanton Zug sind untereinander vernetzt und bilden letztlich ein eigenes autarkes System. Der Kanton Zug sichert die Zugänge mit mehrstufig geschalteten Firewalls, dahinter geschalteten speziellen Gateways – Mail, Web, etc. – und wenn immer möglich mit einer Zwei-Faktor-Anmeldung ab. Weiter hat die Stadt Zug noch eigene zusätzliche Firewalls, die unser Netzsegment gegenüber dem Kanton und den anderen Gemeinden abgrenzt.

Ich komme zu ein paar Informationen zu den Tests. Einerseits wurde zur Phishing Awareness schon erwähnt, dass die Informatik seit Jahren regelmässig Phishing Awareness und Schulungen im IT-Sicherheitsbereich mit den Mitarbeitenden macht. Das machen wir mit externen Dienstleistern. Mitarbeiter, die hier falsch reagieren, müssen einen Online-Repetitionskurs absolvieren, inklusive Tests.

Weiter hat jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter die Möglichkeit, verdächtige E-Mails an eine externe Prüfstelle weiterzuleiten. Das kann da raufziehen, dann kann man das reintun und dann geht das an eine externe Stelle und wird entsprechend geprüft.

Noch ein paar Punkte zu diesen Penetrationstests. Wir machen zusammen mit dem Kanton solche Tests. Und zwar mit externen Firmen. Ein Test dafür heisst Bug Bounty. Ich weiss nicht, ob Sie das gegoogelt haben, was das ist. Das ist wie im Wilden Westen. Bug Bounty heisst Kopfgeld. Das sind Firmen, eher kleine Firmen, oder Einzelpersonen, sogenannte ethische Hacker, die versuchen, unser System zu hacken. Und umso grösser der Erfolg, umso besser ist entsprechend auch der Verdienst. Diese Lösung wird vom Bund und von vielen Kantonen sowie Banken bevorzugt, da sie eine Vielfalt von unterschiedlichen Hackern zulässt. Die Kreativität für den Angriff steigt, da kein vorgegebenes Muster oder Drehbuch vorliegt. Auch dies wird natürlich ausschliesslich mit externen Firmen und Personen gemacht. Die Lieferanten dazu werden durch Fachleute beim AIO des Kantons und der Stadt Zug ausgewählt

Ich kann nur sagen, dass Kanton und Stadt Zug bezüglich IT-Sicherheit gut aufgestellt sind. Und ja, da haben Sie recht, da sind wir uns alle einig, da müssen wir am Ball bleiben, tagtäglich.

Ich habe gesehen und gehört, dass einige von Ihnen da ein bisschen besser bewandert sind in diesem Bereich als ich. Da kann ich Sie nur einerseits an Urs Raschle und an sein IT-Team unter der Leitung von Daniel Truttmann verweisen. Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie an oder senden Sie eine E-Mail.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

8.3 Interpellation der ALG-CSP Fraktion vom 13. September 2023 betreffend «Stadttunnelklare Fakten für eine mögliche Abstimmung»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2855 vom 16. Januar 2024

Michèle Willimann

Die vorliegende Interpellation datiert vom letzten September, als der Kantonsrat noch daran war, die Abstimmungsvorlagen über die beiden Umfahrungstunnel in Unterägeri und der Stadt zu Ende zu beraten. Besten Dank für die Beantwortung.

Der Stadtrat scheint von seiner Antwort zu den Stadttunnel-Fakten derart überzeugt, dass er grosse Teile davon in den Flyer verpackte, den er gemeinsam mit der Gemeinde Unterägeri herausgegeben und sich damit eine Stimmrechtsbeschwerde eingehandelt hat. Dass der Stadtrat PR in eigener Sache macht, gehört zum politischen Handwerk. Derart stark hat sich die Behörde aber noch nie in einen Abstimmungskampf eingebracht. Das gibt zu denken... Zudem sollte sich eine Behörde nicht als Einheitspartei aufführen und uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit faktenfreiem Blabla abspeisen. Es ist absolut erschreckend, wie wenig durchdacht beziehungsweise kaum geplant der zur Debatte stehende Stadttunnel ist. Entschuldigung, das Kind heisst ja neu Umfahrung. Ob die Bevölkerung dadurch getäuscht werden kann, weil wir ja erst grad noch über den Stadttunnel abgestimmt haben?

Bei jedem Bebauungsplan werden Verkehrssimulationen gefordert und hier, bei diesem drei Viertel Milliarden schweren Projekt ist noch praktisch gar nichts klar. Die Taktik wurde nämlich nach der letzten Abstimmung geändert, da je konkreter der Stadttunnel, desto mehr Angriffsfläche und desto weniger Erfolgchancen. Wären die Auswirkungen allen klar, so würde wohl manch eine, manch einer diesen Tunnel anders beurteilen.

Also bleiben wir schön unkonkret. Versprochen wird aber vieles: Verkehrsentslastung, mehr Raum für den Fuss- und Veloverkehr, beschönigende Visualisierungen. Das Einzige, was klar ist, dass zeigen auch die Vorstudien der Regierung: Damit die versprochene Verkehrsentslastung von 75 % eintreffen würde, müssten drastische flankierende Massnahmen her, zumal der Grossteil des Verkehrs ja ins Zentrum will. Der Durchgangsverkehr beträgt bekanntlich mickrige 17 %. Und diese Massnahmen würden wohl nicht von allen begrüsst. Der Gewerbeverband hat bereits angekündigt, dass er sich auf jeden Fall gegen solche Massnahmen wehren würde. Ich habe ein Déjà-vu: Stichwort Bebauungsplan Post. Zuerst wird Ja zu etwas gesagt und im Nachhinein mit einer Initiative die Spielregeln geändert. Wir könnten nun also einen Stadttunnel bauen und später mit einer Initiative, nennen wir sie einfachheitshalber ebenfalls «Ja zum Gewerbe in der Altstadt», die flankierenden Massnahmen wieder zunichtemachen. So scheint ja das Rechtsverständnis des Stadtrats zu sein.

Nichts als leere Versprechen. Und dabei geht es um so viel Geld. Steuergeld. Bei anderen Projekten wird jeder Franken umgedreht und hier soll blind vertraut werden. Was ist das plötzlich für eine Haltung vieler Bürgerlicher? Dann könnten wir ab jetzt ja überall Ja sagen, denn wir haben ja das Geld. Zudem ist auch jetzt schon klar, dass dieser Tunnel bestimmt teurer als die CHF 750 Mio. werden wird. Einmal begonnen, gäbe es keinen Weg zurück mehr und wir würden weitere hunderte Millionen sprechen.

Eine Randbemerkung: Gerade weil es um so viel Geld geht, ist es umso bedenklicher, dass hier nicht wie üblich ein zweistufiges Verfahren, sondern ein einstufiges Verfahren gewählt wird. Möglichst rasch Ja sagen und alles weitere klären wir dann später. Selten eine gute Idee.

Und auch wenn die Finanzierung des Stadttunnels so gut wie gesichert ist und auch wenn die Stadt keine grossen Kosten betreffen, es ist dennoch Steuergeld und dieses gilt es gezielt und sinnvoll einzusetzen. Sinnvoll ist dieser Tunnel definitiv nicht. In den letzten Wochen kamen die vielen Nachteile zum Glück auch medial auf den Tisch: Mehrverkehr in den Wohnquartieren, ein Tunnelportal mitten im pulsierenden Herzen von Zug, eine jahrzehntelange Grossbaustelle, mehr Strassen führen zu mehr Verkehr, eine Lösung, die das Verkehrsproblem nur verlagert, eine Streckenführung, die es 2015 nicht einmal in die engere Auswahl geschafft hat. Und zu guter Letzt: das Festklammern an einer Lösung, die erst in rund 20 Jahren Wirkung zeigt. Die Liste ist lang und sie wäre noch viel länger, aber darauf möchte ich jetzt gar nicht mehr weiter eingehen. Fakt ist, bevor wir einen so folgeschweren Entscheid fällen, sollte reiner Wein eingeschenkt werden. Davon sind wir meilenweit entfernt. Auch in bürgerlichen Kreisen wird inzwischen vermehrt von schönen «Plänli und Prognösli» geredet.

Die aufrichtige Antwort auf unsere Fragen wäre gewesen: «Ja, es ist gar nichts klar, was die flankierenden Massnahmen zum Stadttunnel angehen und ob und wie diese dereinst umgesetzt werden oder nicht. Aber wir werden uns gelegentlich bemühen, Klarheit zu schaffen, wenn wir anfangen, den Tunnel zu bauen.» Auch hier sei betont, dass es sich bei der eben erwähnten Einschätzung nicht nur um Kritik von links handelt, sondern auch um Skepsis von bürgerlichen Stimmberechtigten, die – wie wir letzte Woche in der NZZ und der Zuger Zeitung gelesen haben – weiter verbreitet ist, als man annehmen könnte. Sie kursiert in der Stadt unter anderem in Briefen an «Liebe Freunde und Bekannte». Ein Stadttunnel-Gegner begründet darin sein «dezidiertes Nein» wie folgt, ich zitiere: «Meine Kritik an der wenig visionären und zukunftsorientierten Streckenführung [...] lasse ich beiseite. Nein, meine Ablehnung begründet sich in der demokratiepolitischen Aushebelung der Bürgerrechte und der intransparenten Präsentation der Vorlage.»

Spannend ist auch die kürzlich veröffentlichte Einschätzung von Mobilitätsexperte Dr. Prof. Erath, der den Eindruck hat, dass man mit dem Stadttunnel eine alte infrastrukturpolitische Pendenz zügig erledigen will, weil man es sich leisten kann. Alternativen wurden nie wirklich geprüft. Als wir damals die Haltung des Stadtrats zum Gegenvorschlag «Promenade Zug» des VCS wissen wollten, hatte dieser kein Gehör. Sozusagen ohne grosse Begründung «Wollen wir nicht, weil wir wollen den Stadttunnel.» Diese verbissene Haltung ist erschreckend und unverständlich. Wir hätten heute, gerade mit dem grossen Eigenkapital, die Chance, auf eine wirklich schlaue Lösung für eine zukunftsgerichtete Mobilitätswelt zu setzen. Mutig und mit Pioniergeist voranzuschreiten, so wie wir Zug kennen. Doch Alternativen waren für den Stadtrat und die Regierung nie eine Option und wurden daher auch nie ernsthaft gesucht und geprüft.

Die vorliegende Antwort des Stadtrats ist ausweichend bis irreführend. Wir beantragen negative Kenntnisnahme. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Zug ernsthaft mit der Vorlage auseinandersetzen und sich zahlreich an der Abstimmung beteiligen werden.

Roman Küng

Die SVP-Fraktion bedankt sich für die Interpellation und die Antworten des Stadtrates darauf und nimmt diese zur Kenntnis.

Auch dir, Michèle Willimann, danke für dein – wie hast du es genannt? – faktenfreies Blabla.

Der Stadtrat hat die Fragen klar und unmissverständlich beantwortet. Eine Verkehrsreduktion um 75 % ist verpflichtend; ein Zeitplan hierfür aufgestellt.

Ich frage mich, wieso die Umfahrungsgegner ein dermassen grosses Misstrauen gegenüber dem Stadtrat und auch dem Regierungsrat haben. Normalerweise sind es ja eher wir, welche eine gewisse Skepsis gegenüber den Aussagen des Stadtrates zeigen.

Aber zurück zum Thema. Stadträtin Eliane Birchmeier hat es an der Infoveranstaltung im Casino klar und deutlich gesagt: Nur wenn das Stimmvolk Ja sagt zur Umfahrung, wird die Vorstadt autoverkehrsfrei. Nur bei einem Ja wird die Vorstadt zur Gemeindestrasse abklassiert. Bei einem Nein bleibt sie Kantonsstrasse und somit Hauptverkehrsstrasse. Wenn ihr also eine autofreie Vorstadt wollt, eine Flaniermeile vom Bahnhof bis zum Landsgemeindeplatz, müsst ihr der Vorlage zustimmen. Das ist sonnenklar.

In diesem Sinne beantragt die SVP-Fraktion die Kenntnisnahme der Antwort der Interpellation und Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

Albina Fässler

Im Namen der SP-Fraktion danke ich der Fraktion ALG-CSP für die Interpellation sowie dem Stadtrat für die Beantwortung.

Die Antworten des Stadtrates fallen ernüchternd aus und sind nicht zufriedenstellend. Das Ziel dieses grossen Bauprojektes ist nicht klar und wie es erreicht wird ebenso nicht. Wir stimmen über einen sehr teuren Kredit ab und kaufen die «Katze im Sack». Wir stellen quasi einen Blankocheck aus, weil viele Fragen offenbleiben.

Für die verkehrsfreie Vorstadt gibt es bis jetzt nur schöne Bilder, aber noch gar keine Grundlage. Auch das Projekt und die weiteren Grundlagen sagen etwas anderes aus. Die flankierenden Massnahmen würde man erst im Nachhinein erarbeiten und somit ist die versprochene Zielerreichung von 75 % Verlagerung nicht sichergestellt. Die Informationen sind nicht transparent und irreführend. Am 2. Februar dieses Jahres wurde ein Artikel der Zuger Zeitung veröffentlicht, dass der Verkehr in den letzten Jahren stetig zurückgegangen ist, trotz Bevölkerungswachstums. Das Bild der vom Verkehr überfluteten Stadt kommt dabei ins Wanken.

Auch wir wünschen uns mehr Lebensqualität, aber dafür auch qualitative und in eine Gesamtplanung integrierte gute Lösungen. Diese müssen bereits bei der Abstimmung klar sein. Die Interpellationsbeantwortung hat uns keine neuen Erkenntnisse gebracht, die Faktenlage für die Stadttunnelvorlage ist immer noch gleich schwammig und somit immer noch eine «Katze im Sack».

Und die Umfahrung, ich verstehe ganz etwas anderes darunter, ein Beispiel dafür ist die Gemeinde Lungern im Kanton Obwalden. Sie umfährt das Dorf, sie kommt nicht mitten im Dorfkern rein oder raus.

Unsererseits negative Kenntnisnahme.

Daniel Marti

Besten Dank dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation der ALG-CSP und der Schaffung von klaren Fakten im Hinblick auf die kommende Abstimmung zur Umfahrung Zug.

In der Interpellationsantwort erhalten wir die Bestätigung für einige Tatsachen, die wir eigentlich auch ohne die Interpellation schon kannten.

Einerseits wird wieder einmal klargestellt, dass eine Aufwertung des Zentrums zugunsten der Fussgängerinnen und der Fussgänger, der Velofahrerinnen und der Velofahrer und zugunsten eines zuverlässigen öffentlichen Verkehrs nur mit einer Verlagerung des Autoverkehrs in die geplante Umfahrung mit dem Stadttunnel möglich ist.

Zudem wird ein für alle Mal mit dem Märchen aufgeräumt, dass die Reduktion des Verkehrs im Zentrum um 75% nach dem Bau der Umfahrung gar nicht stattfinden wird, denn diese Reduktion ist für die Stadt Zug verpflichtend und wird durch den Kanton, den GGR und nicht zuletzt durch die politischen Parteien hier im Raum und die Bevölkerung selber verbindlich eingefordert werden.

Die Gegner einer Entlastung des Zentrums vom Autoverkehr bemühen schon fast gebetsmühlenartig den Spruch von der «Katze im Sack kaufen», haben wir auch heute wieder ungefähr zehnmal gehört. Diese faule Ausrede für ihre Fundamentalopposition gegen alle Massnahmen, die allen Verkehrsteilnehmern etwas bringen würden, also halt auch dem verhassten motorisierten Individualverkehr, diese Ausrede können sie jetzt auch nicht mehr bringen; weil der Stadtrat nämlich in der Vorlage schön aufzeigt, wie phasengerecht die flankierenden Massnahmen unter Einbezug aller Interessengruppen entwickelt werden und sowohl GGR als auch die Stimmbevölkerung bei den Begleitmassnahmen, der Verkehrslenkung und der Zentrumsgestaltung entscheidend mitreden können werden.

Für die GLP-Fraktion ist die Beantwortung der Interpellation eine weitere Bestätigung, dass das Projekt Umfahrung Zug der richtige Weg ist für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt Zug. In dem Sinne nehmen wir die Interpellationsantwort gerne positiv zur Kenntnis.

Daniel Blank

Besten Dank für die Fragen und auch vielen Dank für die Antworten. Ja, was machen wir jetzt damit?

Bitte erlauben Sie mir hier zwei, drei persönliche Worte, vielleicht kann das helfen in der Einordnung. Sie kennen mich zwar, dennoch, ich bin nicht nur der Hobby-Parlamentarier, ich bin auch ein Unternehmer.

Was unternimmt denn so ein Unternehmer?

Er macht sich regelmässig auf den Weg, um für die Zukunft eine Verbesserung herbeizuführen.

Für die Zukunft eine Verbesserung herbeiführen? Das hört sich nicht nur gut an – das ist auch wirklich super. Und das Beste daran ist, es gibt nur eine einzige Voraussetzung dafür: Es ist die Bereitschaft fürs Ungewisse.

Falls Sie mit Ungewissheit umgehen können, lade ich Sie herzlich dazu ein, für die Zukunft eine Verbesserung herbeizuführen. Dieser Weg beginnt mit einem Ja an der Urne.

Die FDP-Fraktion nimmt auch die Ungewissheiten zu Kenntnis.

Benny Elsener

Klare Fakten für eine mögliche Abstimmung, der Text der Interpellation. Die Fragen stellt die Partei, welche das Gegner-Komitee unterstützt. Das Gegner-Komitee, welches uns täglich mit falschen Behauptungen zu bekehren versucht und alles besser weiss.

Und jetzt taucht plötzlich ein Professor auf, Verkehrsexperte Erath, Auftritt in den Medien. Er findet nicht einmal die Homepage der Projektwebsite vom Kanton, hat mit der Verkehrsplanung vom Kanton keinen Kontakt aufgenommen für sachliche Fragen und Gespräche, was für jede kritische Fachperson üblich wäre. In seinem Interview wendet er verdächtigerweise dieselben wie zuvor das Nein-Komitee an. Kann es sei, dass er zum Bestandteil der Gegner-Kampagne gehört? Herr Erath ist ja auch Mitglied des Verkehrsvereins Schweiz, wie Herr Kissling, welchen wir kennen und welcher mit Planunterlagen den Leuten auf der Strasse seine Version erzählt, weit ab von der sachlichen Darlegung.

Ja, das Gegner-Komitee sucht verbissen alle Plattformen – Plattformen, wo sie ihre Angstmacher-Politik ausleben können. Sie merken nicht, dass sie sich laufend ins Abseits begeben, wie auch jetzt wieder mit dieser Interpellation.

Positive Kenntnisnahme und danke an den Stadtrat für die gute Beantwortung.

Matin Iten

Ich möchte kurz auf zwei Aussagen eingehen, die jetzt getätigt wurden.

Und zwar hast du, Daniel Blank, das schön gesagt. Wir wollen eine Verbesserung für die Zukunft. Du als Unternehmer hast diesen Grundsatz und ich denke, das haben wir alle hier drin. Und ich glaube tatsächlich – auch wenn wir jetzt offenbar schon ein bisschen emotional sind in dieser Frage, in dieser Debatte –, dass alle hier drin eine Verbesserung für die Zukunft wollen. Ich würde das jedem und jeder attestieren. Es gibt aber einen Unterschied bei der Beurteilung dieses Projektes, offenbar, man kann da unterschiedlicher Ansicht sein. Ich zum Beispiel bin der Ansicht, dass dieser Tunnel so tatsächlich keine Verbesserung bringen wird. Und das ist eine Meinung, die man, glaube ich, auch vertreten darf, wenn man von Umfahrungen hört, aber dann gleichzeitig sieht, dass es gar keine Umfahrung ist und dass man auch keine Umfahrung will. Warum? Wir wissen es, 75% der Leute wollen ja gar nicht umfahren, sondern wollen rein. Das habe ich gerade vorher in der Kaffeepause von einem Mitglied des Stadtrates so gehört. Und das ist Fakt. Diese Beurteilungsfrage ist also ganz sicher hier zu treffen. Und wir, unsere Fraktion und ich, haben sie so analysiert und sind zum Schluss gekommen, dass dieser Tunnel so keine Verbesserung bringen wird. Ganz im Gegenteil, es wird grössere Probleme geben, einfach an anderen Orten in dieser Stadt, und zwar mitten in dieser Stadt.

Und dann vielleicht noch etwas, was wir auch immer hören: Warum habt ihr kein Vertrauen – das hat auch Roman Küng gesagt – in diesen Stadtrat? Man hört eigentlich auch: Warum habt ihr kein Vertrauen in uns, in die bürgerliche Mehrheit? Da möchte ich einfach in Erinnerung rufen, dass wir in dieser Stadt auch ein bisschen gebrannte Kinder sind. Hätten wir dieser bürgerlichen Mehrheit schon zwei, drei Mal tatsächlich vertraut, wäre es ziemlich schief herausgekommen. Ich erinnere, 1992, ich war schon auf der Welt, viele von Ihnen auch, die Grünlandinitiative. Die bürgerliche Mehrheit wollte unbedingt, dass die ganze Grünfläche zwischen Zug und Oberwil überbaut wird. Und dank einer kleinen Minderheit in diesem Rat, unter anderem meine Partei, ist es nicht so gekommen. Weil Leute aufgestanden sind und gesagt haben: Nein, diese Richtung wollen wir nicht für diese Stadt. Und jetzt haben wir noch Grünlandreserven. Nicht nur Reserven, wir haben ein Naherholungsgebiet, wir haben sozusagen eine grüne Lunge auf städtischem Boden dank diesen Leuten, die aufgestanden sind und die gegen die bürgerliche Mehrheit in dieser Stadt angekämpft haben. Weiteres Beispiel: Wir reden

von den Perlen in dieser Stadt, Guggi zum Beispiel. Genau das Gleiche, hätten wir der bürgerlichen Mehrheit vertraut, wäre da oben alles verbaut.

Ratspräsident Roman Burkard bittet **Gemeinderat Martin Iten**, beim Thema zu bleiben.

Martin Iten

Genau, ich bleibe beim Thema des Stadttunnels, der von der bürgerlichen Mehrheit gepusht wird und wo man hier im Rat und überall so ein bisschen, wenn man Gegner ist, hingestellt wird, als sei man irgendwie – weiss doch auch nicht, was. Nein, es ist gut und wichtig, dass man Fragen stellt. Und ja, man kann diesen Tunnel ablehnen und trotzdem für Verbesserung sein. Ganz im Gegenteil, man muss ihn ablehnen, wenn man etwas will, das verbessert wird. Wir müssen das Problem am Kern angehen und nicht mit irgendwelchen Pseudoumfahrungen.

Und das Hauptproblem, meine Damen und Herren, dieser Stadt ist – und das wissen Sie alle –, dass wir ein katastrophales Verhältnis haben von Arbeitsplätzen und Wohnen – ungefähr 30'000, die hier wohnen, 40'000, die hier arbeiten, noch mehr. Logisch gibt das jeden Morgen und jeden Abend Pendlerverkehr. Und wenn wir diesen Pendlerverkehr haben, den wir ausgewiesen haben mit 80 oder 75 Prozent, nicht Durchfahrtsverkehr, sondern Pendlerverker, dann müssen wir doch mal dieses Gleichgewicht anschauen. Und das machen wir leider nicht. Und insbesondere die bürgerliche Mehrheit in diesem Rat nicht.

Deswegen ein flammendes Plädoyer am Schluss: Bürgerliche, einige unter Ihnen gibt es – einer hat von mir heute sogar eine Flasche Kirsch bekommen –, die aufgestanden sind und gesagt haben, wir sind gegen diesen Tunnel. Ich hoffe, es werden noch weitere am 3. März dabei sein und Nein sagen.

Marilena Amato Mengis

Ich werde kein Plädoyer für oder gegen den Tunnel halten, erstaunlicherweise, die meisten kennen meine Meinung. Was hier zu kurz gekommen ist, ist meines Erachtens das, worum es auch oder sehr gegangen ist in diesem Vorstoss, nämlich die Rolle, die Informationsrolle, die der Stadtrat wahrnimmt. Diese Debatte hier, die letzten Minuten haben es gezeigt, die vielen Podien haben es gezeigt, dass die Stadtzugerinnen und Stadtzuger eine viel gespaltenere Meinung zum Tunnel haben, als der Stadtrat das in den Informationsunterlagen immer wieder sagt. Sie sind gespalten darüber, was man unter dem Zentrum versteht und wie diese Verkehrsberuhigungen zustande kommen sollen. Das ist Fakt.

Deshalb ist es in meinen Augen nicht legitimierbar, wie stark der Stadtrat sich für den Tunnel einsetzt. Weil der Stadtrat ist nicht wie wir hier drin ein Parlament, er ist ein Exekutivgremium, er vertritt alle Zugerinnen und Zuger, die, die für den Tunnel sind, und die, die dagegen sind.

Man kann über die Unterlagen diskutieren, wie ausgewogen diese sind. Auch darüber hat man sehr viel geredet. Was meines Erachtens die Grenzen überschreitet – und ich habe zehn Jahre für eine städtische Exekutive gearbeitet und sieben Jahre für den Regierungsrat, es war eine meiner Hauptkompetenzen, auch Abstimmungskämpfe zu führen von Verwaltungsseite, politische Kommunikation der Verwaltung ist etwas anderes als Parteikommunikation – und was in meinen Augen kritisiert werden müsste, ist, dass der Stadtrat mit Steuergeldern von Zugerinnen und Zugern die für und gegen den Tunnel sind, Flyer verschickt, ausserhalb der Stadt Zug, um Bürgerinnen und Bürger anderer Gemeinden zu überzeugen.

Ich frage mich, wie steht unser Stadtrat, mein Stadtrat, dein Stadtrat, Ihr Stadtrat da, falls die Stadt Zug Nein sagen würde zum Tunnel, dieser aber vom Rest des Kantons aufgezwungen wird. Wie kann ich mich da vertreten fühlen vom Stadtrat?

Ivano De Gobbi

Ich muss kurz noch etwas zur «Katze im Sack kaufen» sagen. Ich habe jetzt die Abstimmungsbroschüre nochmals runtergeladen. Über was stimmen wir ab? Wir stimmen ab über einen Rahmenkredit. Wir stimmen ab über eine Reserve für die Umfahrung Zug. Und – ich rede jetzt nur für die Umfahrung Zug, nicht über die Umfahrung Ägeri – wir stimmen ab über den § 3 zur Kreditfreigabe.

Nirgends lese ich die 75 % Reduktion im Verkehr. Wenn das doch kein Problem ist, wieso steht das nicht im Abstimmungsbüchlein? Wieso wird das nicht einfach so versprochen, wenn das ja kein Problem sein sollte? Und ich glaube, hier ist auch das Problem von einigen Personen, die nicht an die Lösung dieses Tunnels glauben. Das ist nett, wenn man sagt, das wird passieren. Aber darüber stimmen wir nicht ab am 3. März. Wir stimmen über den Kredit ab und nicht viel mehr.

David Meyer

Beim letzten Tunnelabstimmungskampf war ich auch dabei. Wir waren auf der Strasse, das andere Komitee war auch da und wir haben viel miteinander gesprochen. Ich mag mich erinnern, wir wurden dann ganz klar darauf hingewiesen und belehrt, wenn das dann nicht angenommen wird, haben wir ganz viele gute Ideen und die werden wir dann einbringen und vorbringen. Nun sind etwa zehn Jahre durch und wir müssen feststellen, es ist nichts Überzeugendes gekommen. Was wir festgestellt haben, ist, man hat die Verkehrsreduktion hier im Zentrum durchgebracht. Und das schlägt sich ja auch in den Statistiken nieder. Wir haben in diesen zehn Jahren als gerade mal 10 % runtergekriegt, mehr bringt man einfach nicht weg, weil das einfach trotzdem irgendwie durchfahren werden muss Richtung Walchwil, von Walchwil, nach Baar und so weiter.

Wir können also jetzt noch etwas weiterträumen. Wenn wir 10 % wegbringen, das wären dann 2'000 von diesen 20'000, die wegkommen, dann bleiben aber immer noch 18'000. Wir können jetzt weiterträumen und nochmals ein bisschen an der Schraube drehen. Wenn wir es auf 16'000 oder 17'000 herunterbringen, dann wäre das aber immer noch für das Stadtzentrum nach wie vor ein durchschnittenes Herz.

Jetzt hören wir also von den Gleichen, die uns jetzt wieder erklären, was sie denn alles nachher machen wollen – neuzeitige und moderne Lösungen. Das haben sie das letzte Mal gesagt, wir haben jetzt auch nicht mehr gehört, ausser dass man den Verkehr einfach abwürgen würde auf eine Strasse, die nicht der Stadt Zug ist. Wir stehen also gleich weit wie damals. Und es ist halt irgendwann doch ein strategischer Entscheid, will man immer noch die Stadt bluten lassen oder durchfräsen oder nimmt man eben den Verkehr raus und baut halt die Innenstadt so, dass sie eine Innenstadt ist.

In dem Sinne bin ich gespannt, was für Lösungen kommen von der linken Seite, auch diesmal wieder. Wir werden sehen.

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 7

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 14 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 19 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

Ergebnis Abstimmung Nr. 7

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8.4 Interpellation der SP-Fraktion vom 30. Juni 2023 betreffend «zur Umsetzung der Initiative 2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2856 vom 16. Januar 2024

Ivano De Gobbi

Hier kurz nochmal zur Erinnerung für alle, wie und wieso diese Interpellation zustande kam.

Am 18. Juni wurde die Initiative «2000 Wohnungen für den Zuger Mittelstand» durch das Volk angenommen. Bei der Bekanntgabe des Resultates wurde auch folgendes gesagt:

Nach dem Ja müsse man nun die Bebauungsplanverfahren sofort stoppen. Dies, weil die Initiative keine Übergangsfrist vorsieht. Als Nächstes werde der Stadtrat rechtliche Sicherheit schaffen. Wir geben ein Rechtsgutachten in Auftrag.

Es ist mir bewusst, dass einige Leute hier drin immer noch nicht glücklich sind mit dem Ausgang der Abstimmung vom 18. Juni 2023.

Die meisten Antworten auf die Frage 1 sind in diesem Sinne veraltet oder wurden mit der Veröffentlichung des Rechtsgutachtens beantwortet. 1a bis 1d und 1f sind somit erledigt.

Bei der Antwort zu 1e verstehen wir nicht, wieso der Stadtrat dieses Gutachten nicht früher in Auftrag gegeben hat. Durch die anstehende Abstimmung waren zwei mögliche Ausgänge zu erwarten. Das Volk lehnt die Initiative ab und alles bleibt beim Alten, was bequem ist, oder das Volk nimmt die Initiative an und es muss danach gehandelt werden. Verschiedene Leute in diesem Raum werfen den Initianten vor, dass durch diese Initiative Bauvorhaben verzögert werden. Das Nichtvorhandensein vom Rechtsgutachten und dessen nachträgliche Erstellung hat ebenso viele Bauvorhaben verzögert.

Bei der Antwort zu 1g sehen wir, dass der Stadtrat trotz anfänglicher ablehnender Haltung vorwärtsmacht.

Beim Bebauungsplan An der Aa gilt es, der ZVB und dem Stadtrat einen Dank auszusprechen. Dieser Bebauungsplan wurde ohne Verzögerung zügig vorangetrieben. Die ZVB hat von sich aus den Wohnanteil auf das mögliche Maximum erhöht sowie vor der Abstimmung bereits die 40 % preisgünstiger Wohnanteil eingeführt. Die ZVB hat offenbar das Abstimmungsresultat besser vorhergesehen als der Stadtrat. Es liegt jetzt ein Projekt vor, welches allen Anspruchsgruppen gerecht wird. Was bei diesem Bebauungsplan allerdings erwähnenswert ist oder gar komisch, ist der folgende Umstand: Wir von der SP werden doch von freisinnigen, liberalen Kräften im Referendumskomitee links überholt. Diese Kräfte wollen völlig unrealistisch 800 Wohnungen auf diesem Areal bauen, neben dem regen Busverkehr. Das lässt mich zu der Aussage hinreissen, dass hier fast planwirtschaftlich 800 hingeklotzt werden sollen, egal was die Konsequenzen sind.

Beim Bebauungsplan GIBZ ist die Initiative mittlerweile ebenfalls umgesetzt. Bekannterweise sind wir mit der Anrechnung des preisgünstigen Wohnraumes vom Vertrag Tech Cluster und der Vermischung der 40 % der Initiative nicht einverstanden. Sonst ist es hier nun wirklich gut vorwärtsgegangen. Hier entsteht ein modernes Holz-Hochhaus, welches hoffentlich weit über die Stadtgrenze hinaus strahlt und mögliche zukünftige Bauformen aufzeigt.

Alles in allem attestieren wir dem Stadtrat, dass man sich mit der Umsetzung der Initiative arrangiert hat. Es wäre schön, wenn vom Parlament und Stadtrat noch etwas mehr Enthusiasmus

dahinterstecken würde. Es braucht dringend mehr preisgünstigen Wohnraum. Es folgen weitere Bebauungspläne, wo wir sehen werden, wie ernst es dem Parlament und dem Stadtrat ist. Beim Bebauungsplan An der Aa haben wir hier drin im Saal eine Einigkeit gezeigt, welche aufgrund des ausgewogenen Nutzens entstanden ist. Bei den anstehenden Bebauungsplänen Baarerstrasse West, Äussere Lorzenallmend, LG-Areal, Metalli kann sich diese Einigkeit schnell zerschlagen. Die Bewohnerrinnen und Bewohner der Stadt Zug wollen mehr preisgünstigen Wohnraum. Und das gilt es zu respektieren.

Wir nehmen die Antwort vom Stadtrat zur Kenntnis.

Dagmar Amrein

Rechtssicherheit ist für alle wichtig und so ist es richtig, dass ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben wurde. Dies begrüssen wir.

Wir kritisieren jedoch, dass der Stadtrat nicht schon lange vor der Abstimmung die rechtlichen Auswirkungen abgeklärt hat. Er hat offensichtlich die Annahme der Initiative nicht in Betracht gezogen. So war man schlecht vorbereitet und es entstand nach der Abstimmung eine Phase der Rechtsunsicherheit und der Verwirrung.

Inzwischen ist das Rechtliche geklärt und die anfänglichen Wogen haben sich schnell wieder geglättet. Die Bebauungspläne An der Aa und GIBZ zeigen, dass sich die Bauherren schnell der neuen gesetzlichen Grundlage angepasst haben.

Bauen ist in Zug nach wie vor attraktiv – auch mit einem höheren Anteil an preisgünstigen Wohnungen.

Wir wünschen uns in Zukunft vom Stadtrat eine unvoreingenommene Haltung sowie die Abklärung der Grundlagen, zum Beispiel der rechtlichen Auswirkungen, der Initiativen, schon bevor diese zur Abstimmung gelangen.

Wir sehen, dass der Stadtrat nun die Umsetzung der Initiative ernst nimmt und bedanken uns dafür.

René Gretener

Dem Stadtrat besten Dank für die Beantwortung der SP-Interpellation.

Einmal mehr eine wohlwollende Berichterstattung in der Lokalzeitung. Ich nehme zwei Stichworte daraus:

«Schwammige Beantwortung»:

Warum sollte das Rechtsgutachten vor der Abstimmung in Auftrag gehen?

Es gibt hier nichts Schwammiges – aus Rücksichtnahme auf die Steuerzahler wurden die CHF 60'000.00 erst ausgegeben, als das Resultat feststand. Die meisten Bebauungspläne betreffen private Grundeigentümer, die ein Anrecht auf Rechtssicherheit haben, bevor sie investieren. Es geht immerhin um Hunderte von Millionen.

Anderes Stichwort «Geheimniskrämerei»:

Auch ohne zeitnahe Beantwortung der Interpellation wurden die hängigen Bebauungspläne im eigenen Interesse der Bauherrschaften weiterverfolgt. Bei denjenigen mit Beteiligung öffentlich-rechtlicher Besitzer ging es schneller, zum Beispiel An der Aa, da offensichtlich nicht so sehr auf Rendite geschaut werden muss, wenn es um öffentliches Vermögen geht. Bei denjenigen mit privaten

Investoren werden die Renditefolgen der neuen 40-Prozent-Vorgabe natürlich sehr viel genauer angeschaut. Sicher wird es Verzögerungen geben, aber daran ist sicher nicht der Stadtrat schuld.

Und was die stadteigenen Grundstücke betrifft, so war es bereits vorher unklar, ob diese überhaupt geeignet sind. Beispiele Steinlager, ungünstige Grundstücksfläche, Gimenen, nicht so gescheiter Ort für subventioniertes Wohnen, Gaswerkareal, gehört noch lange nicht der Stadt. Da gibt es wirklich nichts zu geheimniskrämern.

Und ja, die Bebauungspläne müssten ja nur in Bezug auf den Anteil preisgünstiger Wohnungen angepasst werden. Alles kein Problem, Privateigentümer verzichten ja gerne auf Rendite auf ihrem eingesetzten Kapital. Momentan kalkulieren sie wohl, wie viel mehr Einnahmen sie für diejenigen Wohnungen benötigen, die sie zu Marktpreisen vermieten oder verkaufen dürfen, um die Verluste aus den preisgünstigen Wohnungen zu kompensieren. Diese nicht gedeckelten Preise sind dann von denjenigen zu bezahlen, die nicht für die billigen Wohnungen qualifizieren – also vom Zuger Mittelstand.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis und bedankt sich.

Mathias Wetzel

Gemäss dem Interpellationstext – und wie von Ivano De Gobbi soeben gehört – ist die SP-Fraktion unter anderem unzufrieden damit, dass das Rechtsgutachten erst nach dem Abstimmungssonntag vom Stadtrat in Auftrag gegeben wurde. Verständlich ist aus unserer Sicht aber, dass ein Rechtsgutachten erst in Auftrag gegeben wird, wenn das Abstimmungsergebnis vorliegt. Dies nicht zuletzt auch aus Kostengründen. Wäre die SP-Initiative nicht angenommen worden, wären durch ein verfrühtes Gutachten unweigerlich Kosten entstanden und das Gutachten wäre für die Tonne gewesen. Dies hätte dann sicherlich ebenfalls dazu geführt, dass wir uns in diesem Rat mit dem Thema befassen müssen. Man kann es halt nicht immer allen recht machen.

Die verschiedenen Fragen zu den diversen Bebauungsplänen haben sich in der Zwischenzeit wohl grossmehrheitlich geklärt. Fakt ist, dass die Bebauungspläne An der Aa und GIBZ die Initiative innert eines knappen halben Jahres aufgenommen und umgesetzt haben. Zu ergänzen gilt es hier aber, dass sich auch die weiteren Grundeigentümer mit der neuen Lage auseinandersetzen müssen und dies, liebe SP, entsprechend Zeit benötigt.

Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates dankend zur Kenntnis.

David Meyer

Wir danken für die Beantwortung. Ich habe Ivano De Gobbi ein bisschen genauer zugehört. Er hat gesagt, sie wären nicht die Einzigen gewesen mit der Initiative, die das Bauen gebremst hätten. Es wäre der Stadtrat schuld, weil er das Ganze runtergebrochen hat.

Ich lese daraus ein bisschen, dass die Initianten damals selber ein bisschen erschrocken sind darüber, was sie da angerichtet haben. Man versucht jetzt natürlich, das Ganze wieder geradezubiegen und bringt die beiden Bebauungspläne GIBZ und An der Aa in Position. Nur wissen wir, beim GIBZ war schon zuvor weitgehend dieser Anteil an günstigem Wohnraum vorgesehen und beim Bebauungsplan An der Aa war es halt relativ einfach, weil es eben öffentlich ist und eigentlich auch schon so aufgesetzt war. Es war im ursprünglichen Text ja auch so viel vorgesehen.

Aber was wir jetzt erleben werden, ist: Wie sieht es bei den anderen aus? Wie lange geht es? Was kommt auf uns zu? Nun, wir haben zum Glück ein überliegendes Recht, das vom Kanton. Das hat die Initiative auf weiten Strecken nicht so bissig ausstaffiert respektive lässt es jetzt nicht so zu.

Es hätte mich eigentlich wunder genommen, wenn damals der Vorstoss oder die Idee von der SVP, vorab ein Rechtsgutachten zu machen, gemacht worden wäre und herausgekommen wäre, dass die Initiative weitgehend zahnlos ist. Was wäre dann wohl die Antwort gewesen von den Gleichen, die sich jetzt als unzufrieden für das nachträgliche Rechtsgutachten aussprechen.

Aber das wissen wir natürlich nicht so genau, deswegen lassen wir es jetzt einfach im Raum stehen.

Ergebnis

Ratspräsident Roman Burkard stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

9. Mitteilungen

Verabschiedung Julia Küng, ALG

Roman Burkard, Ratspräsident

Gemeinderätin Julia Küng hatte heute ihre letzte Sitzung im Grossen Gemeinderat. Als Kantonsrätin wirst du, liebe Julia, jedoch weiterhin in diesem Ratssaal anzutreffen sein. Und wie ich gehört habe, sollen auch im Kantonsrat die Traktandenlisten nicht weniger umfangreich sein. Ich wünsche dir für deine persönliche und politische Zukunft alles Gute und darf dir nun im Namen des GGR, aber auch im Namen des Stadtrates die Abschiedsurkunde überreichen. Herzlichen Dank für deine Arbeit.

Die Anwesenden applaudieren. Der Ratspräsident überreicht Julia Küng zum Dank die Urkunde und einen Blumenstrauss.

Julia Küng

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist mir fast ein bisschen unrecht, nach nur einem Jahr so einen Applaus zu erhalten. Der Entscheid, den GGR schon jetzt zu verlassen, fiel mir tatsächlich schwer. Das Klima und die Themen hier haben mir sehr gut gefallen.

Aber wie ihr gehört habt, der Grund für meinen Rücktritt ist erfreulich: Ich durfte unverhofft früh in den Kantonsrat nachrutschen und freue mich jetzt darauf, genug Kapazitäten für dieses Amt zu haben. Und ich freue mich auch darauf, mit vielen von euch auf verschiedenen Ebenen weiterhin für ein nachhaltiges Zug zusammenzuarbeiten. Merci.

Die Anwesenden applaudieren.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 26. März 2024, 17:00 Uhr

Für das Protokoll
Martin Würmli, Stadtschreiber



Qualifizierte elektronische Signatur - Schweizer Recht

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 2024
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste